

Sezession

Autorenporträt
Franz Werfel

Martin Lichtmesz
Vollzugszwang

Lorenz Bien
Corona und Psyche

Nils Wegner
Erstarrung

Thor v. Waldstein
Thesen zum GG

105

Dezember 2021
11 EURO
ISSN 1611–5910
www.sezession.de

Sezession

Herausgegeben vom
Verein für Staatspolitik e.V.
Rittergut Schnellroda
06268 Steigra
E-Mail: redaktion@sezession.de

Vertreten durch Dr. Erik Lehnert
(Vorsitzender)

Eingetragen im Vereinsregister
am Amtsgericht Stendal,
Registernummer: 46786

Unter Mitarbeit von Wolfgang Dvorak-Stocker, Benedikt Kaiser, Ellen Kositza, Götz Kubitschek (V.i.S.d.P.) und Erik Lehnert

19. Jahrgang, Heft 105,
Dezember 2021

Sezession erscheint im Februar, April, Juni, August, Oktober und Dezember. Der Preis für das Einzelheft beträgt 11 € zzgl. Versandkosten.
Wer *Sezession* für mehr als lesenswert hält, kann ein Förderabonnement (75 €/sechs Hefte) zeichnen. Das normale Jahresabonnement (sechs Hefte) kostet 50 €, ermäßigt 35 € (junge Leser in Ausbildung), jeweils inkl. Versand. Auslandsabonnenten bezahlen zusätzlich 10 € Porto im Jahr.
Wird das Abonnement nicht bis zum 30. November gekündigt, verlängert es sich um ein weiteres Jahr.

 Manuskripte sind übrigens stets willkommen und sollten als Kurzbeitrag 9 000 und als Grundlagenbeitrag 15 500 Zeichen (inkl. Leerzeichen) umfassen.

Satz & Layout:
satz@sezession.de

Sezession
Rittergut Schnellroda
06268 Steigra
Tel: (03 46 32) 90 43 96
Fax: (03 46 32) 90 43 97

redaktion@sezession.de
vertrieb@sezession.de
www.sezession.de

ISSN 1611-5910

Editorial

Grundlagen

Kurzbeiträge

Bücher

Gretchenfrage und Konsequenz

von Götz Kubitschek

Ein Abonnent fragte per Mail: »Geben Sie den Lesern der *Sezession* eine Einschätzung der Regierung? Baerbock sorgt sich um das Diplomatische Corps, Habeck ist jetzt Klima- und Wirtschaftsminister sowie Vizekanzler. Es drohen finstere Tage.«

Ist das so? Gibt es so etwas wie finsterer als finster? Oder war es die letzten vier Jahre noch etwas heller? Stehen wir erst jetzt am Abgrund, wurde in der Ära Merkel noch einiges, manches, immerhin etwas richtig gemacht? Ist die Christdemokratie mindestens nur das kleinere Übel oder sogar, mit Blick auf die finsteren Tage, die nun drohen, gar keines, und gewinnt Maas plötzlich an Größe, wenn man ihn neben Baerbock stellt?



Man kann solche Fragen ernsthaft zu beantworten versuchen oder sie abtun mit einem Verweis darauf, daß man auf den Beginn der großen Rettungserzählung aus dem Munde der Union keinesfalls hereinfallen dürfe. Es sind Politiker wie Söder, Merz und Spahn, die nun von der aufhaltenden, der besonneneren Kraft ihrer Partei zu erzählen beginnen und die darauf bauen können, daß etlichen beim Zuhören aus dem Gedächtnis rutscht, wer regierte, als in der Banken-, der Flüchtlings-, der Klima- und der Coronakrise generationenübergreifende, irreversible Weichenstellungen vorgenommen worden sind.

Es geht eben immer irgendwie weiter in einem so reichen und noch immer so gut organisierten Land wie dem unseren. Stabilisieren, mitmachen oder Sand ins Getriebe, wo es nur geht? Selbst unser doch recht übersichtliches Lager kommt an solchen Punkten zu diametral zueinander stehenden Beurteilungen und Forderungen. Jüngstes Beispiel? In einem Beitrag für die *Junge Freiheit* vom 26. November vermerkt Karlheinz Weißmann, der Mitbegründer unserer Zeitschrift, daß die »Freiheit, die wir genießen, weder Himmelsgabe noch Selbstverständlichkeit ist. Sie beruht auf Bedingungen, vor allem dem Vorhandensein staatlicher Ordnung. Das Wesen solcher Ordnung ist, daß sie die Freiheit des Individuums reguliert und einschränkt. Auch wenn das unter normalen Umständen kaum spürbar ist, fügt sie den Menschen ein und zwingt ihn notfalls zum Fügen. Man mag die Regeln in Frage stellen und kann trefflich darüber streiten, wie das Einfügen konkret vonstatten zu gehen hat und darüber, ob ein Notfall besteht oder nicht. Aber an dem Zusammenhang selbst dürfte kein Zweifel bestehen. Auch daran nicht, daß er für einen modernen Staat mit einer Massenbevölkerung eine besondere wichtige Bedeutung hat.«

Bis hierher: Staatsbürgerkunde aus der Feder eines Ordnungsdenkers. Bloß war das nur der Anlauf: Weißmann verhandelt in seinem Text die Frage nach der Impfpflicht und plädiert für sie. Sofort bekommen seine Ausführungen einen ganz anderen Schwung, und wir ahnen das Ziel der Argumentation: »Der Staats- und Verwaltungsrechtler Ernst Forsthoff (1902–1974) sprach davon, daß der heutige Staat nicht nur wie jeder Staat zuvor seine eigene Dauer sichere, sondern auch ›Daseinsvorsorge‹ zu leisten habe. Zu den wesentlichen Bereichen solcher ›Daseinsvorsorge‹ gehört die Volksgesundheit. Ist sie gefährdet, muß der Staat eingreifen. Ist die Impfpflicht das Mittel der Wahl, um sie zu schützen, dann hat der Staat sie durchzusetzen und darf über die Vorbehalte, die Uneinsichtigkeit oder den Unwillen einzelner hinweggehen, um das Gemeinwohl zu schützen. Also: Ärmel hoch!«

Das (selbst die fade Doppeldeutigkeit am Schluß) schreibt einer der wirklich klugen Köpfe, die hinter der *Sezession* steckten. Und nun? Man will ja sofort Fragen stellen, beispielsweise eine nach der »Volksgesundheit« (welches Volk eigentlich?), die Weißmann in Gefahr sieht, obwohl er es statistisch nicht unterfüttern kann. Ist für ihn der Lockdown nur ein Lockdown, nicht auch ein Testlauf? Wieviel von der »Volksgesundheit« ist dadurch ruiniert worden, daß man die Leute seit bald zwei Jahren im Zustand der Angst halten will? Fragen, Fragen …

Es ist wohl am besten, dieses Plädoyer als das eines Staatsdieners zu begreifen, der Staat, Institutionen, Ordnung, Gehorsam und die Bereitschaft zur Unterordnung auch dann geschützt und gefördert sehen will, wenn sich all das gegen das Volk gekehrt hat. Wer sein Leben lang Lehrer war, Beamter mit Leib und Seele, und nun eine Pension bezieht, der kann Gretchenfragen wohl nicht anders beantworten – es sei denn, er wäre bereit, die Konsequenzen zu tragen. ■

Wir zwei, oder?

von Ellen Kositza

Man nennt solche Bilder heute »Film Stills«. Man könnte auch »Standbilder« sagen: Fotos, die als paradigmatisch oder repräsentativ aus einer längeren visuellen Erzählung herausgeschnitten werden. Sie beanspruchen einen eigenen ästhetischen Wert. Für den französischen Philosophen und Literaten Roland Barthes (1915–1980) wird durch solche stillstehenden Bilder erst das eigentlich Filmische des Films deutlich. Erst wenn der stetige Fluß der Bilder im Kino angehalten wird, werde der Betrachter in die Lage versetzt, über die Bilder zu reflektieren.

Für die beiden Bilder rechts trifft das natürlich so nicht zu. Es handelt sich hier nicht um ein regiemäßig betreutes und angeleitetes Kunstprodukt, sondern um eine handgemachte Dokumentation mit wenigen Schnittsequenzen. Wir befinden uns in der Endphase des Bundestagswahlkampfs 2021. Genauer in einem Werbeauftritt der Grünen am 21. September 2021. Anlaß ist eine Wahlveranstaltung in Münster, abgehalten vor dem einigermaßen berühmtem St.-Paulus-Dom, dessen Schutzherr einst sagte: »Seht zu, daß euch niemand einfange durch Philosophie und leeren Trug, gegründet auf die Lehre von Menschen und auf die Mächte der Welt und nicht auf Christus« – Worte, die natürlich Schall und Rauch sind für Robert Habeck, zweiter des heutigen »Spitzen-Duos« der Grünen. Habeck, immerhin Dr. phil., hat es nicht nur mit dem Religiösen nicht, er mißachtet auch andere Anhänglichkeiten. Zitat: »Vaterlandsliebe fand ich stets zum Kotzen. Ich wußte mit Deutschland noch nie etwas anzufangen und weiß es bis heute nicht.« Na gut. Habeck ist intellektuell. Man wird ihm manches nachsehen müssen.

Nun haben wir aber doch diese »Stills«, ausgeschnitten aus einem mehr als zweistündigen Facebookstreifen der Teilnehmerin »GRÜNE. Münster«. Das Abgebildete ist eine Momentaufnahme aus einem längeren Film. Ich habe mir diese Aufnahmen mal, über ein Wochenende verteilt, mit unseren Kindern angeschaut und darüber diskutiert. Denn: Solch politisch-psychosoziologisches Anschauungsmaterial gibt es selten. Das hier ist »live« und ungeschönt! Motto: Alles, was du je über Lebensgefühl/Ausrichtung/Mentalität dieser »Umweltschutzpartei« wissen wolltest: hier! Schau hin! Und schau genau! Das Wahlkampfding in der Studentenstadt Münster wird annonciert als »eine Mittagspause mit Robert Habeck, Maria Klein-Schmeink und vielen weiteren Grünen Gesichtern«.

Es ist ganz fabelhaft, und man sollte sich als mündiger Bundesbürger das Ganze ruhig als Hintergrunduntermalung gönnen, während man beispielsweise die Küche/das Arbeitszimmer/die Garage aufräumt. Man kann nebenbei soviel lernen, Gegenwartswissen nämlich: Soziologie, Phraseologie, Körperpolitik, Psychologie, Marketing. Pathologie.

Es gibt zunächst eine Menge rechtschaffen verzweifelten Freejazz zu hören, aufgeführt von einer hochengagierten, prototypischen Combo aus deutlich spätmidlifecrisigen +55-Männern (ja, es sind ausschließlich Männer, alte, weiße Männer, sorry das zu sagen, liebe Grüne). Jedem der fünf hier »unbeschwert« klimpernden Musikanten in Jeans sieht man ihr persönlich-familiäres Schicksal an. Es dürfte je kompliziert sein – und es ist ihnen leider auf die sprichwörtliche Stirn geschrieben.

Magdalena Schulz, politische Geschäftsführerin der Grünen Jugend NRW, moderiert das Ganze. Sie trägt Minirock zu blickdichten Strumpfhosen (interessante Beobachtung übrigens, daß unter Grünen-Frauen Rock/Kleid immer noch überdurchschnittlich repräsentiert sind!). Ihre Beine sind stämmig, was natürlich die »Erdung« der Partei betonen soll. Sie übt die gewünschte Choreographie ein, während ein Gebärdendolmetscher auf der Bühne für all die Taubstumm:innen Magdalenas Anweisungen übersetzt: Wenn die folgenden Redner:innen das Stichwort »Alles ist drin« aussprechen, sollen bitte flugs die zuvor ausgeteilten Sonnenblumen jäh in die Luft gereckt werden! Das ergebe wuchtige, unwiderstehliche Bilder! Es hat ein Geschmäckle von Nordkorea.

Jan Wiemers, Sprecher der Grünen Jugend Münster (mit aktuell 18 Folgern bei Twitter, was durchaus als äußerst erniedrigend begriffen werden darf), folgt mit einem Klimaappell und hochinteressanter Körpersprache. (Er trägt, Überraschung, keinen Rock.) Einen größeren Auftritt hat dann Josefine Paul, ihres Zeichens Fraktionsvorsitzende im Landtag von NRW und zuständig für Kinder, Jugend und Familie, für Frauen- und



Queerpolitik. Auch diese kurzhaarige Frau mit äußerst markanten Gesichtszügen (sie ist übrigens mit der sächsischen Justizministerin Katja Meier liiert – ja, diese Frau, die einst mit ihrer Musikkapelle das »umstrittene« Lied mit diesen Textzeilen intonierte: »Advent, Advent, ein Bulle brennt. Erst eins, dann zwei, dann drei«) trägt hier interessanterweise Rock – gar züchtig knielang. Sie engagiert sich unter anderem gegen Kinderarmut, was natürlich keinesfalls falsch ist. Wer wäre denn dafür?

Hernach darf die notorische Martina Weisband (Ex-Piratin und stets auf dem aktuellsten politisch-korrekten Kurs) auftreten. Zur allgemeinen Verwirrung trägt auch sie standhaft Rock, daneben ein folkloristisches und irgendwie ukrainisch/weißrussisch/moldawisch/transnistrisch anmutendes Kurzmäntelchen. Sie tritt mit (Achtung, nun folgt ein neuer Begriff) einer »Just-out-of-Bed-Flechtfrisur« auf und beginnt ihre unbedingt ansehenswerte Rede (ab Minute 36) mit geschichtsträchtigen Sätzen: »Aaalso. Wir haben so ein paar Dinge am Stehen. Die ganze BRD so: Oh Gott!!!«

Kommen wir zu unserem hier abgebildeten »Film Still«, der in diesem Propagandastreifen gleich mehrfach auftaucht. Damit, durch die Häufigkeit, wird eine gewisse »Wichtigkeit« der Aussage verdeutlicht. Was sehen wir, und was soll das? Eine »Person mit Farbe« (PoC, Person of Color, wie man heute für »Schwarzer«, »Farbiger« oder »N*Wort« sagt) rempelt Parteivize Robert Habeck an. Oder etwa umgekehrt? Was geht hier vor? Es scheint sich jedenfalls um einen freundschaftlichen »Schulterschluß« zu handeln. Das ist nicht unmittelbar klar. Immerhin präsentiert der dunkle Mann dem alten Weißen den Zeigefinger, der mahnen oder hinweisen kann. Es muß jedenfalls irgendwie ironisch sein. Wäre es nicht so, ginge dieser ganze Propagandafilm völlig anders aus.

Es gibt eine Menge an N*Wort-Witzen, die man sich an dieser Stelle dringend verkneift. Anders als semantisch ähnlich gelagerte Schotten-, Ostfriesen- und Blondinenwitze sind sie einfach nicht opportun. Man mag müde munkeln: Habeck fragt PoC hier die unmögliche Frage: »Woher kommst du eigentlich?«, und der Befragte rammt ihm dafür einen Ellenbogen in die Rippen und zeigt den Finger. So dürfte er aber nicht gemeint sein, dieser »Still«. Er soll ein Einvernehmen symbolisieren. Einvernehmen in was? Alle Menschen werden Brüder? Wir alle zusammen: nun CO_2-neutral? Wir: auf der Siegerstraße? Es wäre wunderschön. Nur, wieso prangt dann auf der Brust des abkumpelnden PoC deutlich lesbar die Botschaft »Go away«? Wer soll fortgehen, sich abmachen? Und wohin überhaupt? Ins Land, wo die Sonnenblumen blühen? Ganzjährig womöglich?

Wer ländlich und östlich wohnt, wie die Redaktion der *Sezession,* kennt Sonnenblumenfelder. Vier Fünftel des gesamtdeutschen Sonnenblumenanbaus finden hier statt, in den sogenannten neuen Bundesländern, die doch ein relativ kleines Gebiet abgeben. Exakt einen Monat, von Mitte Juli bis Mitte August, sind sie eine Augenweide. Dann werden sie zum apokalyptischen Schauerbild. Sie lassen die Köpfe hängen, falten sich ein, werden braun und kümmerlich. Kein Mensch dieser Welt, und sei er noch so mitleidig, findet leibhaftige Sonnenblumen zwischen Ende August und Anfang Juni irgendwie attraktiv. Hier, bei den Grünen, müssen sie herhalten, selbst im September. Diese verrückten Leute werden uns ab jetzt mitregieren. ■

Gegen die »Realgesinnung« – der Schriftsteller Franz Werfel

von Eva Rex

Franz Werfel (1890–1945) kennt man als Autor des Epos *Die vierzig Tage des Musa Dagh* (1933), mit dem er sich als Ankläger des Völkermords an den Armeniern für alle Zeiten ein literarisches Denkmal geschaffen hat. Abiturienten schwitzen über der Novelle *Eine blaßblaue Frauenschrift* (1940), die den Antisemitismus in Österreich vor dem Anschluß dokumentiert. In der Erzählung *Der Tod des Kleinbürgers* (1927) sowie zahlreichen anderen Prosastücken widmet er sich dem Elend der in Not geratenen kleinen Leute. Werfels Eintreten für Geächtete und Randgruppen aller Art, sein lebenslanger Pazifismus und Antimilitarismus, sein Niederknien vor der Frau als Hüterin einer höheren Wahrheit, schließlich die Novelle *Nicht der Mörder, der Ermordete ist schuldig* (1920), welche in vollendeter Schuldumkehr eine ganze Vätergeneration bezichtigt, Stütze niederer Autorität und patriarchalischer Weltordnung und damit verantwortlich für Krieg, Haß und Niedertracht zu sein – in seinen verstreuten Schriften findet sich gar ein »Fragment gegen das Männergeschlecht« – all das macht ihn zur perfekten Projektionsfläche für linke Ideale. War Werfel ein früher Vertreter für Wokeness, avant la lettre?

Nicht verwunderlich, daß diese Art der Interpretation gängige Praxis ist, sieht man doch in Werfel, dem in Prag geborenen böhmischen Juden, dessen Bücher von den Nazis als »Gefährdung öffentlicher Sicherheit und Ordnung« eingestuft und verbrannt wurden, schon qua seiner Herkunft einen Anwalt für die Bedrängten und die Ausgestoßenen. Zu Recht. Und doch widersetzt er sich dem Versuch, in ein vorgestanztes Schema gepreßt zu werden, denn da ist noch eine andere Seite an ihm, die geradezu konträr zu der einen steht: der mystische, der verborgene, der unzeitgemäße Werfel.

»Ich finde nicht, daß es gleichgültig ist. Wir sind Nationen, und wenn wir nicht vollständig Wurzel und Charakter verlieren wollen, müssen wir das Besondere in uns wahren und fortentwickeln. Sonst kommt nur ein gebildeter Mischmasch heraus.«

aus: *Verdi. Roman einer Oper.*

Es gilt, hinter dem Schleier aus schulbuchmäßiger Konvention und Mythenbildung einen Dichter zu entdecken, der wie kein anderer seiner Zeit die Gegensätze und die Widersprüche der Moderne und ihrer zentrifugalen Kräfte in sich vereinigt und schmerzhafte Ambivalenzen auszuloten versteht. Beherrschendes Thema seiner Werke: Untergang des Alten – Entfremdungserfahrungen angesichts der Macht des frivol auftretenden Neuen. Bereits in seinem ersten großen Werk, *Verdi. Roman einer Oper* (1924), läßt er die Exponenten des anbrechenden Epochenwechsels gegeneinander antreten, indem er den unzeitgemäßen italienischen Maestro der schönen Melodie dem fortschrittlichen Wagner mit seiner atomisierenden Zukunftsmusik gegenüberstellt. Unter dem Vorzeichen des Schwellenübertritts betrachtet Werfel auch den überall in Europa aufkeimenden Nationalismus: nicht als atavistischen Rückfall in überwunden geglaubte Triebregungen, sondern als Ausdruck eines progressistischen Modernisierungsschubs, der in krasser Opposition zum Alten und Angestammten steht. Dieser erschien ihm in seiner Fratzenhaftigkeit wie ein armseliges »Religionssurrogat«. Nationale Identität hingegen war für ihn ein überaus schützenswertes Kulturgut.

Werfel stellte seiner Zeit die gleiche Diagnose aus, die wir mit unserer Welt in Verbindung bringen: eine Periode der Umwälzungen, der Sinn- und Wertauflösung und das damit verbundene Untergangsgefühl. Vor allem sei es der Verlust der Transzendenz, der dazu beitrage, die verhaßte »Realgesinnung« zu erzeugen, die ihrerseits darauf ausgerichtet sei, »das individuelle Bewußtsein zu vernichten, um es durch ein leicht lenkbares Kollektivbewußtsein zu ersetzen«.

Überaus nuancenreich können wir am Personal seiner Dramen und Romane die intellektuellen Zuspitzungen und absurden Verwerfungen mitverfolgen, die exakt die Spiegelung seiner eigenen inneren Vorgänge und Entwicklungen waren. Die geistige und politische Verfaßtheit der Zwischenkriegszeit findet sich am lebendigsten in Werfels autobiographisch gefärbtem Roman *Barbara oder die Frömmigkeit* (1929) verkörpert. Im Intellektuellenzirkel der Wiener Boheme des »Café Central« werden alle maßgeblichen Ideen vorgedacht und durchgekaut, deren Früchte uns heute so schwer im Magen liegen. Zu Wort kommen anarchistische Psychoanalytiker, dekadente Apokalyptiker, Sonderlinge jeglicher Couleur, Salonkommunisten und Verteidiger der sexuellen Revolution – Geburtshelfer jener damals subversiven Konzepte, die in unserer Zeit wie selbstverständlich die akademischen und publizistischen Diskurse bestimmen.

Werfel war ein Meister in der Darstellung ideologischer Konflikte. Konsequent schien er dem Vorsatz gefolgt zu sein, Unvereinbares zusammenzubringen. In einer unablässig kreisenden Suchbewegung entwarf er Denkmuster, die er in reiferen Jahren aufs Heftigste bekämpfte. Unüberhörbar seine Kritik der Rationalität unter gleichzeitiger Hervorkehrung der Paradoxie jeglicher Glaubensgewißheit. Nichts verachtete er so sehr wie den modernen Nihilismus in Gestalt des »radikalen Realismus«, der, sowohl im bolschewistischen Rußland wie im demokratischen Amerika, die »Sehnsucht nach einem menschlichen Fertigprodukt« hervorbringe.

»Ich verabscheue unsagbar den allgemeinen Geisteszustand unserer modernen Welt, jenen religiösen Nihilismus, der als Erbschaft längst verschollener Eliten seit drei Menschenaltern das Gemeingut der Massen geworden ist.«

aus: *Der veruntreute Himmel.*

Diesem Übel abzuhelfen, hatte er zwei Mittel zur Hand: das »Seher- und Sagertum« der Kunst und der »Innerlichkeit« als Antwort auf »Realgesinnung und Materialismus mit all seinen Unterabteilungen«. Im Christentum fand er die gelungene Symbiose von transzendentaler Strenge und sinnlich-zugewandter Konkretheit. Aufgewachsen im Haus assimilierter Eltern, die ihm eine fromme Katholikin zur Amme gaben, war seine Kindheit geprägt von unverstellter, ursprünglicher Religiosität. Auch davon erzählt sein *Barbara*-Roman. Und von der Aufspaltung des dichterischen Ich in ein Gegensatzpaar: Der christliche Protagonist Ferdinand R. liefert sich heißblütige Wortgefechte mit seinem engsten Freund Alfred Engländer. Dieser, ein rebellischer Sohn aus jüdischer Textilfabrikantenfamilie, ist »jesusgläubig«, ohne sich taufen zu lassen, und predigt die endgültige Aussöhnung zwischen Judentum und Christentum. Er sei, betont Engländer, »dem Fleische nach ein Jude, dem Geiste nach ein Christ wie Paulus, der Apostel, den ich verstehe wie mich selbst«.

Ein gängiges Mittel zur Sanierung der Welt und der bestehenden Verhältnisse verwarf Werfel allerdings komplett – die Politik, von der er sich, nach jugendlichen Verirrungen enttäuscht, abwandte. Er hatte während der Wiener Novemberrevolution von 1918 mit den Roten Garden sympathisiert und teilweise am Umsturzversuch mitgewirkt – eine Episode, die ihn aufgrund ihrer Fragwürdigkeit zeit seines Lebens nachhängen sollte. Nein, gerade die Politik und insbesondere staatliche Anmaßung seien es, die auf direktem Wege in den Sumpf des Nihilismus führten. Ein Schrei nach »Lebenssicherung« durchdringe, so Werfel, die Zentren des modernen Daseins. Das Leben wolle sich gegen das »Nichts sichern, das in ihm selbst wühle«. Dem Risiko des »Ewigen Nichts« solle durch die »Prämie zeitlicher Sicherstellung« begegnet werden. Immer mehr nehme die Idee des Staates das Wesen der »Versicherungsgesellschaften« an. »Die Welt der Reichen ist eine Sanatoriumswelt geworden. Allenthalben wimmelt es von Mystikern der Hygiene, von Yogis der Kosmetik, von Propheten der Verjüngung und von Fakiren des Stoffwechsels«.

»Sozialversicherung, Altersrente, Pensionsgesetzgebung, Krankenkassen usw. All diesen Institutionen liegt insgeheim die Auffassung zugrunde, das Geborenwerden sei ein Unfall, für den der Staat und Gesellschaft zur Ersatzleistung verpflichtet werden müssen.«

aus: »Können wir ohne Gottesglauben leben?«, Rede (gehalten 1932).

Dem Heilsversprechen durch politische Maßnahmen sowie einer gerechten Gesellschaftsordnung erteilte er schon früh eine deutliche Absage, wie er überhaupt jegliche Form des »liberalen Optimismus« verwarf. Die Erwartung, der Staat könne und müsse es richten, machte in seinen Augen aus Menschen »Gläubige der humanistischen Religion«, die sich der »Aktivität« und dem »positivistischen Tumult« verschrieben hätten:

> Die scheußlichste Entheiligung des Ichs seit Beginn vielleicht der Weltgeschichte ist die moderne Form der Leibeigenschaft: Der Mensch ist nicht mehr Eigentümer seiner selbst, sondern das Eigentum eines inappellablen Staates, welcher Arbeitgeber und Arbeitswegnehmer, Ernährer oder Hungervogt, Beichtvater, Erzieher, Verderber, Gewissensspitzel, Richter, Staatsanwalt, Verteidiger, Geschworener und Henker in einer Person ist.

»Diese Welt, die sich zivilisiert nennt, kann seelisch nur geheilt werden, wenn sie den Weg zu einem echten Christentum wiederfindet.«

aus: »Können wir ohne Gottesglauben leben?«

Nur einem Grundprinzip galt seine uneingeschränkte Anerkennung: der Offenbarung des »Christusimpulses«. Das Mysterium des Christentums zu durchdringen und literarisch zu verbreiten war fortan seine dringlichste Aufgabe. Kein anderer Dichter hat ein vergleichbares christliches Sendungsbewußtsein an den Tag gelegt wie der jesusgläubige Werfel – zum großen Unmut seiner jüdischen Freunde Max Brod und Franz Kafka. In der Heiligen Schrift des Alten und Neuen Testaments fand er die ihn bedrängenden Gegensätze benannt, aber auch vereinigt: »Das Gotteswort ist ein unerschöpfbarer Abgrund, in dem sowohl die biologische als auch die theologische Kausationslehre ineinander Platz haben, es ist der mathematische Ort der versöhnten Widersprüche. Beweis? Hierfür gibt es nur den relativen, aber großartigen Beweis der Geschichte. Denn unter uns leben nur zwei sozusagen ewige und unverwandelte Gestalten, die katholische Kirche und das Judentum.«

Dem Denken im dualistischen Spannungsverhältnis blieb Werfel konstant verhaftet, weil er wußte, daß jegliche Wahrheit bereits die Gegenwahrheit in sich trägt. Das Gegensatzpaar Judentum und Christentum ist Kernelement all seiner späteren Romane und theoretischen Abhandlungen, stets verweist er auf die Aufeinander-Bezogenheit dieser beiden Konfessionen. Antagonistisch auch sein Verständnis von Geist und Intellekt. Daß er letzterem lebensfremde Abstraktion zuordnet, ist nicht weiter überraschend. Doch auch dem Geist wohne eine bedenkliche Polarität inne: unabdingbar als schöpferisches Prinzip, ist er dennoch ursächlich für seinen eigenen Untergang:



> In einem langfristigen Prozeß hatte sich der Geist von seiner metaphysisch-religiösen Wurzel abgelöst. Er beherrschte zwar dem Scheine nach die Gesellschaft noch immer, zog sich aber selbst in tödlichen Zweifel. […] Der Geist starb an Geistesvergiftung. Ein zynischer Sumpf blieb übrig […].

Von hier aus ist es nicht weit, Selbstanklage zu erheben: das Geständnis der eigenen Schuld, die im eigenen Schaffen begründet liegt. So schreckte Werfel Jahre später nicht davor zurück, die expressionistischen Ideale seiner Jugend als Fehler zu brandmarken. Es habe einst, so verkündete er als gereifter Büßer, »keinen verzehrenderen, frecheren, höhnischeren, teufelsbesesseneren Hochmut« gegeben als jenen der »avantgardistischen Künstler und radikalen Intellektuellen«, zu denen er sich selbst zählen müsse. »Unter dem amüsiert empörten Gelächter einiger Philister waren wir die unansehnlichen Vorheizer der Hölle, in der nun die Menschheit brät.« Es handelt sich um ein Motiv, das in *Der veruntreute Himmel* (1939) wiederauftauchen wird. Dort wird er der Magd Teta Linek eine bittere Selbsterkenntnis zuteil werden lassen: »Sie aber stellte die feinste und verzwickteste aller moralischen Fragen: inwiefern ist ein Mensch in die Schuld eines anderen mitverwickelt?«

Gegensätze und Widersprüche sowie deren Versöhnung begleiteten Franz Werfel ein ganzes Leben. Schon die Beziehung zu seiner Geliebten und späteren Ehefrau Alma Mahler-Gropius war ein Widerspruch: Sie, die stockkonservative Katholikin, überzeugte Monarchistin und Antisemitin, fühlte sich mächtig angezogen von dem (wie sie selbst kolportierte) »fetten, o-beinigen Juden« mit seinen »wulstigen Lippen« und »schwimmenden Schlitzaugen«, obwohl ihr sein sozialistisches »Getue« und »Gerede« von Menschenliebe und Aufopferungswillen ganz und gar nicht zusagte. Sie war die Ältere, Dominante und gleichzeitig Bewunderte. Er, der Jüngere, wurde durch sie zum Bewunderten und zum Gefeierten. Ihr hatte er es zu verdanken, daß er von der Lyrik wegkam, die ihn weit über Prag und Wien hinaus Renommee eingebracht hatte, und sich der Prosa zuwandte. Alma, die Muse, machte ihn zum Romancier – und zum gestandenen Mann. Als Preis dafür schied er 1929 aus der jüdischen Religionsgemeinschaft aus, was Almas Bedingung für die Heirat gewesen war.



Als im Zuge der Willkommens-Seligkeit des Jahres 2015 ein Zitat aus seinem letzten Roman, *Stern der Ungeborenen* (posthum veröffentlicht 1946), in den sozialen Medien die Runde machte, rieb man sich verwundert die Augen. Wie war es nur möglich, daß ein Dichter siebzig Jahre im voraus den deutschen Zerknirschungskult derart detailgetreu vorhersagen konnte? Dort finden sich die Zeilen:

> Zwischen Weltkrieg Zwei und Drei drängten sich die Deutschen an die Spitze der Humanität und Allgüte. Der Gebrauch des Wortes »Humanitätsduselei« kostete achtundvierzig Stunden Arrest oder eine entsprechend hohe Geldsumme. Die meisten der Deutschen nahmen auch, was sie unter Humanität und Güte verstanden, äußerst ernst. Sie hatten doch seit Jahrhunderten danach gelechzt, beliebt zu sein. Humanität und Güte erschienen ihnen jetzt der beste Weg zu diesem Ziel. Sie fanden ihn sogar weit bequemer als Heroismus und Rassenlehre.

Der Blick ins geläuterte Gemüt der zukünftigen Deutschen ist allerdings nur ein Nebengleis in diesem Science-fiction-artigen »Reiseroman«, der im Jahr 101 943 angesiedelt ist. Es lohnt, schon allein wegen des minutiös ausgearbeiteten Gesellschaftsentwurfs, sich in ihn hineinzuvertiefen. Wohin wird sich die Menschheit – vielleicht schon in hundert und nicht erst hunderttausend Jahren – entwickelt haben? Werfel schlägt dieses Szenario vor: Auf einem abgeflachten, von grauem Rasen überzogenen und zumeist unterirdisch bewohnten Erdball herrschen ideal anmutende Lebensbedingungen. Die »Astromentalen« – so nennen sich die spiritistisch begabten Bewohner – leben voll versorgt ohne Arbeit, ohne Geld und Ökonomie, sie werden ohne Krankheiten zweihundert Jahre alt und bewahren sich bis zum Ende ihr jugendliches Aussehen. Frei von Schmerz, Mühsal, Alter und Not genießen sie ihr paradiesisches Dasein, müssen jedoch ohne Musik und Kunst auskommen, was eine »Verarmung des Lebens an Buntheit und Fülle« zur Folge hat sowie »die erstaunliche Verringerung seiner Varietäten«. Alles geht seinen geordneten, wohldurchdachten Gang, auch stirbt man nicht unvorhergesehen, sondern begibt sich, wenn es soweit ist, aus freien Stücken in den »Wintergarten«, wo menschliche Leiber, von »retrogenetischem Humus« umgeben, in ihren embryonalen Zustand zurückverwandelt werden, um schließlich, eingepflanzt auf einem riesigen Acker, als Margeriten zu enden. Euthanasie in vollendeter Form, die genauso unschuldig daherkommt wie jene »Animatoren«, die sie praktizieren. Überhaupt sind Gewalt und Grausamkeit den Astromentalen wesensfremd, sind sie doch derart verfeinert, sensibilisiert und achtsam, daß für ihre Ernährung nicht einmal Vegetarismus in Frage kommt, es bleibt alles unangetastet, was *Form* hat:

> Ihr Grauen schien sich nicht nur auf Fleisch zu beschränken, sondern ebenso auf Pflanzennahrung zu erstrecken, auf den Genuß jeder kreatürlichen, jeder geschaffenen Form und darüber hinaus sogar auf das Verzehren künstlich hergestellter Formen.

In dieser perfekt harmonisierten Welt gibt es keinen Zwang, keine Unterdrückung, keine Propaganda, keine Manipulation, scheint es – bis der Held F.W. bei seinem Besuch des Wintergartens feststellt, daß die vorgebliche Freiwilligkeit erschlichen wird durch Unterschlagung der Wahrheit. Fakten

»Wie kann es die Verfassung nur zulassen, daß der berühmte freiwillige Weg angetreten wird, ohne daß man die Freiwilligen von den furchtbaren Möglichkeiten unterrichtet, die ihnen bevorstehen?«

»›Die Risiken haben mit der Verfassung nichts zu tun‹, sagte der Animator, ›sie liegen im einzelnen Individuum. Wir sind nicht schuldig. Das Individuum ist schuldig …‹«

aus: *Stern der Ungeborenen.*

zu Risiken der Behandlung und deren unerwünschten Ergebnissen werden geflissentlich verheimlicht.

»Wo bleibt dann die ganze hehre Freiwilligkeit, Gevatter?«
»Auch unsere Denker, Erfinder und Gesetzgeber mußten mit Menschen rechnen, und welcher Mensch würde im letzten Augenblick nicht zurückschrecken vor dem, was unsere höchste Errungenschaft ist?«
In seinen Worten klang beinahe eine drohende Schwingung mit. Ich erkannte sofort, daß die Idee des Wintergartens den Platz des religiösen Fanatismus einnahm, des einzigen, den sie kannten.

»Und Sie, Hochwürdigster, Sie wollen nicht gelten lassen und leugnen mir in den Mund hinein, daß die Welt sich unendlich verbessert hat und übers Glaubliche hinaus fortgeschritten ist?«

»Was Sie Fortschritt nennen, bester Sohn, ist nur der verzweifelte Aberglaube, daß etwas, das fällt, in die Höhe fallen könnte.«

aus: *Stern der Ungeborenen.*

Hier offenbart sich ein weiteres Mal die visionäre Kraft des Sehers Werfel. An die Durchsetzung einer neuartigen Impfung möchte man denken, aber auch an die Agenda 2030. Was diese unserer Gesellschaft als Zielvorgabe autoritär aufzwingt, ist im astromentalen Idealstaat bereits gänzlich erfüllt: Die Welt der fernen Zukunft ist nachhaltig und gerecht. Emissions- und geräuschlose Technologien sorgen für Mobilität, das Energieproblem ist für alle Zeiten gelöst. Soziale Ungleichheiten sind abgeschafft, denn alle bekommen das jeweils Notwendige zugeteilt und Besitzlosigkeit (!) gilt als erstrebenswertes Gut. Überdies sind Maßnahmen zur Bevölkerungsreduktion getroffen worden.

Aller Sorgen und Mühsal enthoben, haben die Menschen Zeit, sich mit geistigen Fragen zu befassen. Auch in der astromentalen Welt haben sich die zwei Hauptkonfessionen erhalten: das Christentum und das Judentum. Freilich sind es keine gelebten Religionen, die dem Leser vor Augen kommen, sondern ein intellektuelles Debattenspektakel, das als Unterhaltungsprogramm an den Himmel projiziert wird. Anders als Huxley oder Orwell zeichnet Werfel in seiner Zukunftsvision keine düstere Dystopie, nicht wenige der höchsten Errungenschaften jener fernen Welt schätzt er als durchaus wertvoll ein. Um so dringlicher ist es ihm, darauf hinzuweisen, wie irreführend die Versuchung ist, sich ganz in den Dienst des Fortschrittsdenkens zu stellen.

Stern der Ungeborenen ist eine Zusammenfassung all dessen, was Werfel jemals in seinem Leben gedacht hat – es ist die philosophische, poetische und parodistische Bestandsaufnahme seiner Seelentätigkeit. Dem Buch war kein großer Erfolg beschieden, sicherlich aufgrund seiner überwältigenden Komplexität und ausufernden Assoziationsfülle. Wer davor nicht zurückschreckt, findet in diesem Roman einen Schatz an stets überraschenden Pointen, die direkt an uns Heutige adressiert zu sein scheinen:

»Und Sie haben sich doch nur aus Feigheit vor dem Ende am Humus vorbeigewunden. Nur aus memmenhafter Feigheit, die sich lieber irgendwo unter der Erde ausstinkt, als das Ende mannhaft zu wählen und bis zum letzten Herzschlag zu bestimmen.«
»Das ist wahr, Animator, in jedem Wort. Ich lebe zu gern, selbst wenn mein Leben dubios ist wie jetzt. Ich habe keine Lust, meinen Tod freiwillig zu wählen und zu beherrschen, wenn diese Beherrschung auch ein unermeßlicher Fortschritt sein mag, wie viele glauben … Es ist ganz hübsch, als Marguerite zu enden, weiß und reinlich. Der Weg dahin aber ist mir zu riskant, wenn ich an die Kataboliten denke. Der Tod steht hinter mir! Ich habe keine Angst vor ihm, ich am wenigsten, da ich ihn bereits kennengelernt habe. Ich will aber nicht, daß er vor mir stehe …«
»Feigheit und zu wenig moralischer Reinlichkeitssinn, nichts anderes.«

Franz Werfel war ein sprudelnder Quell an Einfallsreichtum, vielseitig in jeglichem Sinne, ein echter Allrounder. Am Ende fuhr er eine bombastische Ernte ein: Rund 700 Gedichte ließ er nach kurzem Leben zurück, zehn Romane, zahlreiche Erzählungen, dreizehn Dramen, mehrere Opernlibretti, ungezählt seine Essays und theoretischen Schriften. »Denn die Welt kann nur leben im Namen des Wunders« war das lebenslange Credo dieses gänzlich uneitlen Menschen. Es ging etwas Warmes und Liebes von ihm aus, erinnerten sich Freunde, »Güte« habe er besessen und die »Fähigkeit zur Freundschaft«. Der Dichter mit dem leidenschaftlichsten Herzen – er erliegt 1945 ausgerechnet einem Herzleiden.

Daß er sich kurz vor seinem Tod hat taufen lassen, bleibt allerdings Gerücht. ■

Werke Franz Werfels (Auswahl):

Verdi. Roman einer Oper, Berlin/Wien/Leipzig 1924;

Barbara oder die Frömmigkeit, Berlin/Wien/Leipzig 1929;

Die vierzig Tage des Musa Dagh, Berlin/Wien/Leipzig 1933;

Der veruntreute Himmel, Stockholm 1939;

Stern der Ungeborenen, Stockholm 1946;

»Leben heißt, sich mitteilen«. Betrachtungen, Reden, Aphorismen, Frankfurt a.M. 1992.

Biographie:

Norbert Abels: *Franz Werfel* (= *rowohlts monographien*), Reinbek bei Hamburg 1990;

Peter Stephan Jungk: *Franz Werfel, eine Lebensgeschichte,* Franfurt a.M. 1987.

Autoren dieses Heftes

François Bousquet, 1968, frz. Journalist und Essayist, seit 2017 Chefredakteur von *Éléments*.
Courage. Manuel de guérilla culturelle, Paris 2019

Lorenz Bien, 1991, hat Germanistik und Philosophie studiert und arbeitet als freier Publizist und Organisator von Kulturveranstaltungen.

Thorsten Hinz, 1962, studierte Germanistik in Leipzig, freier Autor in Berlin.
Weltflucht und Massenwahn. Deutschland in Zeiten der Völkerwanderung, Berlin 2016

Jekaterina Iwanowa, 1972, studierte Philosophie und Arabistik, arbeitet in einer Werbeagentur.

Benedikt Kaiser, 1987, studierte Politikwissenschaft in Chemnitz, arbeitet beim Verlag Antaios.
Solidarischer Patriotismus. Die soziale Frage von rechts, Schnellroda 2020

Dr. Simon Kießling, 1971, studierte Philosophie und Geschichte, tätig als Autor und Übersetzer.
Selbstaufgabe einer Zivilisation? Gender Mainstreaming […], Bad Schussenried 2019

Ellen Kositza, 1973, arbeitet als Redakteurin der *Sezession* und als freie Publizistin.
Das Buch im Haus nebenan (hrsg. mit G. Kubitschek), Schnellroda 2020

Dr. Marc Krecher, 1968, Diplom-Geologe und M.Sc. Energiemanagement.
Vom Klimawandel zu Corona – Mit System in die Unfreiheit, Lüdinghausen/Neuruppin 2021

Götz Kubitschek, 1970, Verleger (Verlag Antaios) und verantwortl. Redakteur der *Sezession*.
Nassehi, ich und Leggewie. Zwei Briefwechsel, Schnellroda 2021

Dr. Erik Lehnert, 1975, Philosoph, arbeitet als Wissenschaftlicher Leiter des IfS.
Lagedenken. 20 Jahre Institut für Staatspolitik (hrsg. mit G. Kubitschek), Schnellroda 2020

Martin Lichtmesz, 1976, ist freier Journalist.
Ethnopluralismus. Kritik und Verteidigung, Schnellroda 2020

Eva Rex, 1969, studierte in Berlin und Leipzig, lebt als freie Autorin in Dresden.
Rettet den gesunden Menschenverstand! Hannah Arendt im Mehrheitsdiskurs, Dresden 2020

Josef Schüßlburner, 1954, ist Jurist und war Regierungsdirektor in einem Bundesministerium.
Scheitert die AfD? Die Illusion der Freiheitlichkeit […], Schnellroda 2020

Dr. Caroline Sommerfeld, 1975, ist Philosophin und Mutter dreier Söhne.
Versuch über den Riß, Schnellroda 2021

Dr. Dr. Thor v. Waldstein, 1959, studierte Rechts- und Geisteswissenschaften, Rechtsanwalt.
Der Zauber des Eigenen. Volk u. Nation in der deutschen Geistesgeschichte, Lüdinghausen/Neuruppin 2021

Nils Wegner, 1987, studierte Geschichts- und Kulturwissenschaften. Er ist als Autor und Übersetzer tätig.
»So funktioniert Geschichte nicht!« Richard Spencer im Gespräch, Selbstverlag 2021


Zutritt nur
GEIMPFT


GENESEN
Danke!


Zutritt nur mit
FFP2-Maske

Vollzugszwang

von Martin Lichtmesz

Mitte Oktober konnte man den Eindruck gewinnen, daß der Corona-Maschinerie allmählich die Luft ausging. Das Mobilisierungs-, Panik- und Impfbereitschaftspotential der Bevölkerung schien erschöpft zu sein. Dänemark war Anfang September vollständig aus dem Maßnahmenkarussell ausgestiegen, angeblich wegen seiner hohen Impfrate von über 80 Prozent »der Menschen ab zwölf Jahren« (»Tagesschau«). In Wahrheit hatte die dänische Impfoffensive im Vergleich zum Vorjahr weder die Fallzahlen noch die absoluten Sterbezahlen gesenkt.

Anzeichen von Absetzbewegungen konnte man auch in den Äußerungen diverser deutscher und österreichischer Politiker vernehmen. Das Hochkochen der Korruptionsvorwürfe gegen die regierende ÖVP-Mafia, das zum Rücktritt von Kanzler Kurz führte, verdrängte Corona schlagartig aus den Schlagzeilen. Treue Kurz-Tentakel wie Finanzminister Gernot Blümel und Ersatzkanzler Alexander Schallenberg äußerten zu diesem Zeitpunkt wortwörtlich, daß »die Pandemie vorbei« sei.

Der »Booster-Shot« ließ indes nicht lange auf sich warten: Mit dem Fortschreiten der alljährlichen Erkältungssaison häuften sich die altbekannten Tatarenmeldungen über berstende Krankenhäuser und dräuende Intensivbettenknappheit. Nun »explodierten« wieder »die Zahlen«, und dieser Horror wurde der Herde rund um die Uhr um die Ohren gehauen. Anfang November wurde der »2G-Hammer« *(oe24)* verhängt, ein Regelwerk aus Diskriminierungen, das die verbliebenen »Ungeimpften« unter Druck setzen sollte. War bislang das »3G«-Prinzip (»geimpft, genesen, getestet«) die Grundlage für alle Regelungen, so hatte die Regierung nun beschlossen, daß es zu riskant sei, Menschen mit negativem PCR- oder Antigentest am sozialen Leben im »Freizeitbereich« teilhaben zu lassen: Fortan durften nur mehr Geimpfte und Genesene Gasthäuser, Cafés, Fitneßcenter, Friseursalons, Kinos, Diskos oder Fußballplätze betreten. Auch Besuche in Heimen und Krankenhäusern waren nur mehr mit »2G« erlaubt. Im Arbeitsbereich galt »vorerst« noch die »3G«-Regel, die Ungeimpfte dazu nötigt, ständig negative Tests vorzulegen. Kaum eine Woche später wurde »2G« zum »Lockdown für Ungeimpfte« zugespitzt. Diese durften ihre Wohnung fortan nur mehr »aus triftigen Gründen« verlassen, etwa zum Lebensmittelkauf; im selben Geschäft »Weihnachtsgeschenke« zu besorgen wurde allen Ernstes untersagt.

Der Schikanen- und Bestrafungscharakter der »Maßnahmen« lag nun offen zutage. Der ungewählte Schattenkanzler ließ die Katze mit verblüffender Offenheit aus dem Sack. Mit »Impfverweigerern« habe er »kein Verständnis mehr«, berichtete der *Kurier* am 15. November. »Es gibt eine Gruppe von Menschen, die sich seit fast einem Jahr relativ immun gegen Impf- und Informationskampagnen seitens der Regierung oder auch der Medien gezeigt haben«, so Schallenberg. Es sei »bedauerlich«, daß »es offenbar eine Mischung aus Anreiz und Druckkulisse brauche, um die

»Noch immer spukt außerdem in vielen Köpfen die Idee herum, Impfen könne die Pandemie bei dauerhaft niedrigen Infektionszahlen beenden, offenkundig selbst bei Lothar Wieler, dem Präsidenten des RKI. Angesichts der bekannten Parameter der Impfung ist das aus Sicht der mathematischen Epidemiologie so absurd, wie der Glaube, ein Glas würde nach dem Loslassen nicht auf den Boden fallen, wenn man es vorher lang genug festhält.«

Bernhard Müller: »Mich befällt als Wissenschaftler großes Unbehagen«, *Berliner Zeitung,* 21. November 2021.

»Für die Ungeimpften muß die Luft dünner werden. Damit meine ich nicht die Sache mit dem Schlauch im Hals. Sondern: Keine Gastro, keine Bahn, keine Freizeiteinrichtung, kein Museum, kein Theater, kein Kino, keinen Flug, kein Weihnachtsmarkt.«

Mark Seibert, Berliner Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Twitter, 6. November 2021.

»Langsam verliert der langmütigste Mensch die Geduld mit freiwillig Ungeimpften, die auch noch losheulen, wenn sie die normalen Folgen ihrer freiwilligen Entscheidung zu tragen haben. Sie sollten den Bogen echt nicht mehr weiter überspannen.«

Robert Misik, linker Journalist, Twitter, 5. November 2021.

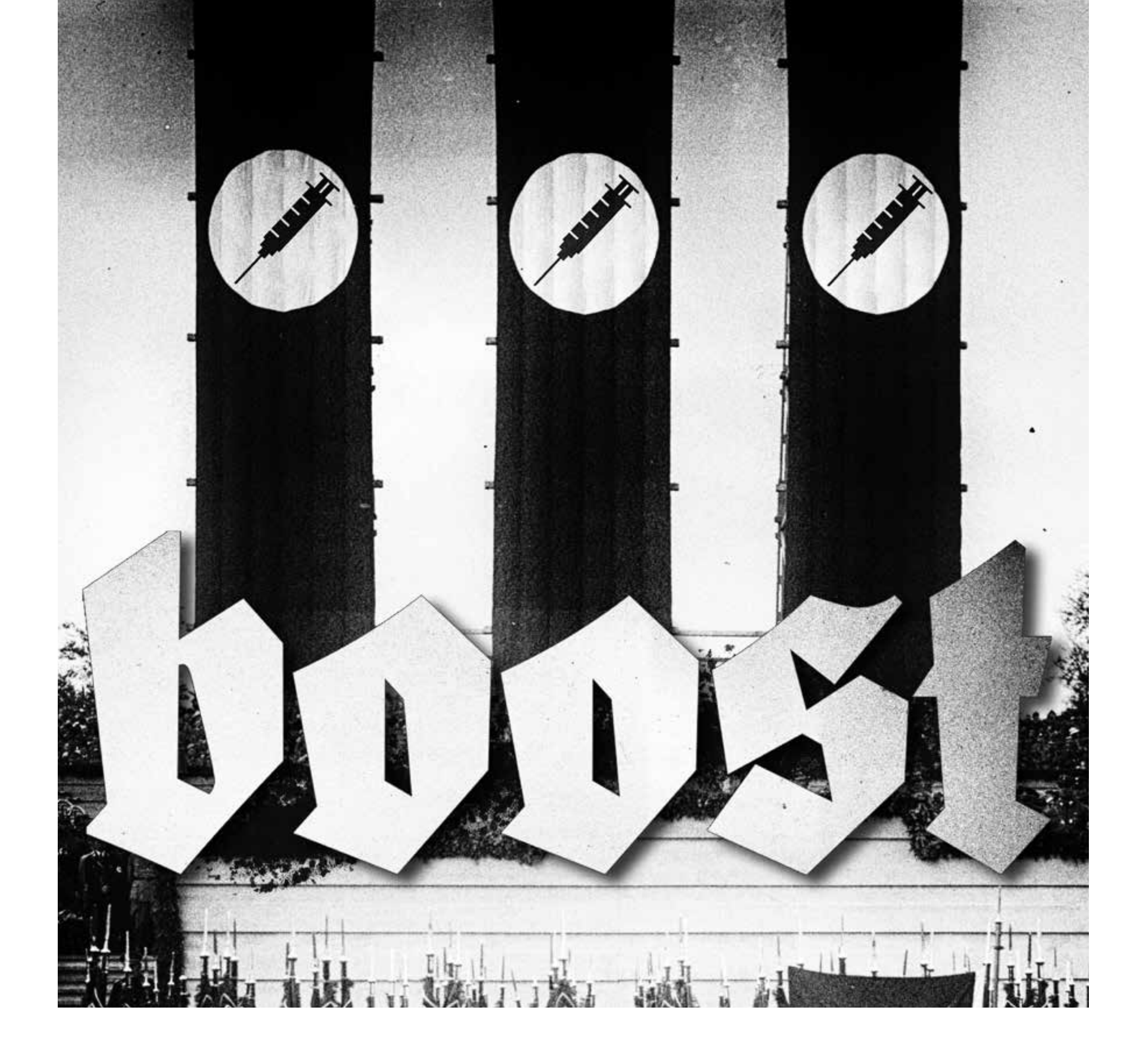
»Unsicherheiten über die Wirksamkeit der Impfung zeigen sich auch in Schweden: Die Zeitung *Svenska Dagbladet* berichtet, daß im September 70 Prozent der als Corona-Tote geführten Fälle geimpfte Personen waren. Die Zeitung zitiert Gesundheitsbeamte, wonach die Todesfälle vor allem auf ein Nachlassen der Wirkung der Impfung bei älteren Personen zurückzuführen sei. Im Sommer, als alle Beschränkungen aufgehoben worden waren, der Schutz für die einzelnen in der vulnerablen Gruppe aber noch besser war, sei die Zahl der Todesfälle drastisch zurückgegangen.«

»Trotz Impfungen: Europa ist das Epizentrum der Pandemie«, *Berliner Zeitung* v. 8. November 2021.

Menschen zum Impfen zu bringen«. In der »neuen Normalität« soll die »angebotene« Information dem Bürger nicht etwa bei seiner freien Entscheidungsfindung helfen, sondern enthält eine Anweisung, der er unter Androhung von Strafe Folge zu leisten hat. Um möglichst viele Menschen zur Impfung zu bewegen, wurden bislang Mittel wie Bestechung und Erpressung, Hohn und Panikmache, Ausgrenzung und »Privilegierung« eingesetzt. Doch das reichte immer noch nicht. Am 19. November folgte die dritte Zündstufe: Die Regierung verkündete einen weiteren »Lockdown für alle« sowie die Einführung einer generellen Impfpflicht, die ab Februar gültig sein soll. Bei Verweigerung drohen Geld- und Gefängnisstrafen, auch für die »doppelt Geimpften«, die eine dritte Impfung ablehnen. Mit diesem Schritt wurde Österreich zum Epizentrum der Covid-Politik in der westlichen Welt. Der Doppelschlag wurde wohl mit voller Absicht serviert, um die Blasen der »Geimpften« und »Ungeimpften« gleichermaßen zu reizen und gegeneinander aufzuhetzen. Enthemmung wurde zur Staatsräson. Hieß es zu Beginn der Kampagne, die Impfstoffe würden uns aus dem Lockdown erlösen, so werden nun Lockdowns verhängt, um uns die Impfstoffe aufzuzwingen. Angst, Frust und Zorn, von oben induziert, breiteten sich aus und erzeugten eine wahre Bürgerkriegsstimmung. Dieser Lockdown »muß jetzt das allerletzte Mal gewesen sein«, titelte die *Kronen Zeitung,* was allein durch eine generelle Impfpflicht zu erreichen sei. Am 20. November meldeten sich im selben Blatt zwei Verfassungsrechtler zu Wort und malten sich genüßlich aus, wie die Umsetzung einer Impfpflicht denn aussehen könne: Man könne »die Unwilligen zwangsweise isolieren«, man müsse »alle impfen, die eine Gefahr darstellen«, auch die Kinder, »sonst ist das sinnlos«. Das wäre zwar »optisch unschön«, aber nicht »per se unzulässig«. Sie zitierten zustimmend den Weltärztepräsident Frank Ulrich Montgomery: »Zuckerbrot nützt nichts, jetzt brauchen Ungeimpfte die Peitsche.« Der politisch-mediale Komplex in Deutschland zog rasch nach und begann nun ebenfalls die Idee der Impfpflicht in den öffentlichen Diskurs einzuspeisen. Im Zuge dessen überschlugen sich die Meinungsartikler der Leitmedien mit Rufen nach Drangsalierung und Erniedrigung der kleinen, tyrannischen Minderheit der »Impfverweigerer«, die an den steigenden »Zahlen« die Schuld trage: »Vergeßt den Zusammenhalt!«, »Die Gesellschaft muß sich spalten!«, »Wir werden unser Leben nicht von 13 Millionen Ungeimpften diktieren lassen« oder »November des Zorns« lauteten die Schlagzeilen.

Man kann diese Eskalations- und Sündenbockstrategie als Folge des Scheiterns der Impfkampagne begreifen. Politiker und Gesundheitsbehörden haben alle Karten auf die maximale, multiple Durchimpfung der Bevölkerung als Lösung aller pandemischen Probleme gesetzt. Deshalb müssen sie nun ihre Sprache und Argumentation laufend dem an allen Ecken und Enden bröselnden Narrativ anpassen. Der daraus resultierende, barock wuchernde Un- und Irrsinn bietet Stoff für endlose Zitatesammlungen. Schon Anfang September äußerte Christian Drosten, sein »Ziel« sei, »eine Impfimmunität« zu haben und »darauf aufsattelnd will ich dann aber durchaus meine erste Allgemeininfektion und die zweite und auch die dritte haben.« Als Ende Oktober das Problemchen auftrat, den erschöpften Bürgern die bislang unvorhergesehene Notwendigkeit einer dritten Impfung zu verkaufen, erklärte eine Referentin des österreichischen Gesundheitsministeriums: »Die dritte Dosis der Covid-19-Impfung ist ein wichtiger Teil der Grundimmunisierung gegen das Coronavirus«, ungeachtet dessen, daß die zwei Stiche für Pfizer und Moderna bis dato als »Vollimmunisierung« verkauft wurden. Diese »Grundimmunisierung« nach dem dritten Stich wurde von Gesundheitsminister Wolfgang Mückstein (Die Grünen) am 3. November zur »Teilimpfung« herabgestuft, auf die »mutmaßlich« auch ein »vierter Stich« oder auch eine »fünfte Dosis« folgen werde. Damit wäre die Bahn frei für praktisch unendliche »Auffrischungsimpfungen«.

Beschränken wir uns auf Deutschland und Österreich, so waren Ende November nur geringe Verbesserungen der Gesamtlage gegenüber dem Vorjahr festzustellen, wenn man Hospitalisierungen, Todesfälle oder Infektionssterblichkeit betrachtet (ourworldindata.org). Im Bereich der Inzidenzwerte und »bestätigten Fälle« zeigten sich sogar deutliche Verschlechterungen, trotz relativ hoher Impfraten: Am 20. November 2021 waren 68 Prozent der deutschen Bevölkerung »vollständig geimpft«, in der



Altersgruppe 18 bis 59 Jahre waren es 74,7 Prozent, bei den über Sechzigjährigen 85,8 Prozent (statista.de). In Österreich hatten am 20. November laut Dashboard des Gesundheitsministeriums 65,9 Prozent der Gesamtbevölkerung ein »aktives Impfzertifikat«. In den Altersgruppen ab 65 Jahren waren mindestens 86 Prozent geimpft. Die Kurvenverläufe beider Länder bieten ein sehr ähnliches Bild. In Deutschland war der siebentägige gleitende Durchschnitt der »bestätigten Fälle« am 20. November fast dreimal so hoch wie zum gleichen Zeitpunkt im Vorjahr und etwa doppelt so hoch wie der bisherige Gipfelpunkt am 23. Dezember 2020. Die Fallsterblichkeitsrate (siebentägiger Durchschnitt) war allerdings von 1,23 Prozent auf 0,6 Prozent gesunken, und auch die Zahl der Intensivpatienten war am 13. November 2021 etwas geringer (2925) als am 13. November im Vorjahr (3289). Dieses Muster zeigt sich auch in anderen Ländern und wird immer wieder als Argument für die Wirksamkeit der Impfstoffe benutzt. Wenn die Inzidenzen nicht als Beweis taugen, verweist man auf die »besseren Verläufe«. Als Gibraltar mit einer Impfquote von 100 Prozent erneute Einschränkungen ankündigte, schrieb der *Spiegel* (20. November): »Sogenannte Querdenker sehen das als Beweis ihrer Thesen. Dabei ist genau das Gegenteil der Fall.« Die britische Kolonie habe am 19. November »668 aktive Covid-Fälle« verzeichnet, »halb so viele wie zuletzt im Januar, als die Pandemie in Gibraltar ihren bisherigen Höhepunkt erreicht hatte«, man verschwieg aber, daß das fast sechsmal so viele Fälle waren wie am 19. November vor einem Jahr (worldometer.info). Die Impfung sei trotzdem erfolgreich, so der *Spiegel,* was sich daran zeige, daß in Gibraltar seit Oktober niemand an Covid gestorben ist. Geht man nun wieder ein Jahr zurück, so zeigte sich am 20. November 2020 derselbe siebentägige Durchschnitt an Todesfällen wie ein Jahr später, nämlich null. Der Unterschied zum Vorjahr, als noch niemand geimpft war, ist also nicht besonders groß, und die Wintersaison steht der Halbinsel noch bevor.

Großbritannien (Impfquote der über Zwölfjährigen etwa 80 Prozent, Gesamtquote 68,7 Prozent) hatte am 20. November 2021 eine beinahe

»Es ist nach wie vor so, daß der Überwachungsbericht Raten pro 100 000 enthält, die als Argument für die Unwirksamkeit von Impfungen verwendet werden können. Ich weiß, daß dies nicht die Absicht des Überwachungsberichts ist, aber das Potential für Mißbrauch bleibt bestehen. Wenn Sie diese Daten veröffentlichen, müssen Sie sich gründlicher mit der Gefahr auseinandersetzen, daß sie die Menschen zu der Annahme verleiten könnten, daß sie etwas über die Wirksamkeit von Impfstoffen aussagen.«

Offener Brief von Ed Humpherson, Direktor des Office for Statistics Regulation, an Jenny Harries, Chefin der UKHSA, 1. November 2021.

doppelt so hohe Zahl von »Fällen« wie im Vorjahr, allerdings dreimal weniger Todesfälle im siebentägigen gleitenden Durchschnitt. Die Zahl der Intensivpatienten war etwa um ein Drittel geringer. Der Bericht der staatlichen UK Health Security Agency (UKHSA) über den Zeitraum vom 18. Oktober bis 8. November zeigt, daß es sich hierbei keineswegs um eine »Pandemie der Ungeimpften« handelt, wie ein politischer Slogan glauben machen will: In sämtlichen Altersgruppen ab 30 Jahren war der Anteil der Geimpften an den »Fällen« signifikant höher als jener der Ungeimpften, bei manchen sogar um das Doppelte. Die überwiegende Mehrheit der Covid-Todesfälle waren Geimpfte, und hier ist wiederum, nicht anders als im Vorjahr, die Altersgruppe ab 80 Jahren am stärksten vertreten. Das ist ein kurioses Phänomen, das sich offenbar statistisch nicht ausbügeln läßt. Erinnern wir uns an dieser Stelle an die Adventsstimmung, die Medien und Politik im Dezember 2020 mit Rückgriff auf religiöse Symbolik verbreiteten: Die in wundersamer Rekordschnelle produzierten Impfstoffe, die unter radikaler Abkürzung der üblichen Protokolle zugelassen wurden, waren die »Game-Changer« (Sebastian Kurz), die uns aus der Drangsal der Lockdowns erlösen sollten. Dabei war von Anfang an eine Strategie vorgesehen, die weit über den selektiven Schutz von »Risikogruppen« hinausging. Man zielte auf eine künstlich erzeugte »Herdenimmunität« durch Massenimpfungen, wobei der von der Impfallianz Gavi bereits im März 2020 genannte Schwellenwert von 60 Prozent der Bevölkerung im Laufe der Zeit stetig gesteigert wurde. Dabei ging man von einer inzwischen widerlegten hohen Infektionssterblichkeit aus, die es verbiete, Herdenimmunität durch »Durchseuchung« zu erreichen. Lockdowns sollten eine Art externes Immunsystem konstruieren, das bis zum Eintreffen von Impfstoffen aufrechterhalten werden mußte. Die »Herdenimmunität« diente als Vorwand, auch Kinder und Jugendliche, die von Covid-19 kaum gefährdet sind, in die Rechnung einzubeziehen: Diese Altersgruppen wurden zur statistischen Verfügungsmasse reduziert, die mobilisiert werden muß, um eine arbiträre Quote zu erreichen.

»Moralisch sind wir alle verpflichtet, uns impfen zu lassen. Keine Ethik, die diesen Namen verdient, stellt einen guten Grund dafür bereit, daß ein geimpfter Patient unter Covid-19-Patienten leiden sollte, nur weil diese so ›frei‹ waren, sich nicht impfen zu lassen, obwohl sie es konnten. Die Ungeimpften nötigen uns schon jetzt eine schleichende Triage auf.«

Sabine Döring, Philosophin, *Liberal Magazin,* Ausgabe 3/2021.

»Dieselben Journalisten, die jeden politischen Bocksprung in dieser Pandemie willfährig mitgemacht haben, gehen jetzt auch auf die Ungeimpften los, als wären es Schwerverbrecher, statt sich kritisch mit der Rolle von Politik und Verwaltung beim Schutz der Risikogruppen auseinanderzusetzen. Wenn Medien die Entscheidungsfreiheit kriminalisieren, wenn sie den Zwang feiern und ihre Kritik am Staat sich darauf beschränkt, daß dieser Zwang zu spät und zu mild angewendet wird, kann man sich schon fragen, auf welchen Köpfen da eigentlich die Aluhüte sitzen.«

Michael Fleischhacker: »Nein, Impfen ist keine moralische Pflicht«, in: mailchi.mp v. 7. November 2021.

Während die globale Impfkampagne unerbittlich vorangetrieben wird, ignorieren Medien, Politiker und Gesundheitsbehörden beharrlich die beispiellose Häufung von gemeldeten Impfnebenwirkungen, wie man sie etwa beim Paul-Ehrlich-Institut (Deutschland), der US-Meldestelle VAERS (USA) oder dem Informationsnetzwerk EudraVigilance (Europäische Union) der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA) einsehen kann. Mit Stand vom 12. bzw. 20. November ergeben die letzteren beiden (siehe openvaers.com und impfnebenwirkungen.net) für Europa und die Vereinigten Staaten zusammengerechnet folgendes Bild: Über 2,9 Millionen Meldungen, darunter 36 674 Todesfälle, 197 008 Hospitalisierungen, 81 652 permanente Behinderungen, 45 847 lebensbedrohliche Nebenwirkungen. Zu den häufigsten Nebeneffekten zählen Thrombosen, Lungenembolien, Gürtelrosen, Herzmuskel- und Herzbeutelentzündungen, Herzinfarkte, akute allergische Reaktionen, Fazialisparesen; bei VAERS wurden außerdem bislang 2996 Fehlgeburten gemeldet. Das sind im Vergleich zu den Zahlen der Vorjahre dramatische Anstiege, die es in diesem Ausmaß nie zuvor gegeben hat. In Deutschland meldete das Paul-Ehrlich-Institut bis Anfang November 2021 über 1800 Todesfälle im Zusammenhang mit den Corona-Impfstoffen, darunter fünf Minderjährige. Das sind 54mal mehr Todesfallmeldungen als bei allen anderen Impfungen seit dem Jahr 2000 zusammen. Dabei gehen etliche Ärzte von einer »erheblichen Untererfassung von Impfkomplikationen inklusive Todesfolge« (*Berliner Zeitung,* 21. September 2021) aus. An einer Klärung dieser »Verdachtsfälle« scheint seitens der Gesundheitsbehörden nicht das geringste Interesse zu bestehen. Sie beharren weiterhin auf dem Dogma, daß die Impfstoffe »sicher und effektiv« seien.

In Wahrheit trifft das genaue Gegenteil zu. Die Impfstoffe sind gefährlich und haben nur eine beschränkte und rasch verfallende Wirkung; darüber hinaus gibt es Anzeichen, daß sie die Evolution aggressiverer, impfstoffresistenter »Varianten« begünstigen und die Immunantwort gegen andere Viren reduzieren. Die Covid-Impfstoffe können allenfalls als Mittel zum Eigenschutz gerechtfertigt werden. Sie schützen nicht vor der Infektion, sondern allenfalls vor »schweren Verläufen«. Da das Covid-Risiko stark stratifiziert ist, kann man auf kollektiver Ebene allenfalls für eine gezielte Impfung der Risikogruppen plädieren. Was die Impfstoffe nicht

leisten können, ist »Herdenimmunität« erzeugen, Inzidenzen herunterdrücken, oder Corona gar »ausrotten«. Der »Alptraum« Corona (Kanzler Schallenberg) kann nicht durch Massenimpfungen beendet werden. Vielmehr ist der Wahn, jedes greifbare Lebewesen auf diesem Planeten doppelt- und dreifach mit neuartigen, genbasierten Stoffen impfen zu wollen, Teil des Alptraums selbst, der im wesentlichen ein politisch-mediales Konstrukt ist, das sich zum globalen ideologischen Gefängnis geschlossen hat. Nüchtern betrachtet, ist Covid-19 eine längst endemische Krankheit, die für die meisten Menschen nicht gefährlicher als eine Grippe ist und die sich ohne das tägliche Propagandagedöns im öffentlichen Leben nur marginal bemerkbar machen würde. Das »Corona« der Politiker, Medien, Gesundheitsbehörden, Pharmakonzerne, NGOs und Globalisten hingegen ist ein allgegenwärtiger Dämon, der permanente, intensive technokratische Eingriffe gebietet. Dieser Optimierungsapparat ist zum Selbstläufer unter Vollzugszwang geworden, der mit unersättlicher Gier Besitz von der gesamten Welt ergreift.

Um vom Scheitern der Impfoffensive abzulenken, werden dicke Schichten aus Lügen und Desinformation aufgetragen. Die Regierenden versuchen den Eindruck zu vermitteln, daß lediglich die Ungeimpften von Corona gefressen werden, und dies mit größerem Appetit als je zuvor. Ungeimpfte, die an Covid erkranken, werden inzwischen geradezu als Verbrecher betrachtet, als »gefährliche Sozialschädlinge« (Rainer Stinner, FDP), die anderen Patienten die lebensnotwendigen Betten wegnehmen und denen man deshalb »die Behandlung nicht mehr garantieren« könne (Bodo Ramelow, Die Linke). Dieser Tonfall verschärft sich täglich zur »Kakerlakensprache«, gesättigt mit Metaphern des Erstickens, Würgens und Folterns und findet seinen Höhepunkt in der Androhung des gesetzlichen Impfzwanges. In einer bizarren Täter-Opfer-Umkehr sprach Frank Ulrich Montgomery in einer Talkshow von einer »Tyrannei der Ungeimpften«, um die Tyrannei der Regierung gegen die Ungeimpften (und am Ende auch gegen die betrogenen Geimpften) zu rechtfertigen.

Gleichzeitig geben die Behörden offen zu, daß sich auch Geimpfte mit Corona anstecken, daran erkranken und andere infizieren können. Der Behauptung, Ungeimpfte seien Pandemietreiber und -verlängerer, widersprechen die sich häufenden Berichte über »Impfdurchbrüche«, darunter etliche »Prominente«, die trotz doppelter Impfung erkranken, ebenso wie die steigenden Zahlen von doppelt Geimpften in Spitälern und Intensivstationen, die Gegenstand eines massiven Informationskrieges sind. Schon im September warnte der Virologe Alexander Kekulé vor einer »unsichtbaren Welle der Geimpften«. Am 30. September erschien eine an der Harvard-Universität erstellte Studie mit dem Titel *Der Anstieg von COVID-19 steht in 68 Ländern und 2947 Bezirken der Vereinigten Staaten in keinem Zusammenhang mit der Impfquote*. Am 20. November publizierte die renommierte Fachzeitschrift *The Lancet* einen Artikel, der die »Stigmatisierung der Ungeimpften« als »nicht gerechtfertigt« kritisierte. Am 10. November verwarf Christian Drosten in einem Interview mit der *Zeit* das Narrativ »Pandemie der Ungeimpften«, wahrscheinlich, weil sich damit die Notwendigkeit der Drittimpfung nicht begründen läßt. Der Fall Israel hat darüber hinaus gezeigt, daß die »Privilegien« der Geimpften ein rasches Ablaufdatum haben. Wer den Preis der Impfung zahlt, um seine Freiheit »wiederzubekommen«, zeichnet ein Dauerabonnement, das er nicht mehr kündigen kann. Der Impfstatus ist widerruflich und hängt von theoretisch endlosen »Updates« ab. Für die Pharmaindustrie bedeutet das eine Dauerprofitquelle kosmischen Ausmaßes, während der Staat eine umfassende Kontrolle über die Körper und die Köpfe seiner Bürger bekäme, als wären sie Computer-Betriebssysteme. Darin liegen außerordentliche Gefahren, denn es gibt keine Garantie und keinerlei Anzeichen, daß die »Pandemie« jemals als beendet erklärt werden wird. Auch pandemische »Nachfolger«, ob real oder virtuell, und Erweiterungen (etwa zu »Klimapässen«) sind denkbar. Und hier findet sich, neben der Flucht nach vorne, um Narrativ und Gesicht wahren, womöglich der zweite und eigentliche Grund für die Politik der Eskalation: Die Virusbekämpfung ist nur ein Vorwand, um eine Art »Revolution von oben« zu ermöglichen, die den liberalen Rechtsstaat endgültig aus der Geschichte fegen soll. Mit der Umsetzung der Impfpflicht wäre die totalitäre Falle unwiderruflich zugeschnappt. ■

»Die Gesellschaft muß sich spalten! Jobs nur für Ungeimpfte, Querdenker-Schulen, Covid-Wurmkuren – wenn jeder Quatsch angehört wird, werden Zweifler sich nie entscheiden. Höchste Zeit, einen Keil zu treiben. Einer, der die Gesellschaft spaltet. Wenn davon die Rede ist, entsteht schnell ein Zerrbild im Kopf, als würde das Land in zwei gleich große Teile zerfallen. Doch so ist es nicht. Richtig und tief eingeschlagen, trennt er den gefährlichen vom gefährdeten Teil der Gesellschaft. Sicher, es ist nicht ganz leicht, den Spaltpunkt exakt zu treffen. Liegt er zu weit außerhalb, können die Extreme weiter wachsen. Ein Anfang wäre ja schon, alles nicht faktenbasierte [sic!], unwissenschaftliche [sic!] und staatsfeindliche [sic!] auszuschließen. Falschbehauptungen sind keine Meinung, Hetze ist keine berechtigte Sorge. Wer das nicht begreift, gehört auf die andere Seite. Dann ist Spaltung nicht das Problem, sondern Teil einer Lösung. Denn nur wenn Ruhe ist vor diesem Geschrei, läßt sich geduldig reden mit denen, die nah an der Kante stehen.«

Christian Vooren: »Die Gesellschaft muß sich spalten!«, in: zeit.de, 19. November 2021.

Corona, Struktur und Psyche

von Lorenz Bien

Es »läßt sich offenbar nur so erklären, daß jedes Zeitalter sich seine Krankheiten macht, die ebenso zu seiner Physiognomie gehören wie alles andere, was es hervorbringt: sie sind gerade so gut seine spezifischen Erzeugnisse wie seine Kunst, seine Strategie, seine Religion, seine Physik, seine Wirtschaft, seine Erotik und sämtliche übrigen Lebensäußerungen […]«, bemerkte der österreichisch-jüdische Journalist und Schriftsteller Egon Friedell in seiner *Kulturgeschichte der Neuzeit.* Tatsächlich scheint das Coronavirus in vielerlei Hinsicht eine Krankheit unserer Zeit zu sein. Das beginnt damit, daß viele der Entwicklungen, die sich seit Beginn der Krise beobachten ließen, lediglich bereits vorhandene Tendenzen verstärkt haben. Sei es die Verschärfung ökonomischer Ungleichheit, die Monopolstellung amerikanischer Big-Tech-Firmen oder, wie Michel Houellebecq es in der Radiosendung »France Inter« verlesen ließ, die Reduzierung physischer zwischenmenschlicher Kontakte – Corona bringt nur wenig hervor, was nicht auch zuvor bereits da war.

Die Krise hat zudem einen gewissermaßen »postmodernen« Charakter, eine Art von Unwirklichkeit. Wer nicht gerade im klinischen Bereich arbeitet, wird in seinem Alltag weder mit hustenden Menschen noch mit Todesfällen konfrontiert. Was wir direkt wahrnehmen, sind lediglich Nachrichten über Todesfälle, Inzidenzzahlen, unmittelbar in unseren Alltag eingreifende Maßnahmen und, daran anschließend, Diskussionen. Wer vertraut wem? Wer informiert sich über welche Quelle? Im Alltag begegnet uns »Corona« somit in erster Linie als diskursives und nicht als medizinisches Phänomen. Damit sei nun keinesfalls die Diskussion um Sinn oder Unsinn der Maßnahmen oder die Richtigkeit der Zahlen aufgegriffen; festgehalten soll werden, daß, gerade weil sich das Virus im Alltag der Wahrnehmung völlig entzieht, die Gesellschaft nicht in erster Linie über den Krankheitserreger, sondern über sich selbst debattiert und dabei zunehmend unfähig geworden zu sein scheint, zu einer gemeinsamen Wahrnehmung zu finden. Die Realitätsperzeption wird dabei zum Unterscheidungsmerkmal zwischen verschiedenen Lagern. Daß sich alle handfesten Bezüge, selbst die zur Realität, in unserer Kultur auflösen, ist keine neue Erkenntnis. Bereits 1956 beschrieb Arnold Gehlen in seinem Werk *Urmensch und Spätkultur,* wie die Auflösung traditioneller Institutionen mit einer Subjektivierung der menschlichen Wahrnehmung einhergeht. Hier mag man nun an die Institution der Mainstream-Medien denken, die in den letzten Jahren kaum etwas unversucht gelassen hat, um ihren Bedeutungsverlust herbei- und damit Menschen zu alternativen Informationskanälen hinzuführen. Allerdings sind Gehlens Ausführungen weniger deswegen interessant, weil sie die gesellschaftliche Wahrnehmungsspaltung direkt voraussagen, sondern indem sie eine Problematik beschreiben, die in unserer Zeit weit verbreitet ist und ahnen läßt, wieso eine aus ihr bestehende Gesellschaft auf eine bestimmte Weise auf das Coronavirus reagiert.

»Die Hypokrisie war der Schleier, den die Aufklärung ständig webend vor sich hertrug und den zu zerreißen sie niemals imstande war.«

Reinhart Koselleck: *Kritik und Krise. Eine Studie zur Pathogenese der bürgerlichen Welt,* München 1959.

Gehlen stellt dar, daß ein Verschwinden der Stereotypisierung und der Normierung von Ideen, Begriffen und Handlungen, die durch eine Institution erfolgen, den Menschen nicht bloß stärker in einer »psychischen Realität« leben lasse, sondern ihn auch abhängiger von »subjektiver Motivation« mache und ihn zudem zu »dauernder Improvisation« zwinge. Die Freiheit, die sich durch die Verflüssigung ergibt, steht demnach in beständiger Gefahr, in eine Starre zu verfallen. Denn nur durch Normierung bestimmter Bewußtseinsinhalte können zugleich »zu- und abfließende« Inhalte organisiert werden. Man kann sich dies beispielsweise in Form eines Gesprächs denken: Zwei miteinander kommunizierende Menschen können nur dann in einen Gesprächsfluß gelangen, wenn sie über fest normierte Begriffe und Worte verfügen. Andernfalls versagt die Kommunikation, das Gespräch verliert sich im luftleeren Raum oder versiegt.

Knapp ein halbes Jahrhundert nach Gehlen beschrieb der britische Kulturwissenschaftler und Universitätsprofessor Mark Fisher eine Tendenz, die er bei seinen eigenen Studenten wahrnahm und die an Gehlens Bemerkung über Institutionen als »Entlastungsfunktion gegenüber subjektiver Motivation« denken läßt: »Viele der jugendlichen Studenten, denen ich begegnete, schienen sich in einem Zustand zu befinden, den ich als depressive Hedonie bezeichnen würde. Depression wird normalerweise als ein Zustand der Anhedonie charakterisiert, aber der Zustand, auf den ich mich beziehe, wird nicht durch die Unfähigkeit konstituiert, Freude zu empfinden, sondern durch die Unfähigkeit, irgend etwas anderes zu tun, als dem Gefühl der Freude oder des Genusses nachzujagen. Die Studenten haben das Empfinden, daß ›etwas fehlt‹ – aber erkennen nicht, daß dieser mysteriöse, fehlende Genuß nur jenseits des Lustprinzips zugänglich ist.«

Die beschriebenen Studenten in Fishers Hörsaal lassen in der Tat erkennen, welche Dynamiken in einer Welt aufgelöster Strukturen die Oberhand gewinnen. Die Psyche wird insofern »offener« oder »flüssiger«, als sie aus der Formgebung der Institution ausbrechen kann, zugleich ist sie damit jedoch viel grundlegenderen Fesseln ausgesetzt: der eigenen Stimulation. Der »Genuß« wird zum einzig verbleibenden »Gravitationszentrum, Wegweiser […] Koordinator« (Gehlen) in einer ansonsten entstrukturalisierten Welt. Dieser Prozeß wirkt zudem selbstverstärkend: Eine Generation, die ihre gesamte Umgebung permanent nach Lust und Anreiz scannt, schafft ihrerseits eine formlose Lebenswelt, die keinen anderen Mechanismen mehr folgt. Die Verbindung zum Genuß steht dabei nicht bloß im Zentrum, sie entwickelt eine beinahe religiöse Dynamik: »Ich fragte einmal einen Schüler herausfordernd, warum er im Unterricht immer Kopfhörer trage. Er antwortete, daß es egal sei, da er dabei gar keine Musik abspiele. In einer anderen Unterrichtsstunde spielte er Musik mit sehr geringer Lautstärke über seine Kopfhörer, ohne sie zu tragen. Als ich ihn bat, sie auszuschalten, antwortete er, daß doch selbst er die Musik nicht hören könne. Warum sollte man Kopfhörer tragen, ohne Musik abzuspielen, oder Musik abspielen, ohne dabei seine Kopfhörer zu tragen? Weil die Anwesenheit der Kopfhörer an den Ohren oder das Wissen, daß Musik abgespielt wird (auch wenn der Schüler selbst sie nicht hört), eine Bestätigung dafür ist, daß die Matrix sich immer noch in Reichweite befindet. […] Solange die Musik noch läuft, kann sie, auch wenn er selbst sie nicht hören kann, immerhin das Abspielgerät an seiner Stelle genießen.« (Fisher) Bizarrerweise erhebt sich die depressive Hedonie damit selbst zu einer Form der »Institution«. Mit Gehlen gesprochen, wird der Genuß vom Daseinswert zum Selbstwert: Er wird nicht mehr bloß um seiner Genießbarkeit willen verfolgt, sondern um »seiner selbst« und somit zum Wegweiser. Worin liegt nun die depressive Qualität dieser Hedonie? Vor allem steht sie der Entwicklung einer stabilen Persönlichkeit im Wege, die nicht lediglich durch positive Emotionen, sondern durch gesunde Verbindungen zu Mitmenschen und dem Gefühl der Sinnhaftigkeit des eigenen Lebens bestimmt wird. Die depressive Hedonie zwingt den Menschen hingegen in eine Schleife, da jeder Reiz, dem er nachjagt, ihn lediglich auf die eigenen Sinneswahrnehmungen zurückfallen läßt. Auch wenn das Abspielgerät an der Stelle des Studenten genießt, führt diese Transzendierung des Genusses ihn nirgendwo hin, außer zu einem potentiellen, sich in Reichweite befindenden Genußes. Was auf ihn wartet, kitzelt lediglich die eigenen Sinne und verweist wieder auf ihn selbst.

In einer Gegenwart, in welcher Institutionen wie die Familie, die Kirche, regionale Kultur und so weiter nach und nach erodiert sind, ist der von

»Viele der Teenager, mit denen ich zusammengearbeitet habe, hatten psychische Probleme oder Lernschwierigkeiten. Depressionen sind endemisch. Es ist die Erkrankung, mit der sich der National Health Service am häufigsten befasst, und sie betrifft Menschen in immer jüngerem Alter. […] Es ist nicht übertrieben, zu sagen, daß das Teenageralter im spätkapitalistischen Großbritannien jetzt kurz davor steht, als neue Krankheit eingestuft zu werden.«

Mark Fisher: *Capitalist Realism,* S. 21.



Fisher beschriebene Typus mittlerweile zum Bestimmenden geworden. Dabei handelt es sich keinesfalls um eine rein medizinische Problematik. ADHS ist zwar eine reale neurologische Störung, zugleich weist das beinahe epidemische Ausmaß, in welchem diese seit dem Beginn der 1990er Jahre diagnostiziert wurde, auf ein tiefer liegendes Problem hin. Dabei fällt auf, daß sich die Außen- und die Innenwelt in dieser entstrukturalisierten Welt auf eine merkwürdige Art und Weise spiegeln: Beide gehen radikal vom Individuum aus und verstehen alle wichtigen Lebensentscheidungen als eine Frage der Verbraucher- und Konsumentenwahl. Die Gesellschaft, ähnlich wie die depressive Hedonie, hält den einzelnen in einer Art Schleife gefangen, in welcher er immer wieder auf das eigene Ich und die eigene Motivation zurückverwiesen wird, ohne sich irgendwo anbinden zu können. Welche Art von Struktur kann in einer solchen Gesellschaft auf den Plan treten?

Da wäre etwa der Kult der Diversität, der »Vielfalt« und der diskriminierten Identitäten. Er ist innerhalb der westlichen Welt mittlerweile durchaus zu einer Art »Ordnungsstruktur« avanciert – er beansprucht Verbindlichkeit, hat Rituale und Feste und wird bereits den Jüngsten als vermeintliche Grundlage unserer Gesellschaft vermittelt. Der Verbindlichkeitsanspruch ist dabei im größtmöglichen Format gedacht. Wer ausschert, verstößt nicht bloß gegen die Regeln, er macht sich zum »Menschenfeind« schlechthin. Obwohl diese Ideologie mittlerweile als Ordnungsstruktur auftritt, bezieht sie ihre Legitimation erklärtermaßen durch die Auflösung aller vorherigen Ordnungen. Geschlechter, Ethnien und Kulturen sollen aus den »Fesseln« fest umrissener Grenzen und Polaritäten befreit werden. 2015 erklärte etwa der kanadische Premierminister Justin Trudeau: »Kanada hat keine Kernidentität und keinen Mainstream. Es gibt geteilte Werte – Offenheit, Respekt, Mitgefühl, der Wille, hart zu arbeiten und füreinander da zu sein.« Das ist ein abstrakter Minimalkonsens, der typisch ist für den Anspruch an Struktur, den die Diversitätsideologie erhebt. Somit ist die Diversitätsideologie gewissermaßen ein Gegenpol zur depressiven Hedonie, da sie über ein rein individuelles Erleben hinaus den Anspruch erhebt, gesellschaftliches Zusammenleben strukturieren zu wollen. Zugleich hat die von ihr angestrebte »Struktur« lediglich die Negierung von Struktur zum Inhalt – ähnlich wie die depressive Hedonie zwar das Innenleben des einzelnen »formt«, aber der quasireligiös konnotierte Genuß die einzige Form ist, die er anstreben kann.

»Identitätspolitik ist vor allem ein Angriff auf Solidarität und Wir-Gefühl. Weil sie das Trennende in den Vordergrund stellt, statt das Gemeinsame. Wertgeschätzt wird, was von der Mehrheitsgesellschaft abweicht. Das ›Normale‹ ist geradezu verdächtig. Und die Abstammung oder die sexuelle Orientierung sollen darüber entscheiden, wer sich wozu überhaupt äußern darf.«

Sarah Wagenknecht: »Ich finde Hedonismus sympathisch«, taz.de, 30. Mai 2021.

Vermutlich ist die allmähliche Wandlung der Diversitätsideologie in die sogenannte Critical Race Theory (CRT) auf diesem Weg erklärbar. Wo der Diversitätsgedanke noch die Vorstellung eines friedlichen Zusammen- oder Nebeneinanderlebens zur Utopie machte, teilt die sogenannte CRT wieder sehr genau in Ethnie und Geschlecht ein, benennt zudem klare Hierarchien und Feinde. Die CRT fordert keinen abstrakten Minimalkonsens, sondern eine Umgestaltung der Gesellschaft nach »rassischen« Merkmalen. Um einer angeprangerten »weißen Vorherrschaft« entgegenzuwirken, sollen Arbeitsplätze, Wohnungen und gesellschaftliche Anerkennung nach ethnischen Kriterien verteilt werden. Zudem macht die »Kritische Rassentheorie« damit eine große Erzählung auf, in der jahrhundertelang zurückreichende Ungerechtigkeiten durch eine gemeinsame Anstrengung und gegen einen klar markierten Feind gerächt werden. Ein Feind, der für alle »PoC« an der Hautfarbe des anderen erkennbar ist, für die Weißen selbst jedoch zu einem »inneren« Feind wird, der durch quasispirituelle Geistesübungen in Schach gehalten werden soll.

Ähnlich wie Corona sind auch die Diversitäts- und Identitätsdiskurse Debatten über uneinheitliche Wahrnehmungen und Strukturbedürfnisse. Aus dem luftleeren Raum der depressiven Hedonie heraus kann sich der

einzelne wieder verorten. Die Perzeption steht auf dem Prüfstand: Wer übt Macht über wen aus, wer hat ungerechtfertigte Vorteile und wer wird von wem ausgenutzt? Und ebenso wie im Falle von Corona läßt sich beobachten, daß der Tonfall gegenseitig aggressiver wird, je offensichtlicher sich der Wahrnehmungsspalt nicht mehr kitten läßt. Daß die »flüssige« Struktur der Diversität schließlich in die »harte« Struktur der CRT führt, folgt somit lediglich dem Befund Arnold Gehlens: Wo keine gemeinsamen Begriffe mehr da sind, muß das Gespräch erstarren. Der Diversitätsgedanke war offenbar unfähig, »zu- und abfließende Inhalte« zu organisieren, und stieß den einzelnen lediglich auf seine Einzelperson und seine Selbstmotivation zurück.

Nach einer jahrzehntelangen vorherigen Entstrukturalisierung tritt nun auch mit den Corona-Maßnahmen eine »harte« Struktur auf den Plan. Wurde der persönliche Umgang zuvor lediglich als eine Frage der Verbraucherwahl verstanden, ist er nun strengster staatlicher Kontrolle unterworfen. Sollten zuvor abstrakte Werte als gesellschaftliches Gerüst ausreichen, stehen an ihrer Stelle nun konkrete Handlungsanweisungen und -verbote, bis in den intimsten Bereich hinein. Es wird die gemeinsame Aufgabe betont, vor der sich die Gesellschaft gestellt sehen soll und derentwegen der Einzelne nun Verzicht und Disziplin zu üben habe.

Zeitweise drängt sich dabei der Eindruck auf, daß nicht wenige Menschen diese Struktur beinahe erleichtert annehmen. Sie bietet einen Ausweg aus der lediglich selbstzentrierten depressiven Hedonie, hin zu der Frage, welche Grenzen man sich selbst auferlegen kann, um der Gemeinschaft zu dienen. Es handelt sich demnach auch um die Wiederkehr der »großen Erzählung«, und die Wucht, mit der diese einschlägt, läßt ungefähr erahnen, wie unwohl sich nicht wenige Menschen im vorherigen Niemandsland gefühlt haben müssen.

Weder Erzählung noch Struktur wachsen jedoch aus organischen Verbindungen. Die in einzelne Wahrnehmungsteile zerfallene Gesellschaft läßt sich zwar überraschend gut, aber doch nur teilweise zu einer Einheit formieren. Wie ein Kleister soll die Corona-Erzählung die atomisierten Puzzlestücke zusammensetzen und als Institution wirken. Daher auch die von Kritikern oft beklagten scheinbaren Sinnlosigkeiten mancher Maßnahmen. Gehlen spricht in diesem Zusammenhang von einer Eigenwertsättigung der Institution: Die Institution, die vom Menschen geschaffen wurde, erreicht einen derart hohen Grad an Selbstzweckhaftigkeit, daß sie den einzelnen legitimiert, nicht umgekehrt. Gerade dadurch können sich allerdings andere Dynamiken innerhalb der Institution entfalten. Je selbstzweckhafter etwa die Regeln einer Sportart sind, desto eher können in ihr »Bewegungsfreude, Kampflust […], Geselligkeit« auftreten. Oder im Falle Coronas: Je mehr die Maßnahmen (scheinbar oder real) um der Maßnahmen willen vollzogen werden, desto mehr können sich die Menschen an das Narrativ anbinden.

»Denn Ordnung hat ›ihre eigene Nemesis; man kann sie ablehnen, aber das Bedürfnis nach ihr bricht an anderer Stelle wieder auf‹. Das ist eine anthropologische Grundtatsache. Wir sind also gehalten, darüber nachzudenken, ob die immer schnellere und gründlichere Auflösung von Konventionen, Grenzen, ›Zwängen‹ und Verbindlichkeiten der Errichtung neuer Konventionen, Grenzen, Zwänge und Verbindlichkeiten dient und mit dem Diversitäts-Rührwerk bloß obrigkeitsstaatlicher Beton angemischt wird.«

Michael Klonovsky: *Acta Diurna*, 12. Dezember 2020.

Jedoch: Während die Stereotypisierung und die Normierung von Ideen und Begriffen gelingen, binden sie das Individuum schlußendlich nicht in ein größeres Muster ein. Institutionen wie die Familie, eine Religion, ein Volk, eine Ehe usw. verbinden den einzelnen mit seinen Mitmenschen oder etwas über das Menschliche Hinausgehendem. Er ist eingebunden in eine größere Kette, die ihn auf den Wert des Lebens einschwört – etwa durch die Institutionalisierung von Fortpflanzung und Zusammenleben (Familie) oder die Ausrichtung auf einen religiösen Inhalt, den »Selbstwert im absoluten Sinne« (Gehlen), der selbst durch keine Verbindung legitimiert werden muß. Die depressive Hedonie, wir erinnern uns, ist schlußendlich der Zustand, in dem jegliche Verbindung auf etwas über den einzelnen Hinausgehendes unmöglich scheint, in dem der einzelne stets nur von Reiz zu Reiz hastet, um sich in diesem kurzzeitig »spüren« zu können.

Die »Ordnung« der Corona-Erzählung hebt diesen Zustand lediglich im Kampf gegen einen Feind auf, und nur gegen diesen werden die versprengten Teile der Gesellschaft formiert. Der fortgeschrittenen Atomisierung sei Dank, gelingt dies auch nur mit Teilen. Infolge dessen entwickelt sich der »Kampf gegen das Virus« zunehmend in einen Kampf gegen jene mit anderen Wahrnehmungsmustern. Ein menschliches Gegenüber ist leichter zu verachten als ein unsichtbarer Kleinstorganismus. Die »lediglich im negativen Moment harmonisierte« (Benedikt Kaiser) Gemeinschaft wird auch langfristig neue Feindbilder benötigen, die von der depressiven Hedonie ablenken, sie aber nicht auffangen oder transformieren können. ■


M+E
N+T

Die Bezwinger des Todes

von Simon Kießling

»Der Waldgang führt hart an den Tod heran, ja wenn es sein muß, durch ihn hindurch«, schreibt Ernst Jünger in seiner legendären, die Schrecken des Totalitarismus reflektierenden Typusbeschreibung und Verhaltenslehre gleichen Namens. Von kollektiven Mächten umstellt, die ihre Ansprüche und Forderungen an ihn herantragen, nimmt der Waldgänger, als einzelner und in scheinbar aussichtsloser Lage, den Kampf für die Freiheit auf. Im Angesicht der namenlosen Gewalten, die nach ihm greifen, schlägt er sich ins Unwegsame, ins Hinterland der universell verfügenden und ubiquitär tönenden Macht. Dort setzt er kleine Zeichen des Widerstandes gegen eine übermächtige, geschlossene Maschinerie; er streut Sand ins Getriebe jener unbarmherzigen Apparaturen und Registraturen, die sich selbst eine überlegene, Konformität erheischende Moralität und Wissenschaftlichkeit zusprechen. Der Waldgänger weiß, daß er damit sein Leben aufs Spiel setzt, daß er bereit sein muß, den größtmöglichen Preis zu bezahlen; er sieht sich dazu imstande, weil für ihn die Todesangst ihren absoluten Schrecken verloren hat, insofern er um die Unzerstörbarkeit seines innersten Wesens weiß; der Waldgänger spürt, daß der Mensch mehr ist als die flüchtige, den Gesetzen der Zeitlichkeit und der Kausalität unterworfene Erscheinung; er hält Verbindung zu den überzeitlichen Quellen des Willens, fühlt sich durchströmt von der unvergänglichen, ewigen Ursubstanz des Seins. So hält er, allen Anfechtungen zum Trotz, jene Bastionen besetzt, die sich nicht dynamisch auflösen lassen, auf denen der Mensch von den zeitlichen Mächten unangreifbar bleibt.

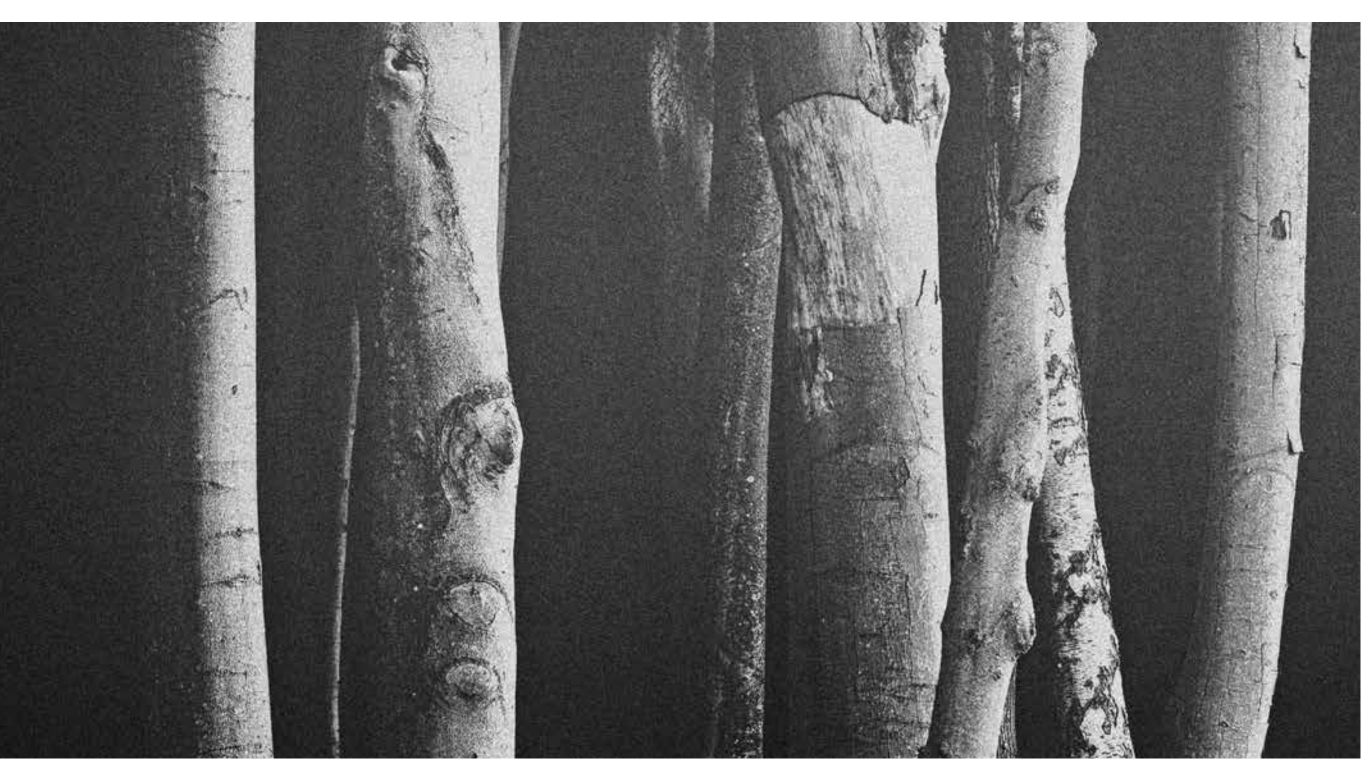
»Der Mensch soll um der Güte und Liebe willen dem Tode keine Herrschaft einräumen über seine Gedanken.«

Thomas Mann: *Der Zauberberg. Roman,* Berlin 1924.

Wie Jünger herausstreicht, sind die mitleidlosen Apparate und despotischen Maschinerien nachhaltig nur zu erschüttern, wenn sich Menschen finden, die das ultimative, existentielle Opfer bringen. Ohne die maßgebenden einzelnen, die den Preis ihres Lebens bezahlen, sind die großen Freiheitsdurchbrüche nicht zu vollbringen, wie auch die friedliche Revolution von 1989/90 ohne Jan Palach, Matthias Domaschk, Jerzy Popiełuszko und viele andere unvorstellbar bleibt. Der auf sich genommene Opfer- und Todesgang bringt die gewaltigen, unbesiegbar scheinenden Mächte der Welt zum Einsturz und wirkt zugleich als der Geburtshelfer einer neuen, Freiheit revitalisierenden Ordnung: »Das wird vor allem deutlich, wenn Lehre und Beispiel sich vereinen – wenn der Bezwinger der Furcht das Todesreich betritt«, schreibt Jünger mit Blick auf den Kreuz- und Leidensweg Christi. »Das Weizenkorn, indem es starb, hat nicht nur tausendfältig, es hat unendlich Frucht gebracht.«

In gewisser Weise hängt die vollständige Beherrschung des öffentlichen Raumes und des politischen Diskurses durch die 68er und ihre identitätspolitischen Nachfolgebewegungen, neben vielen anderen Dingen, auch mit dieser Problematik zusammen. In der Tat sind die 68er die letzte politische Bewegung im engeren Kernbereich der modernen transatlantischen

Zivilisation (»im Westen«) gewesen, welche Menschen vorzuweisen hat, die für eine genuin politische Sache gestorben sind. In Deutschland sind an prominenter Stelle zu nennen: Benno Ohnesorg, Pazifist und Mitglied einer evangelischen Studentengemeinde, der am 2. Juni 1967 während einer Demonstration gegen den Besuch des Schahs von Persien von einem Berliner Polizisten erschossen wird; Rudi Dutschke, der christlich inspirierte, »Jesus gegen die Logik des Wahnsinns« reklamierende Studentenführer, der an Heiligabend 1979 durch die Spätfolgen jenes Attentates zu Tode kommt, das ein junger Hilfsarbeiter am 11. April 1968 vor dem SDS-Büro am Kurfürstendamm auf ihn verübt hatte; und Holger Meins, der angehende Filmemacher und RAF-Terrorist der ersten Stunde, der am 9. November 1974 nach 58 Tagen Hungerstreik in der Justizvollzugsanstalt Wittlich stirbt. Das Foto des auf dem Totenbett liegenden, bärtigen, ausgemergelten Knochenmannes Meins, das auf linken Demonstrationen wie eine Monstranz vorangetragen wurde, evoziert ikonographisch die Urgestalt der Selbstaufopferung Christi. Auch wenn die Protagonisten von 1968 ihre To-



desgänge nicht im Sinne jener überzeitlichen, transzendenten Freiheit des Menschen unternommen haben, von der Jünger spricht, sind ihre dezidiert christlichen Bezüge ein durchaus bemerkenswerter Umstand. In jedem Falle starben sie, den Blick auf jene Mächte der Realtranszendenz gerichtet, welche über Gegenwart und Zeitlichkeit säkularreligiös hinausragen, indem sie die ursprüngliche, kosmisch-jenseitige Erlösungshoffnung in die diesseitige Sphäre transferieren. »Holger, der Kampf geht weiter«, rief Dutschke, die Faust zum letzten Gruß geballt, am Grab von Holger Meins.

Von den damaligen Opfergängen, den existentiellen Erfahrungen jener Generation, geht bis heute ein Kraftstrom aus, der den öffentlichen Raum der westlichen Gesellschaften durchzieht, die universalistische (kulturrevolutionäre) Linke moralisch rechtfertigt und politisch trägt. Dieser Strom wird erst gebrochen werden, wenn die globalistische Eine-Welt-Agenda ihrerseits auf widerständige Potenzen trifft, die bereit sind, »bis hart an den Tod heran oder notfalls durch ihn hindurch« zu gehen; die willens und entschlossen sind, das ultimative Opfer zu bringen. Nun lassen sich Situationen dieser Art durchaus nicht künstlich herbeiführen. Nichts könnte unter den gegebenen Verhältnissen kontraproduktiver sein als der Versuch, die herrschende, zum Transmissionsriemen einer »Weltregierung in spe« (Martin Lichtmesz) verpanzerte Ordnung akzelerationistisch (mit Gewalt) zu maßlosen Repressionshandlungen zu provozieren; auch der dramatisch inszenierte Selbstmord Dominique Venners am 21. Mai 2013 in der Kathedrale Notre-Dame de Paris, mit dem Ziel, »die Bewußtlosen aufzuwecken«, trifft nicht den eigentlichen Kern der Sache. Was sich

abzeichnet, ist vielmehr, daß das herrschende System von Globohomo und Weltklimarat, Impfallianz und Critical Whiteness Studies die Menschen immer existentieller bedrängt und umstellt; seine universellen Ansprüche und planetarischen Forderungen dringen in die Wohnungen und Häuser, verschaffen sich Zugang in die Köpfe, usurpieren die Sprache, intervenieren in die unmittelbare physische Existenz; so greift das herrschende System auf eine Weise nach dem Innersten des Menschen, die eines Tages dazu führen wird, daß es auf die großen Dulder trifft.

Die Totalität seines Zugriffs bedingt, daß auch der Widerstand gegen das universelle Regime der Bewirtschaftung und der Formatierung von Menschen immer unbedingtere Formen annimmt: Die großen Dulder werden entschlossen sein, sich seinen Verfügungsforderungen bis zu einem Punkt zu entziehen, der nur um den Preis des Lebens zu erreichen ist. Schon kündigen sich die ersten Anzeichen eines Widerstandes an, der das existentielle, ultimative Opfer bringt; schon erkennen wir die Umrisse jener künftigen Bändiger des Todes, auch wenn die große Schwelle noch

»Wenn alle Institutionen zweifelhaft oder sogar anrüchig werden und man selbst in den Kirchen nicht etwa für die Verfolgten, sondern für die Verfolger öffentlich beten hört, dann geht die sittliche Verantwortung auf den Einzelnen über, oder besser gesagt, auf den noch ungebrochenen Einzelnen.«

Ernst Jünger: *Der Waldgang,* Frankfurt a.M. 1951.



nicht überschritten ist. Die Opfergänge der großen Dulder wird man sich durchaus nicht als Fanale vorzustellen haben, die tags darauf die Massen auf die Barrikaden treiben; sie werden vielmehr langsam, allmählich und peu à peu jene Kabel durchtrennen, die das herrschende System der universellen Verneinung und Auflösung gelegt hat, und einen neuen, gegenläufigen, positiven Kraftstrom auslösen, der am Anfang nur ein winziges, kaum erkennbares Rinnsal bilden wird. Das Beispiel der großen Dulder, die hart an den Tod heran und notfalls durch ihn hindurchgehen, unterspült gefühlsmäßig-subkutan die Fundamente der Loyalität zur herrschenden Allgewalt des Falschen. »Wenn der Mensch richtig antwortet, verlieren die Apparate ihren Glanz. Es ist kein Zweifel, daß der Mensch auch diesmal die Zeit besiegt, das Nichts in seine Höhle verweisen wird«, heißt es hierzu schon bei Jünger. Anders als die 68er, anders als der Waldgänger werden die großen Dulder, die Durchschreiter des Todes heute nicht im eigentlichen Sinne aktiv; doch besitzen sie jene unbedingte Entschlossenheit, die erforderlich ist, um nicht aus- oder zurückzuweichen, wenn die Welle der Dunkelheit auf sie zurollt; so bringen sie die falschen Mächte und Heilslehren der Zeit, ihre Zwingburgen und Beschallungstürme zum Einsturz – und setzen zugleich einen neuen, eigenen Wärmestrom in Gang, der eines Tages neue äußere Ordnungen und geistige Reiche hervorbringen wird, die die verschüttete Freiheit neu zur Geltung bringen: »Dann wird mit einer winzigen Minderheit die Erlegung des Kolosses möglich sein. Auch das ist ein Bild, das immer in der Geschichte wiederkehrt und in dem sie ihre mythischen Grundfesten gewinnt. Darauf erheben sich dann Gebäude für lange Zeit.« ■

Wo sind die Radikalen? Adam Curtis und die postpolitische Erstarrung

von Nils Wegner

Carolin Amlinger ist Literaturwissenschaftlerin an der Universität Basel und hat, wie so viele Nachwuchsakademiker, das Ohr am Puls der Zeit – wo das nicht in eine Beschäftigung mit irgendwelchen Genderfragen mündet, da läuft es heute meist auf die Analyse irgendeines Aspekts von »Populismus« hinaus. Amlinger betreibt diese im Rahmen des ausufernden germanistischen Projekts »Halb-Wahrheiten. Wahrheit, Fiktion und Konspiration im ›postfaktischen‹ Zeitalter«. Unübersehbar ist dabei der Medienfokus, verständlicherweise: Hat doch der politmediale Konsens die westlichen Gesellschaften mehr als vier Jahrzehnte lang vor allen potentiell gefährlichen Formen des Populismus abgeschirmt und abweichende (oder, mit einem aktuellen Modewort: »heterodoxe«) Ansichten entweder gar nicht erst abgebildet oder als minderbemittelt-unverantwortlich-unmoralisch-unsozial und insgesamt unberührbar kontextualisiert. Wie auch populistisch sein, wenn Aug' und Ohr des *Populus* schlicht nicht erreichbar sind? Eine vor diesem Hintergrund unerläßliche ehrliche Selbst- und Medienkritik von rechts, die den Namen verdient und sich der seit Mitte der 1960er geleisteten undogmatisch-linken Vorarbeit bedient, läßt externe Beobachter im ersten Moment perplex zurück, wie Amlinger in ihrer diesbezüglichen Bestandsaufnahme für Ausgabe 2/2020 der soziologischen Vierteljahreszeitschrift *Leviathan* bezeugt: Wie konnte es nur so weit kommen, daß Theoretiker der »Französischen Schule« wie Baudrillard, Deleuze und Debord für rechte Kritik »mißbraucht« werden, wo sie selbst doch einzig nach mehr Emanzipation, mehr Freiheit gestrebt hätten?

Vielleicht liegt dieser Annahme ein grundfalscher Freiheitsbegriff zugrunde, den die (Massen-)Medien nicht nur immer weiter reproduzieren, sondern auch selbst geschaffen haben. Es könnte aufschlußreich sein, hinter den Schleier der uns umgebenden Mediengesellschaft, wie sie neben unserem Konsumverhalten sogar unsere Wahrnehmung und unser Bewußtsein selbst formt, zu blicken. Ganz ähnliche Interessen hat der mehrfach preisgekrönte britische Dokumentarfilmer und Produzent Adam Curtis – »einer, der die Mythen erforscht«, wie es die *Zeit* Anfang 2017 umrissen hat. Von den ihn besprechenden Mainstreampublikationen egal welcher Sprache scheinen die wenigsten über das nötige Reflexionsvermögen zu verfügen, sich selbst in den von Curtis attackierten »Mythen« der Kulturindustrie mitgemeint zu sehen.

Hierzulande kommt das ohnehin nicht oft vor: Trotz einer mittlerweile vier Jahrzehnte umfassenden Laufbahn ist der 1955 in Dartford/Kent geborene Filmemacher im deutschsprachigen Raum eher ein Geheimtip.

Immerhin machte er bei der Ruhrtriennale 2013 durch seinen gemeinsamen Beitrag mit einer legendären britischen Trip-Hop-Band von sich reden: »Massive Attack V Adam Curtis« quetschte die Zuschauer zwischen riesige, hufeisenförmig angeordnete Leinwände, die zwei Stunden lang rasante historisch-popkulturelle Bildcollagen zeigten und eine

»Ja, sie [die Linke] verkörpert das Unglück. In einem gewissen Sinn ist das ihre Ehre. Als Trägerin des sozialen Ideals stirbt sie den Todeskampf des Sozialen selbst. […] Sie kann kaum noch ein historisches Privileg fordern, aber sie beansprucht noch immer, ein moralisches Privileg zu behalten.«

Jean Baudrillard: »Die Linke verkörpert das Unglück«, welt.de, 11. März 2007.

kaleidoskopische Abbildung von Aufstieg und Zusammenbruch, von großen Utopien und gescheiterten Träumen lieferten, während die Musiker unsichtbar blieben. Diese wortwörtliche *Massive attack* auf Sinne und Unterhaltungsanspruch der Konsumenten sorgte für Verstimmung und sehr verhaltene Rezensionen. Erst 2015 vollbrachte es das Berliner freie Theater »Hebbel am Ufer« (HAU), ein ganzes »Adam Curtis Weekend« auszurichten, in dessen Rahmen der Gast nicht nur an einer Podiumsdiskussion über die »Unsichtbarkeit moderner Macht« teilnahm und seinen neuen Film *Bitter Lake* über die eigentümliche Wechselwirkung zwischen Afghanistan und der westlichen Welt vorführte. Der Filmemacher bestritt auch ein abendliches Zwiegespräch über die Bedeutung der Psychoanalyse für die spätmoderne Massen(ver)führung – Kanalisierung von Begehren statt Berücksichtigung von Bedürfnissen – mit niemand anderem als dem Kulturtheoretiker Mark Fisher (siehe *Sezession* 101). Dessen eigener freudomarxistisch geprägter Zugriff auf die neoliberale Verschwisterung von Kulturindustrie und Verwaltungsstaat führte ihn zu der fatalen Diagnose eines »kapitalistischen Realismus«, der seine scheinbare »Alternativlosigkeit« durchsetze und auf diese Weise echte Innovation ebenso ersticke wie die eigentlich politische Denkbarkeit fundamental anderer Wirklichkeiten, bis alles in einer verpanzerten ewigen Gegenwart erstarrt sei. Ein Curtis nicht fremder Blick auf die Dinge – und tatsächlich enthüllte dieser erst kürzlich im sozialistischen US-Magazin *Jacobin,* sich mit dem 13 Jahre jüngeren Fisher zu dessen Lebzeiten regelmäßig zu Diskussionen getroffen zu haben.

»Also ich hab' das Gefühl, daß spätestens in den letzten zehn Jahren das alles so geronnen, so erstarrt ist. [...] Wie gesagt, diese ganzen Krisen und Kriselchen, wo man sich denkt, jetzt müßte doch endlich mal irgendwas passieren, die Kruste aufbrechen, und mal was Neues, egal was es sein mag, erscheinen – das tritt ja alles nicht ein.«

Der Autor dieses Texts im »Vierten Gespräch«, in: Ellen Kositza, Götz Kubitschek (Hrsg.): *Tristesse Droite. Die Abende von Schnellroda,* Schnellroda 2015.

Dabei hatte alles beschaulich angefangen: Adam Curtis kam als Sohn eines links geprägten Kameramanns zur Welt, konnte dank eines Stipendiums die exklusive Sevenoaks School besuchen und lernte dort die Arbeit des Pop-Art-Künstlers Robert Rauschenberg kennen, der die Kluft zwischen künstlerischer Darstellung und Lebensrealität durch ein unverändertes Hereinholen letzterer in erstere überwinden wollte; eine Herangehensweise, die sich in Curtis' späterem Archivcollagenstil niederschlagen sollte. Nach einem Abschluß in Humanwissenschaften begann er ein Dissertationsvorhaben inklusive Lehrtätigkeit in Politologie, entfremdete sich jedoch – ganz ähnlich wie Fisher – zusehends dem akademischen Betrieb und ging Anfang der 1980er zur BBC.

Der dortigen »Trash«-Ausbildung samt Kurzfilm über Ähnlichkeiten im Design von abgehobener Mode und High-Tech-Waffensystemen sowie Reportagen unter anderem über sprechende Hunde schreibt Curtis seine heutige Virtuosität in vieldeutigen Anspielungen und emotionaler Erzählweise zu. Die erste größere Regiearbeit stellte 1983 eine Episode der Serie *Just Another Day* dar, die die Hintergründe von Institutionen des *British way of life* abbildete: Die Bühne war das Londoner Kaufhaus Selfridges, auf dessen 85 000 Quadratmetern Ladenfläche ein Ensemble von 3000 Angestellten täglich dem Auftrag verpflichtet war, »die Menschen zu unterhalten und nicht nur ihr Geld zu nehmen« – von der größten Parfümerieabteilung der Welt über die möglichst naturnahe Animation eines mechanischen Kamels bis hin zum hausinternen Fahrstuhlführer, der vor der Kamera sein Leben als »ein ständiges Auf und Ab bezeichnet«. Curtis' Talent für denkwürdige, nur behutsam kommentierte Momentaufnahmen zieht sich weiter durch seinen zweiten Beitrag zu *Just Another Day* und den geschichtlichen Abriß über das Metier der Kriegsberichterstatter in *Trumpets and Typewriters*. Im Folgejahr wagte sich Curtis auf kontroverseres Terrain vor, indem er in *The Cost of Treachery* (»Der Preis des Verrats«) die katastrophal gescheiterte britisch-amerikanische Paramilitäroperation »Valuable« thematisierte, die gleich zu Beginn des Kalten Kriegs mittels Sabotagetrupps die kommunistische Regierung in Albanien destabilisieren sollte und binnen fünf Jahren rund 300 exilalbanische Kämpfer wortwörtlich verheizte, weil bereits kurz nach Beginn ein Informationsleck im britischen Auslandsgeheimdienst offenkundig geworden war, aber niemand den Verrat eingestehen wollte und deshalb immer neue Kommandos der bereits wartenden albanischen Armee vor die Rohre geliefert wurden. Im selben Jahr porträtierte Curtis für die Reihe *Italians* den kommunistischen Bürgermeister des süditalienischen Örtchens Montemilone, der den verbliebenen Einwohnern verzweifelt Arbeit bei einem nahegelegenen Staudammprojekt zu verschaffen versuchte, und ging für *Inquiry* dem »Great British Housing Disaster« nach: Im Vorfeld der britischen Unterhauswahl von 1964 war die Labour-Partei in eine PR-Falle der Tories getappt und stand nach ihrem knappen

»Der Aufstieg vom Menschen zum Endverbraucher war das Programm fröhlicher Markttheologen. Sie erhoben den Markt zum Erlöser, Retter und Befreier, zu einer Glaubensmacht, die keinen verläßt, der sich seiner Gnadenmittel beflissen als Marktgerechter versichert.«

Eberhard Straub: *Zur Tyrannei der Werte,* Dresden 2019.

Sieg mit dem illusorischen Wahlversprechen des Baus von 500 000 neuen Wohnungen pro Jahr da. In der Folge wurden unausgereifte Fertighaustechniken im Schnellverfahren approbiert und massiv subventioniert, woraufhin Bauunternehmen noch ohne einen einzigen Auftrag in neue Fertigungsstraßen investierten; der entstehende Teufelskreis aus ständigem Zeit- und Gelddruck führte zur Verwendung minderwertigen Materials und konstantem Pfusch am Bau, so daß bereits nach zehn Jahren die ersten Wohntürme schlicht auseinanderzufallen begannen, bis zur Ausstrahlung der Dokumentation 1984 bereits rund 10 000 Wohnungen wieder abgerissen werden mußten und die Erhaltung der Gebäude ihre Baukosten um das bis zu Fünf-



Massive Attack V Adam Curtis, New York 2013.

zigfache überstieg. Der Schatten dieser Affäre liegt noch auf unserer Gegenwart – beim 2017 mit 72 Toten ausgebrannten Grenfell Tower in London handelte es sich um einen Versuch, die eklatantesten Mängel der ersten Wohnungsturmgeneration kostengünstig auszubügeln.

Das erste der umfassenden, mehrteiligen Großprojekte, für die Curtis heute bekannt ist, realisierte er 1988 als reiner Produzent: *An Ocean Apart* bildet in sieben Episoden die wechselvollen Beziehungen zwischen den USA und Großbritannien ab, von der extremen Verschuldung des damals noch bestehenden Empire bei seiner einstmaligen Kolonie im Ersten Weltkrieg bis hin zur halbverdeckten logistischen Unterstützung Amerikas für die Briten im Falklandkrieg, ohne welche Margaret Thatcher nach einhelliger Expertenmeinung den Rückzug vor Argentinien hätte anordnen müssen und niemals ihren Ruf als »Eiserne Lady« erlangt hätte. Nach seiner eigenen Einschätzung fand Curtis seine ganz eigene filmische »Stimme« jedoch erst mit einem Beitrag für das Format *Inside Story,* in dem er den beauftragten Bericht über den Wandel der Iranischen Revolution von einer idealistischen zu einer autoritär-repressiven Bewegung eigenmächtig mit der Geschichte der Französischen Revolution durchmischte (»The Road to Terror«, 1989) – für diesen unerwünschten »Kunstfilm« wäre er um Haaresbreite entlassen worden, wenn sich nicht der damalige BBC2-Leiter Alan Yentob für ihn und seinen ganz eigenen Stil eingesetzt hätte.

»Demokratie ist auf ein inszeniertes Spektakel periodischer Wahlen reduziert worden, bei denen die Bevölkerung aus einem ihr vorgegebenen ›Elitenspektrum‹ wählen kann. Wirkliche Demokratie ist ersetzt worden durch die Illusion von Demokratie, die freie öffentliche Debatte ist ersetzt worden durch Meinungs- und Empörungsmanagement, das Leitideal des mündigen Bürgers ist ersetzt worden durch das neoliberale Leitideal des politisch apathischen Konsumenten.«

Rainer Mausfeld: *Warum schweigen die Lämmer? Wie Elitendemokratie und Neoliberalismus unsere Gesellschaft und unsere Lebensgrundlagen zerstören,* Frankfurt a.M. 2021.

Den Durchbruch brachte dann 1992 *Pandora's Box. A Fable From the Age of Science,* eine sechsteilige Betrachtung über das Verhängnis technokratischen und bürokratischen Denkens in der Moderne – weit assoziativ aufgespannt von der nuklearen Bedrohung und dem eben erst ausgelaufenen Systemkonflikt zwischen Ost und West bis hin zur britischen Wirtschaft der 1970er und dem überschießenden Einsatz des hochgiftigen Pflanzenschutzmittels DDT. Die Konstanten in Curtis' kritischem Werk nahmen hier ihren Ausgang, so etwa die Rückführung des Neoliberalismus mit seiner konsumistischen Versuchung des Bürgers auf die wissenschaftliche Systemanalyse und die Spieltheorie wie auch die bürokratisch verordnete »Schocktherapie« der radikalen Privatisierung und nachgeraden Ausschlachtung ehemals sozialistischer Staaten durch Investoren und multinationale Konzerne, vom Ghana der 1960er bis in die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Entlang der gleichen Erzählstränge verlaufen auch, jeweils aktualisiert, *The Century of the Self* (2002) über die Folgen der Psychoanalyse für Wirtschaft und Politik, indem nach der Entwicklung der »Propaganda« (später: »Public Relations«) durch den Freud-Neffen Edward Bernays beide

Gesellschaftsbereiche in ihrer – oft wohlmeinenden – Absicht der Manipulation und der Konditionierung über Partei- und Ideologiegrenzen hinweg zueinander fanden und sich der gleichen Techniken und Experten zu bedienen begannen, sowie *The Trap. What Happened to Our Dream of Freedom?* (2007), worin der moderne Freiheitsbegriff auf die Schreckensvision eines nur an seinem eigenen Wohl interessierten, wie ein Roboter steuerbaren Dauerkonsumenten zurückgeführt und somit nicht weniger als das gesamte Gerüst der »westlichen Werte« in Frage gestellt wird.

Diese recht schonungslosen Analysen wirken jedoch ebenso auch auf den heute von rechts oft wohlwollend betrachteten »Populismus« zurück. Denn was anderes war es, als sich die Reagan-, Thatcher-, Clinton-, Blair- und Brown-Regierungen allesamt der Marktforschungstechnik der Fokusgruppe bedienten, um die unbewußt-emotionale Anziehungskraft ihrer Maßnahmenentwürfe zu prüfen und sie entsprechend »gefälliger« zu gestalten, anstatt sich ausschließlich an der jeweiligen Faktenlage zu orientieren? Was anderes ist es heute, wenn – wie von *Zeit Online* analysiert – Angela Merkel sich von 2015 bis 2021 demoskopische »Wochenberichte« vorlegen ließ, die von Infratest und Forsa exklusiv für Kanzler- und Bundespresseamt angefertigt wurden und anhand des Bevölkerungsinteresses die jeweiligen Schwerpunktthemen der folgenden sieben Regierungstage vorgaben? Steht nicht soeben ein unlängst noch amtierender österreichischer Bundeskanzler vor Gericht, weil er dafür bezahlt haben soll, daß Umfrageergebnisse zu seinen Gunsten frisiert wurden – in der Erwartung, daß der Durchschnittsbürger seine Meinung schon an der angeblichen Mehrheitsmeinung ausrichten werde?

»Biden ist kein Präsident. Biden ist das Resultat einer Fokusgruppe in letzter Minute, bloß das, was diese Leute als Beschwichtigung zusammengestückelt haben, als Lockvogelangebot, damit die Menschen sich fügen.«

»Judas«, nach China ausgewanderter Kanadier, im Podcast »Blood $atellite« am 2. Oktober 2021.

Viele Filme Adam Curtis' sind weitaus weniger Dokumentationen denn Meditationen, die in ihrer teils extrem eklektizistischen Vorgehensweise Betrachter im ersten Anlauf eher irritieren als inspirieren. So wurde ihm schon vorgeworfen, eine ganz eigene Art des Pastiches entwickelt zu haben, also die von ihm fortwährend kritisierten Mechanismen der Massenmedien teils ironisch, teils wohl unabsichtlich selbst zu reproduzieren, »[…] indem die kleinste Ähnlichkeit oder Überschneidung zwischen zwei völlig verschiedenen Themen als Rechtfertigung herhalten muß, um sich vorbehaltlos in ein noch mal ganz anderes drittes hineinzustürzen« *(New Statesman)*. Dies mag jedoch auch dem weiten Feld des politisch-wirtschaftlich-medial-massenpsychologischen Komplexes geschuldet sein, gegen den Curtis seit nunmehr 30 Jahren werkt und in seiner Markenzeichen-Arbeitsweise aus den unüberschaubaren Beständen des BBC-Archivs die entlegensten Filmschnipsel hervorholt, um auf ihnen induktiv vom winzigen Detail zur ganz großen Korruption emporzusteigen: In seinem jüngsten, epische acht Stunden in sechs Episoden umfassenden Werk, *Can't Get You Out of My Head. An Emotional History of the Modern World* vom Februar 2021, verwebt er den Lebensweg der Mao-Ehefrau Jiang Qing mit dem Aufkommen der Globalisierung, diversen Revolutions- und Terrorgruppen auf der ganzen Welt, dem Spannungsverhältnis zwischen Staat und (Welt-)Wirtschaft und der Entstehung der Vision einer Welt ohne Grenzen zu einem alptraumhaften Strudel, der – einmal mehr, aber um so akuter – in die Tristesse einer gänzlich entpolitisierten Gegenwart mündet. In Menschen, deren Blick auf die Zukunft von den medial am Leben gehaltenen Gespenstern der Vergangenheit verstellt ist und die sich deshalb aller grundsätzlichen – radikalen – Visionen und Hoffnungen für das Morgen entschlagen, um die Gegenwart zu verlängern und möglichst problemfrei zu verwalten.

Etliche Dokumentarfilme von Adam Curtis sind über Verweise auf der Sammelpräsenz thoughtmaybe.com/by/adam-curtis oder anderswo im Netz auffindbar und kostenlos anzusehen.

Es braucht wohl immer mal wieder das kritische Auge eines unorthodoxen Linken, um mit frischem Blick auf die Lage zu sehen. Selbst wenn Curtis in *Can't Get You Out of My Head* für ausgemacht hält, daß es bereits »sinnlos (sei), verstehen zu wollen, welche Bedeutung es hat, warum die Dinge geschehen«, so läßt sich diesem scheinbar resignierten Nihilismus immer noch ein gewisser taktischer Nihilismus entgegenhalten: Wo Massenmedien und Massenmeinung mit wenig Aufwand als gelenkt und realitätsfern zu entlarven sind, bedarf es keiner zusätzlichen Tiefenanalyse dieser Phänomene. Die einzig sinnvolle Folgerung ist, sich aus dem gelenkten Gedankenfluß herauszunehmen und – wenn überhaupt – für Parallel- und Gegenstrukturen zu öffnen, ebenso wie für den Anspruch, die Dinge ganz anders machen und eine echte Alternative bilden zu wollen. Darin liegt ein Quell für die ersehnten Radikalen, auch wenn sie nicht den von Curtis präferierten Stallgeruch tragen. ■

Vertiefende Lektüre:

Allan David Bloom: *Der Niedergang des amerikanischen Geistes. Ein Plädoyer für die Erneuerung der westlichen Kultur,* Hamburg 1988;

Toby Buckle (Hrsg.): *What is Freedom? Conversations with Historians, Philosophers, & Activists,* Oxford/New York 2021;

John Doyle: »Adam Curtis as Remixologist. The Case For Metajournalism as Radical Practice«; in: *Studies in Documentary Film* 1/2017, S. 45–63;

Jacques Ellul: *Propaganda. Wie die öffentliche Meinung entsteht und geformt wird,* Frankfurt a.M. 2021;

Nicola Gess: *Halbwahrheiten. Zur Manipulation von Wirklichkeit,* Berlin 2021;

Josh Neal: *American Extremist. The Psychology of Political Extremism,* Perth 2021.

Partei und Vorfeld: Der Fall Ziegler

von Benedikt Kaiser

Vier Gedankenblöcke über die »Mosaik-Rechte«, einen folgenschweren Übergriff, den anschließenden Gerichtsprozeß und das Verhalten von Parteifunktionären.

1. Das Mosaik

Ein politisches Milieu, das sich im Widerspruch zu den meinungsführenden Lagern befindet, und zwar in den Bereichen Gesellschaft, Politik und Wirtschaft gleichermaßen, ist angewiesen auf Kooperation und Arbeitsteilung, Sammlung und Professionalisierung. Was links der herrschenden Mitte und ihrer linksliberalen Arme seit 2009 als »Mosaik-Linke« (Hans-Jürgen Urban) firmiert und unbeeindruckt vom Auf und Ab der Wahlerfolge ihrer Wahlparteien Die Linke und Die Grünen über eine real existierende Hegemonie mindestens im Kultur- und Medienbetrieb verfügt, wird seit einigen Jahren im nonkonform-alternativen Lager als »Mosaik-Rechte« gefaßt. Für sie gilt das, was für jedes politisch an Wirkung interessierte Mosaik als Zusammenfügen verschiedener Akteure (Mosaiksteine) entscheidend ist: Man muß die »Eigenständigkeit der verschiedenen Bewegungen und Strömungen mit der strategischen Orientierung ihres Zusammenwirkens« verbinden, »um gegenhegemoniale Kraft und Macht zu entfachen« (Brigitte Aulenbacher et al.), man muß als Mosaik die »Ausstrahlungskraft als Gesamtwerk« entfalten, »obwohl seine Einzelteile als solche erkennbar bleiben« (Urban). Das heißt, jenseits des politologischen Jargons: Verschiedene Protagonisten wirken auf ihrem Feld mit den dort typischen Haltungs- und Handlungsweisen in Richtung eines gemeinsamen (Minimal-)Ziels, das man als ein *allen Gemeinsames* fassen kann; im patriotischen Kontext sollte dieser Konsens im Bekenntnis zur Verteidigung des Eigenen und in einem positiven Vaterlandsbezug liegen.

»Dieses Mosaik müßte getragen sein von der Überzeugung, daß parlamentarische und außerparlamentarische Akteure mit nicht hintergehbarem Bezug auf ein inhaltlich Einendes bausteinartig ein Gesamtmilieu abbildeten, bei dem jeder in seinem Beritt mit den dort typischen Verhaltens- und Aktionsweisen agierte, die organisationskulturelle Autonomie des Bündnispartners aber akzeptierte.«

Benedikt Kaiser: »Mosaik-Rechte und Jugendbewegung«, S. 46.

Einige Beispiele im Rahmen des arbeitsteiligen Modells gestalten sich wie folgt: Eine Partei tritt als Wahlpartei an und wirbt, massenmedial vermittelt, in die Breite; eine Zeitschrift oder eine Zeitung läßt Positionen und Begriffe in den »Diskurs« einspeisen und greift weltanschaulich vor; eine Jugendgruppe führt Öffentlichkeit erzeugende Aktivitäten aus (»produktive Provokation« nennt dies Urban); ein Künstler schafft Symbole und bringt Ideen ästhetisch aufbereitet aufs Papier oder an die Wände; eine Tanzformation widmet sich der Brauchtumspflege und schafft Wertefundamente; jugendliche Sportbegeisterte prägen Subkulturen in Stadien … und eine Gewerkschaft versammelt Arbeitnehmer mit ähnlichen Interessen hinter ihrem Schutzschirm, der im Regelfall zwei Antagonisten kennt: die Konzernführung und konkurrierende Gewerkschaften.

Funktioniert das Mosaik überwiegend oder in Gänze, dann ist die wahrnehmbare Kooperation unterschiedlicher Mosaiksteine eine unverkennbare »Ermutigung«, die nahelegt, daß »es sich lohnt, nach intellektuellen Brücken über die Gräben der schwarz-weiß gezeichneten politischen

Landschaft zu suchen« (Stephan Hebel). Im Kontext des rechten Mosaiks würde das bedeuten: Die von Gegnern eines vielschichtigen gegenhegemonialen Blocks so oft behauptete Dichotomie »Realpolitik« versus »Metapolitik« oder die sich angeblich ausschließenden Bausteine »Parteiakteure« versus »außerparlamentarische Kräfte« gibt es nicht. Entscheidend ist vielmehr, daß man – dabei eine *anlaßbezogene* Projekthygiene bewahrend – begreift, daß eine vielgestaltige moderne Gesellschaft wie die bundesdeutsche eine vielgestaltige politische Rechte erforderlich macht, um auf jedem Feld und in jedem Metier eine alternative Positionierung »sichtbar« zu machen: *There is no alternative,* der Leitspruch der extremen Mitte, wird nur so tiefgreifend unterminiert; die Alternative materialisiert sich dann überall und kann im eigenen Milieu eine produktiv-konstruktive »Kultur der Hoffnung« (Michael Löwy) etablieren. Dafür bedarf es aber, und das erweist sich weiterhin als das größte Manko dieser Theorie mosaikrechter Gegenmacht in der Praxis, bei jedem Spieler der Mannschaft eines grundlegenden Verständnisses für die entsprechende Sortierung und Kooperation. Daß der eine Akteur mehr Wirkungsmacht, Einfluß und auch Finanzen als der andere hat, ist der Natur der Sache geschuldet; daß daraus kein Gefälle der Ignoranz entstehen darf, das schließlich zu verweigerter Solidarität und offener Ächtung führt, ebenso. Der exemplarische Fall Andreas Ziegler, ein patriotischer Gewerkschafter, der am 16. Mai 2020 von Linksextremisten ins Koma geprügelt wurde, zeigt zweierlei: Wie es geht – und wie es nicht geht.

»Nach einer lebensgefährlichen Attacke auf einen rechten Daimler-Betriebsrat in Stuttgart haben Polizisten am Donnerstag einen 21jährigen Antifa-Aktivisten festgenommen. Bei acht weiteren Beschuldigten kam es zu Hausdurchsuchungen – unter anderem in Karlsruhe. Das Landesamt für Verfassungsschutz warnt vor einer steigenden Gewaltbereitschaft der Linksextremisten in Baden-Württemberg.«

Daniel Gräber: »Festnahme und Hausdurchsuchungen auch in Karlsruher Antifa-Szene«, in: bnn.de v. 3. Juli 2021.

2. Der Überfall

Andreas Ziegler, Gründungsmitglied der alternativen patriotischen Gewerkschaft Zentrum Automobil, befand sich an besagtem Tag zu Fuß auf dem Weg zur sogenannten Grundrechte-Demo in Stuttgart. Protestiert wurde auf dem Wasengelände gegen unverhältnismäßige Einschränkungen im Zuge der Lockdown-Politik von Land und Bund. Plötzlich wurden er und zwei weitere Kollegen von rund 40 Linksextremisten überfallen, die sich, wie Analysen im Nachgang zeigten, vor allem aus deutschen und kurdischen Szeneangehörigen zusammensetzten. Augenzeugen teilten mit, daß dem bereits aufgrund der verabreichten Schläge und Tritte gegen den Kopf blutend auf der Straße liegenden Ziegler unaufhörlich zugesetzt wurde. Ein Täter hielt ihm eine Gaspistole an den lädierten Kopf.

Nach dem Übergriff lag Ziegler wochenlang im Koma und schwebte in Lebensgefahr, während bei seinen beiden Kollegen »lediglich« Nasenbein- und Fingerbruch, dazu Hämatome auf und hinter dem Auge festgestellt wurden. Trotz der Pistole, die mindestens als Schlagwaffe eingesetzt worden war und an der ein Haar eines mutmaßlichen Täters sichergestellt wurde, blieb das Presseecho mau – man kann sich leicht vorstellen, was sich bundesweit abgespielt hätte, wenn ein rechter Gewerkschafter einen Linken gegen den Kopf getreten und eine Pistole gezogen hätte. Zu den wenigen Berichterstattern neben »Sezession im Netz«, Ein Prozent und *Compact* zählte die Wochenzeitung *Junge Freiheit.* Am 29. Mai 2020, zwei Wochen nach dem Anschlag, teilte sie mit: »Der Angriff auf Andreas Ziegler war nicht das einzige Gewaltdelikt an diesem Tag. Nicht nur die Laster gingen in Flammen auf, sondern an diesem Samstag wurden immer wieder Demonstrationsteilnehmer auf dem Weg zum Gelände angegriffen und Autoreifen zerstochen […]. Deshalb hat die Polizei jetzt zwei Ermittlungsgruppen eingerichtet. […] Polizeisprecher Widmann: ›Aufgrund der Schwere der Tat wurde von der Ermittlungsgruppe Wasen eine eigene Ermittlungsgruppe Arena abgetrennt.‹«

Diesen eingesetzten Polizeiexperten kam zupasse, daß Antifa-Akteure parallel ein Bekenntnis zur Gewalttat auf der linken Plattform »Indymedia« veröffentlichten: »Die Auseinandersetzung war nicht sportlich und fair – das sollte aber auch nicht der Charakter einer ernsthaften antifaschistischen Intervention sein.« Weiter heißt es, in einer bemerkenswert nüchternen Sprache: »Jede körperliche Auseinandersetzung birgt die Gefahr einer ungewollten Eskalation. Schon ein Faustschlag kann unter Umständen tödliche Folgen haben und trotz guter Vorbereitungen kann das Eskalationslevel vom Gegner in eine Höhe geschraubt werden, der man sich in der konkreten Situation nicht mehr entziehen kann.« Es offenbart einiges über den derzeitigen Geisteszustand des bundesdeutschen Antifaschismus, wenn ein 40 (bewaffnet) gegen drei (unbewaffnet) immer noch dafür sorgt, daß



man den Feind für das »Eskalationslevel« verantwortlich machen möchte; keine Zweifel an der Depravation des zeitgenössischen Antifaschismus zu einer Legitimationsideologie für politisch motivierten Totschlag läßt dann das Finale des Stuttgarter Bekennerschreibens übrig. Dort heißt es, daß man es »aktuell [!] für die antifaschistische Bewegung für gefährlich und nicht durchführbar« halte, »den Konfrontationskurs mit den Faschisten gezielt auf die Ebene von schweren/tödlichen Verletzungen zu heben«. Der Grund ist nicht in der grundlegenden Ächtung potentiell tödlicher Gewalt zu suchen. Im Gegenteil, es geht einzig und allein um das Risiko für die eigenen Strukturen: »Wir gehen davon aus, daß wir als Bewegung momentan nicht stark genug wären, dieses Level in größeren Teilen und auf lange Sicht zu halten. Das gilt auch für den Repressionsdruck, den es zweifellos mit sich bringen würde.« Man schließt damit, daß die Situation neu bewertet werden müsse, wenn es einen fortschreitenden Rechtsruck gäbe. In dieser Konstellation »können andere Kampfformen notwendig werden«, sprich: dann würde die Frage nach politisch motivierten Tötungen neu aufgeworfen.

»Bereits in den 70er Jahren war die Rote Hilfe vom Verfassungsschutz beobachtet worden. Damals war ein Hauptgrund die erklärte Solidarität des Vereins mit der Terrororganisation Rote Armee Fraktion (RAF). Damals erklärten die Verfassungsschützer die Rote Hilfe zu einem ›Rekrutierungsfeld terroristischer Organisationen‹. Die Sympathien für die RAF scheinen bis heute ungebrochen.«

Martin Niewendick: »SPD-Jugend stellt sich hinter Rote Hilfe«, in: welt.de v. 14. Dezember 2018.

Denkwürdig ist zweierlei: Das Antifa-Bekennerschreiben vom 27. Mai 2020 ist bis heute auf »Indymedia« frei abrufbar, man schämt sich bei den »undogmatischen« und »pluralen« Linken also nicht für offene Reflexionen über die Frage nach Sinn und Unsinn von Tötungsverbrechen, während man bei den Strafverfolgungsbehörden weiterhin keinen Anlaß zum Handeln zu verspüren scheint. Und der befürchtete »Repressionsdruck«, den ein versuchter Totschlag mit sich bringen würde, belastete fortan tatsächlich das südwestdeutsche Antifa-Milieu – trotz fehlender massenmedialer Aufklärung und ungeachtet des mangelnden Interesses der »zivilgesellschaftlich« dominierten Öffentlichkeit.

3. Der Prozeß

Im Juli 2020, Andreas Ziegler war erst wenige Wochen zuvor aus dem Koma erwacht, schlugen die Fahnder zu: Beamte unter Anleitung der Stuttgarter Kriminalpolizei durchsuchten Wohnungen von neun Tatverdächtigen in Stuttgart, Karlsruhe und kleineren Städten des »Ländles«. Beweismittel wurden beschlagnahmt, DNS-Proben der Beschuldigten genommen. Die Ermittlungen nahmen Fahrt auf und mündeten neun Monate später in einen neuerlichen Stammheim-Prozeß, den man als einen der wichtigsten Gerichtsprozesse gegen Linksextremisten der letzten Jahrzehnte beschreiben könnte.

Die mutmaßlichen Haupttäter, zwei junge Männer aus dem Antifa-Milieu, zur Tatzeit 20 und 24 Jahre alt, standen ab April 2021 vor Gericht,

einzelne »rechte« Pressevertreter nutzten die teils massive Polizeipräsenz für sichere An- und Abreisen, denn militante wie auch »bürgerliche« Antifaschisten aus der deutsch-kurdischen Mischszene und linken Gewerkschaftskreisen demonstrierten ihre Verbundenheit mit den Angeklagten. Auf einer für die beiden Täter gestalteten Netzseite formuliert man offen die Unterstützung für Gewalttäter: »Antifaschismus heißt für uns, den Kampf gegen rechts selbst in die Hand zu nehmen«, was beinhalte, »Faschisten körperlich daran zu hindern, ihre Hetze zu verbreiten. Für eine solche konsequente antifaschistische Haltung sollen jetzt Jo und Dy stellvertretend für die gesamte antifaschistische Bewegung vor Gericht gezerrt werden. Es gilt weiterhin: Getroffen hat es die beiden, gemeint sind wir alle«. Man müsse die Rechten bekämpfen, weil »auf diesen Staat kein Verlaß« sei; »Staat und Polizei sind nicht die Lösung, sondern Teil des Problems!«, was spätestens dann als groteske Wahrnehmung zu begreifen ist, wenn man sich vergegenwärtigt, daß in der Bundesrepublik gewerkschaftliche, linke und antifaschistische Gruppen aller Schattierung ohne staatliche Alimentierung im Zeichen der »Demokratieförderung« kaum überlebensfähig wären.

»Notwendig ist ein Hegemonieprojekt, das seinen Namen verdient. Jenseits von Schlagworten muß es darum gehen, in entscheidenden gesellschaftlichen Bereichen und Debatten ›führend‹ zu sein, was bedeutet, einen breiten Konsens bereits erreicht zu haben, bevor es ein neues Regierungsbündnis gibt.«

Ines Schwerdtner: »Zur Zukunft einer Mosaiklinken«, S. 63.

Aufschlußreich ist die breite Solidaritätswelle, die die linke Szene auslöste. Getragen wurde diese insbesondere durch die Rote Hilfe, einen eingetragenen Verein der Mosaik-Linken, der sich um von »Repression« betroffene Antifaschisten kümmert. 10 500 Mitglieder bundesweit und 50 Ortsgruppen – damit ist man, selbst nach Angaben des Verfassungsschutzes, eine »der größten und wichtigsten Gruppierungen im deutschen Linksextremismus«. Ihr ureigenes Metier sei die »Unterstützung von linksextremistischen Straftätern sowohl im Strafverfahren als auch während der Haftzeit«, um diese »zum ›Weiterkämpfen‹ zu motivieren«. Vollkommen legal fordert die Rote Hilfe die Angeklagten aus der Szene »dazu auf, grundsätzlich die Zusammenarbeit mit Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden bei der Aufklärung von Straftaten zu verweigern«. Unterstützung erhält die Rote Hilfe dabei keineswegs nur aus dem unmittelbaren Antifa-Milieu, von linken Gewerkschaftern und durch Linkspartei-Kanäle. Auch die Jungsozialisten (Jusos) der SPD fuhren bereits Soli-Kampagnen mit dem Verein. Noch unter der Führung von Kevin Kühnert (vgl. den Beitrag in vorliegendem Heft) verabschiedete man einen Antrag, der folgende Passage enthielt: »Wir solidarisieren uns mit der Roten Hilfe e.V. und sprechen uns gegen das Verbot der Roten Hilfe aus. Wir fordern die SPD auf, das angekündigte Verbot zu verhindern.« Das Verbot wurde selbstverständlich bis heute nicht vollzogen, trotz Stammheim-Prozeß und Co., und wenn die »Ampel« 2021ff. regiert, hat die Rote Hilfe nicht nur ihre sozialdemokratischen Fürsprecher in Regierungsverantwortung, sondern zusätzlich auch grüne. Aus deren Parteijugend hieß es bereits, die Rote Hilfe sei »eine enorm wichtige linke Solidaritäts- und Hilfsorganisation, und wir rufen zur Unterstützung zum Beispiel durch Spenden auf«. Ein großer Landesverband rief gar die Parteifreunde unverhohlen zum Beitritt in den Verein auf.

Sich dieses Gefüge aus parteiübergreifender Solidarität mit linksextremen Strukturen zu verdeutlichen ist wichtig, um zu verstehen, weshalb sich die bisherigen Hauptangeklagten im Fall Ziegler – die in der Szene von Stuttgart bis Potsdam-Babelsberg gefeierten »Jo« und »Dy« – die unnachgiebige Haltung gegenüber ihren Gewaltopfern und dem Staat und seinen Behörden ohne weiteres leisten können, von künftigen Prozessen rund um die Leipziger »Hammerbande« (Lina E.) ganz zu schweigen. Kaum vorstellbar, daß die im Oktober 2021 getroffenen Urteile daher zum Umdenken anregen: Vier und fünf Jahre müssen die Linksextremen ins Gefängnis (das Urteil ist gleichwohl noch nicht rechtskräftig); die Rote Hilfe wird sie nicht vergessen.

4. Die Partei

Vergessen – oder nie verstanden – haben indessen Teile der AfD, daß eine Partei immer mehr sein muß als nur die Kernorganisation. Ohne vielgestaltige Vorfeldstrukturen, welche die Positionen und die Begriffe des eigenen politischen Beritts in die Gesellschaft tragen, hätte es beispielsweise, historisch betrachtet, niemals eine erfolgreiche deutsche Sozialdemokratie gegeben, die Linkspartei wäre eine isolierte Splitterformation, und eine heute so gesellschaftsprägende Kraft wie die Grünen wäre als ausschließliche Wahlpartei *nichts* im Vergleich zu dem, was sie heute aufgrund nahestehender »metapolitischer« *pressure groups* – von Greenpeace und Fridays

for Future über linksorientierte Naturschutzverbände bis zu Journalisten- und Publizistennetzwerken – darstellt. Doch bei der AfD, die sich vor allem in Westdeutschland stark aus alten christdemokratischen und betont »gutbürgerlichen« Zusammenhängen speist und über zu wenige »organische Politiker« verfügt, die aus patriotischen Strukturen in die Mandate »hineinwachsen« und dort ihre Erfahrungen und Kenntnisse einbringen können, vernimmt man immer wieder Abwehrreflexe schon allein gegenüber der prinzipiellen Idee des Vorfeldes. Man müsse doch der CDU zeigen, daß man ihre Positionen der 1990er (wahlweise auch der 1980er oder 1970er) vertrete, lautet eine gängige, stereotype Floskel, und da schickt es sich nicht, von vielfältiger Gegenkultur und aufzubauender Gegenmacht zu fabulieren, die *vor* einer eventuellen Regierungsbeteiligung in der Zukunft unverzichtbar seien; ein Zusammenhang, den eine grundsätzlich ausgerichtete Alternative zwingend nötig hätte. Wenn dann noch innerparteiliche Konkurrenzkämpfe hinzutreten und der Kampf um Parteifunktionen eskaliert, ist das Vorfeld allenfalls noch geduldeter oder eben nichtgeduldeter Spielball von widerstreitenden Interessen.



Konkret auf das Zentrum Automobil von Andreas Ziegler und Co. gemünzt hieß das: Ein Parteiakteur wollte die patriotischen Gewerkschafter in die AfD aufnehmen lassen, weil er ihnen erstens politisch zugeneigt ist und sich zweitens wohl auch parteiintern eine potentiell zugeneigte Stimmenschar sichern will; das ist legitim, wenngleich (zu) stark individuell interessengeleitet. Der parteiinterne Gegenspieler sah seine Bestände und Mehrheiten bröckeln und griff effektheischend auf den »Joker« namens »Rechtsextremismus« zurück, auf vermeintliche und tatsächliche extrem rechte Vergangenheiten einzelner Zentrums-Akteure, die er in einem Antifa-Recherche-ähnlichen Dossier zusammentrug; das ist illegitim, denn damit adaptiert man bewußt gegnerische Parameter und verleiht diesen ohne jede Not Gültigkeit für die eigene politische Hemisphäre. Ergänzt wird aus diesen Reihen, daß eine AfD gar keine Gewerkschaft in ihrem Dunstkreis benötige, da dieses Prinzip »links« sei, womit man leidlich unter Beweis stellt, daß man einerseits blind für aktuelle Problemfelder wie Leih- und Zeitarbeit, Outsourcing und Produktionsverlagerung ins Ausland im Zeichen des ökonomischen Globalismus bleibt, und daß man andererseits nicht in der Lage ist, den Gewerkschaften des organisierten Linksspektrums jenen Widerstand auf ihrem ureigenen Terrain zu bieten, den sie verdient haben.

So kam es, daß die zweite Gruppe, die weiterhin den Landesvorstand in Baden-Württemberg und den Bundesvorstand der AfD dominiert, das

Zentrum um Ziegler zu unerwünschten Personen in der Partei erklärte. Am 17. September 2021 traf man in Stuttgart die Entscheidung, Andreas Zieglers Mitgliedschaft in der Alternative zu annullieren, da er bei der Aufnahme verschwiegen habe, Zentrums-Mitglied zu sein. Das Ironische daran: Der Unvereinbarkeitsbeschluß des Bundesvorstandes, der besagte, daß man nicht gleichzeitig AfD- und Zentrums-Mitglied sein könne, wurde selbstredend erst lange nach Zieglers AfD-Beitritt getroffen, konkret: Mitte Oktober 2021, bei einer Telefonkonferenz. Zwei Wochen später tagte der Parteikonvent (eine Art kleiner Parteitag von Funktionären aus dem ganzen Land). Dort wurde die Entscheidung des Bundesvorstandes harscher Kritik ausgesetzt: Durch eine inoffizielle Abstimmung (»Stimmungsbild«) sprach sich der Konvent einstimmig dafür aus, der Bundesvorstand möge seine Entscheidung noch vor dem Bundesparteitag im Dezember überdenken, um das vorhandene Eskalationspotential zu entschärfen. Der Fall Ziegler als AfD-Fall bleibt damit ergebnisoffen, aber es geht um weit mehr als um ihn und die patriotische Gewerkschaft, der er angehört.

Es geht um die grundsätzliche Frage, ob es noch rechtzeitig gelingt, diesem großen Stein des patriotischen Mosaiks jene Logik der Mosaikstruktur rational zu vergegenwärtigen, die über ihn selbst hinausweist – und zwar dort, wo nötig, gegen die Widerstände apolitisch oder Unions-sozialisierter Funktionsträger. Gegenüber dem Block der Feindschaft, der die AfD und ihr Vorfeld umgibt und der über jene »Ideologischen Staatsapparate« (vgl. *Sezession* 104) verfügt, die dem patriotischen Milieu jedwede Zugänge zur Mitgestaltung verwehren, ist der Aufbau vielgestaltiger Gegenöffentlichkeiten mit allem, was dazugehört, unverzichtbar. Dies erfordert indes einen Prozeß des »Solidarisch-Werdens« (Antonio Gramsci) mit den ideell nahestehenden patriotischen Strukturen anstelle egoistischer Pfründeorientierung und falscher, opportunistischer Anbiederung an CDU/CSU und FDP, an vermeintlich »bürgerlich-konservative« Milieus, die es in dieser Form längst nicht mehr gibt. Es geht hierbei nicht darum, daß ein patriotisches Mosaik wie sein linkes Pendant Gewalttäter stützen oder verherrlichen soll. Sehr wohl verrät es aber einiges über mangelnde Politikfähigkeit patriotischer Politiker, wenn »Linke« selbst ihre Totschläger in spe nach außen hin geschlossen verteidigen (weil es eben »ihre Leute« seien), während »Rechte« bereits dann der selbstschwächenden »Distanzeritis« frönen, wenn ein heutiger Akteur des 2009 gegründeten Zentrums in den 1990er Jahren in einer Rechtsrockband gespielt hat. Ein Mosaik im Werden, dessen Bindekräfte noch nicht vollends ausgeprägt scheinen, kann nur durch selbstproduzierte Ausschlüsse beschädigt werden und schränkt so seinen »Möglichkeitsradius« (Michael Krätke) selbstverschuldet ein.

Anders gesagt: Das Mosaik kann nicht von außen zerstört werden, sondern, durch Repression, mediale Verächtlichmachung und gesellschaftliche Stigmatisierung, nur Risse verabreicht bekommen. Wie man mit diesen Rissen umgeht, ist das primär Entscheidende – ob man Kooperationsbereitschaft herstellt, das sekundäre. Die realistischere Gefahr als eine gewaltsame Zerstörung des patriotischen Mosaiks ist folglich, daß sich einzelne Steine lösen, weil sie sich bereitwillig einreden lassen, man könnte dann neue, vermeintlich erfolgsversprechende Allianzen mit näher an der ominösen »Mitte« stehenden Liberalkonservativen und Alt-Christdemokraten schließen. Das Problem dabei: Diese Kreise waren gestern schon von gestern, und wer das Morgen gestalten will, kann das nicht mit Akteuren anstreben, die habituell, geistig und ideologisch immer noch das falsche Ganze mit sich tragen – oftmals aus kritikresistenter Überzeugung.

Für die Parteipraxis ergeben sich damit die inneren Ziele der kommenden Jahre von selbst: Bildung und Ausbildung der nachrückenden Funktionsträger, Herstellung eines Mindestmaßes an politischer Grundsatzbildung, Verzahnung und Vernetzung als Voraussetzung für eine gedeihliche »organische Solidarität« (Émile Durkheim) all jener, die sich nicht in allem ähnlich sein mögen, aber aufeinander angewiesen sind. Spätestens der Fall Ziegler mahnt zur Umkehr und zur Geschlossenheit. Gegen den Vernichtungswillen, der allen patriotischen Akteuren gleichermaßen entgegenschlägt, hilft ausschließlich eine professionalisierte »Arbeitsweise, die auch Angriffen von Gegnern trotzt und sich nicht auseinanderdividieren läßt« (Ines Schwerdtner). Diese Quintessenz gilt es, in der gesamten alternativen Szenerie zu verbreiten: Andreas Ziegler soll seine Gesundheit nicht umsonst riskiert und drangegeben haben. ■

Literaturhinweise:

Brigitte Aulenbacher: Vorwort, in: dies. et al. (Hrsg.): *Mosaiklinke Zukunftspfade. Gewerkschaft, Politik, Wissenschaft,* Münster ²2021, S. 11–17;

Markus Hawel, Stefan Kalmring: Einleitung, in: dies. (Hrsg.): *Wie lernt das Mosaik? Die plurale Linke in Bewegung,* Hamburg 2016, S. 7–14;

Stephan Hebel: »Angeregte Debatten«, in: Brigitte Aulenbacher et al. (Hrsg.): *Mosaiklinke Zukunftspfade,* S. 30–35;

Benedikt Kaiser: »Mosaik-Rechte und Jugendbewegung«, in: *Sezession* 77 (April 2017), S. 46f.;

ders.: »Mosaik-Rechte: eine Aktualisierung«, in: *Sezession* 93 (Dezember 2019), S. 34–37;

Stefan Kalmring: »Organisierungsprozesse auf des Messers Schneide«, in: Markus Hawel, Stefan Kalmring (Hrsg.): *Wie lernt das Mosaik?,* S. 16–39;

Ines Schwerdtner: »Zur Zukunft einer Mosaiklinken«, in: Brigitte Aulenbacher et al. (Hrsg.): *Mosaiklinke Zukunftspfade,* S. 61–67;

Hans-Jürgen Urban: »Die Mosaik-Linke. Vom Aufbruch der Gewerkschaften zur Erneuerung der Bewegung«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 5/2009, S. 71–78;

ders.: »Vorlauf zu einem HKWM-Artikel ›Mosaik-Linke‹«, in: *Das Argument* 331 (1/2019), S. 19–32.

Einige Gedanken zu Dostojewski

von Jekaterina Iwanowa

Manche Künstler sind mehr als nur Künstler. So bedeutet Homer für die alten Griechen etwas anderes als nur schöne Poesie – seine Epen sind gewissermaßen die Quintessenz des hellenischen Lebens, ein Kompaß innerhalb ihrer Kultur. Goethes *Werther* beeinflußt die Schicksale ganzer Generationen und reicht bis in den Modegeschmack hinein. Und die Musik eines Richard Wagner nimmt im Pariser Musée d'Orsay die Gestalt von Möbeln und Wohnstil an, gerinnt gleichsam zu Umgebung, in der man seinen Alltag verbringt.

In Rußland existiert seit jeher eine Forderung an die Kunst, über sich selbst hinauszuweisen, einen Platz im Leben einzunehmen. Musik, Malerei und Literatur werden nicht als abstrakte Phänomene, sondern als reale oder gar mythisch übersteigerte Ereignisse wahrgenommen, die jeden Menschen persönlich betreffen.

So ist St. Petersburg nicht nur voll von berühmten Puschkin-Orten, sondern auch von doch eigentlich fiktiven Schauplätzen seiner Werke: Das Haus der Pique Dame, die Newa-Promenade Onegins und so weiter. Und in Moskau wird Touristen noch heute die Stelle an den Patriarchen-Teichen gezeigt, wo der Teufel in Volands Gestalt den Schriftstellern Berlioz und Besdomny begegnete. Die bildenden Künstler der Avantgarde dringen mit ihrer Keramik- und Textilgestaltung in die gesellschaftlichen Prozesse ein und streben nach einer »Revolution des Geistes«, die nicht nur Menschen, sondern auch Gegenstände aus ihrer Versklavung durch den Konsum befreien soll. Und Komponisten wie Alexander Skrjabin sehen in ihren Tondichtungen weit mehr als nur elitären ästhetischen Genuß – nämlich eine Umwälzung des gesamten Kosmos, eine Vergeistigung allen Seins.

»Zu den höchsten westlichen Werten zählt nämlich was? – Ka-pi-tal-an-häu-fung. Ach, was rede ich, sie ist der höchste Wert!«

Der Spieler, 1866.

Auch Fjodor Dostojewski ist mehr als ein Schriftsteller. Mit seinen Werken ist er eine Phase im Leben eines jeden Russen – eine Phase der Entwicklung und des Menschwerdens. Und das nicht nur individuell, sondern auch kollektiv, auf das ganze Volk bezogen. Was er mit seiner Literatur liefert, ist somit echte Philosophie, Philosophie nicht im akademischen, lehrstuhlmäßigen, sondern eher im vorsokratischen und platonischen Sinne: ein tiefer, alle Bereiche des Seins erfassender Prozeß, der durch Läuterung und Prüfung zur Wandlung, ja, zur Vergottung führt. Innerhalb der russischen Philosophie gilt Dostojewski auch seit jeher als Philosoph, denn diese ist nicht akademisch lehrstuhlmäßig, sondern traditionell publizistisch und literarisch (man denke an die *Abgefallenen Blätter* Wassili Rosanows oder Wladimir Solowjews *Kurze Erzählung vom Antichrist*).

Niemand, der Dostojewskis Romane in seinen jungen Jahren gelesen hat, wird das seltsame Fieber vergessen, das ihn nächtelang wachhielt und von einer Szene in die nächste jagte. Niemand wird die nervliche Anspannung aus dem Gedächtnis vertreiben, die ganz langsam aus dem großangelegten Chaos von erotischen, finanziellen und gedanklichen Verstrickungen herauswächst und sich in einem bestimmten Augenblick quasi epileptisch

entlädt. Niemand wird diese beinahe schon danteartig verschlungenen Pfade durch die Petersburger Höllen und Purgatorien verdrängen, die einzelne Gestalten durchwandern müssen, um schließlich in einem stillen Paradies zu landen. Und das ist vermutlich auch die wichtigste Lehre aus Dostojewskis Büchern: Daß der Mensch wirklich alles werden kann. Daß es keine Zustände gibt, die seinem Wesen fremd wären.

In der russischen Volksreligiosität lebt bis heute noch die Vorstellung von zwei archetypischen Heiligen – vom heiligen Kassian und vom heiligen Nikolaus dem Wundertäter. Kassian wird auf dem Weg zur Kirche von einem Bauern gebeten, ihm den Wagen aus dem Schlamm herausziehen zu helfen. Da er sich für den Gottesdienst feingemacht hat, verweigert dieser jedoch die Bitte. Aber Nikolaus ist sich dafür nicht zu schade, denn er betrachtet den Einsatz für seine Nächsten, den Dienst am anderen, als den eigentlichen Gottesdienst.

»Sie werden schließlich begreifen, daß Freiheit für alle unvereinbar ist mit genügend irdischem Brot für jeden, denn nie, nie werden sie unter sich zu teilen verstehen.«

Die Brüder Karamasow, 1880.

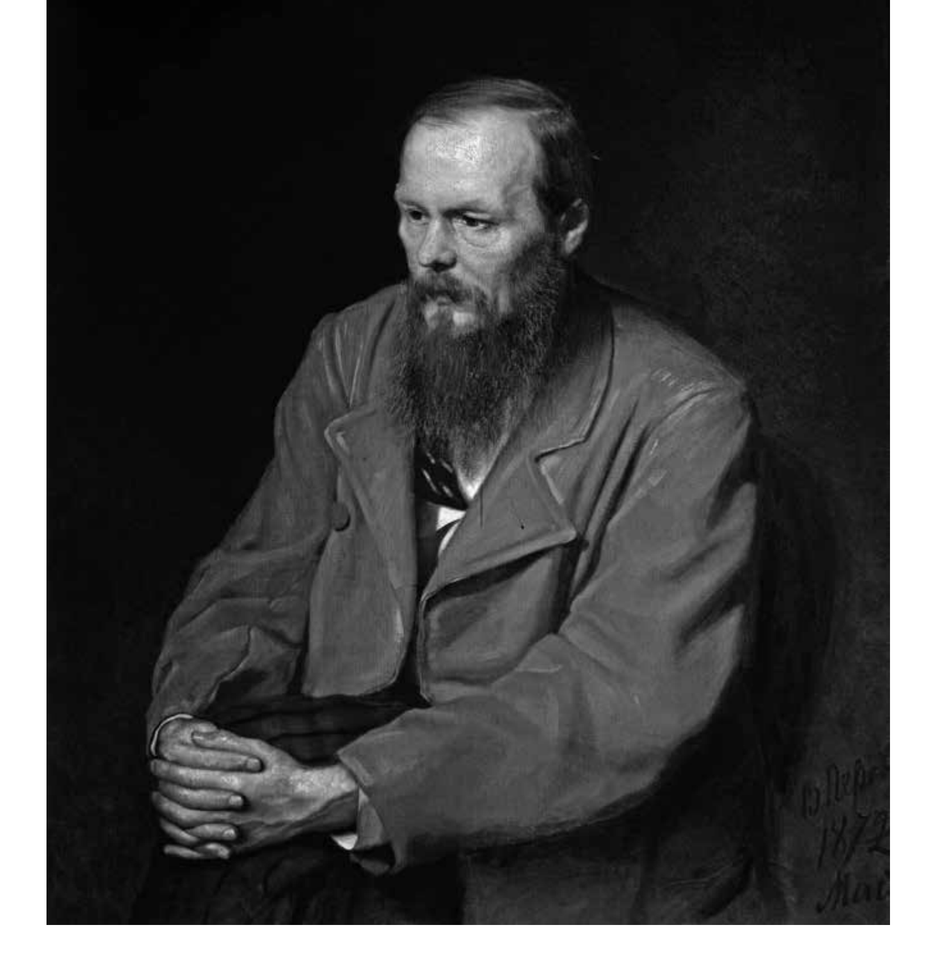
Dostojewski folgt eindeutig dem Archetyp des Heiligen Nikolaus. Er hat keine Angst davor, sich die Finger schmutzig zu machen. Ja, mehr noch, der Weg durch den tiefsten Morast ist für seine Helden etwas geradezu Essentielles. Gemäß dem biblischen Gleichnis von der Perle auf dem Akker wird die wahre menschliche Natur, laut Dostojewski, nicht durch äußere Befleckung verderbt. Sie hat immer die Möglichkeit, jede erdenkliche Erfahrung zu machen. Sie kennt keine Tabus und keine Regeln. Sie kann unendlich tief sinken, was sie nicht daran hindert, nach dem Moment der Katharsis unendlich hoch aufzusteigen.

Dostojewskis Romane reißen den Leser aus seinen gewohnten Bahnen heraus. Sie sind – und das nicht allein für den Neuling – oftmals ein Sprung ins kalte Wasser. Jeder feste Halt wird da verworfen, jeder Gedanke, auch einer, den man für gewöhnlich nicht an sich heranläßt, konsequent zu Ende gedacht.

Gerade in unserer Zeit werden ja die Menschen, insbesondere die jungen, immer stärker in ein Geflecht aus Vorstellungen hineingezwängt, die als einzig zulässig gelten, während andere zur gleichen Zeit ausgeblendet oder dämonisiert werden. Denn wo die Zensur von Taten und Worten auf Handlanger angewiesen ist, kommt die anerzogene Gedankenzensur von innen, und von einem gewissen Moment an bedarf es keines Zugriffs von außen mehr. An so einem Punkt kann eine Begegnung mit bedingungsloser, uneingeschränkter Gedankenfreiheit, die sich alles herausnimmt, sogar das »Verbotene«, eine Schockwirkung auslösen und im günstigsten Fall zu einer Art Initiation führen.

Entscheidend ist, daß Dostojewski dem Individuum nicht nur jegliche Art der Verirrung gestattet, sondern auch bereit ist, jeden Verirrten, unabhängig von der Tiefe seines Falls, dennoch als Menschen anzunehmen – allein schon deshalb, weil jener als Mensch einen Widerschein Gottes in sich trägt. (Und es ist ebendieser Widerschein Gottes und nicht etwa das bloße Anderssein, welches das Individuum zum Individuum macht.) Eine christlichere Haltung ist wohl kaum denkbar. Sie legt die Axt nicht nur an die Grundfesten der allgemeinen gesellschaftlichen Ordnung, sondern auch an das, was sich gemeinhin als »Kulturchristentum« bezeichnet – an die uns heute nur zu gut vertraute Vorstellung vom »christlichen Abendland«, in dem eine wohlmeinende Gemeinschaft mit denselben Werten und Gesetzen lebt. Was Dostojewski vermutlich besonders aufstoßen würde, wäre der Gedanke daran, daß sich die Menschen dort »eingerichtet« hätten, in einer geistigen Komfortzone lebten. Auf seiner Skala wäre das »geistiges Spießertum« und als höchst verwerflich zu beurteilen, noch verwerflicher als das materielle Spießertum. Wie der Menschensohn des Evangeliums sollte auch der Mensch keinen Ort haben, an dem er sein Haupt niederlegen, an dem er es sich bequem machen könnte.

Der Gedanke daran, daß ein Mensch sich in ein bestehendes Raster einfügen soll, ist für Dostojewski schier unerträglich. Mit Dostojewski ist hier freilich das Werk gemeint und nicht die Person des Schriftstellers. Er, der 1821 Geborene, tritt in seinen jungen Jahren nach den ersten erfolgreichen Publikationen einer revolutionären Untergrundzelle bei, wird verhaftet und 1849 zum Tode verurteilt. Das Urteil wird in letzter Sekunde aufgehoben und durch mehrjährige Verbannung ersetzt. In seiner zweiten Lebensphase ist er wiederum ein durchaus konservativer Zeitgenosse mit durchaus gefestigten politischen, religiösen und gesellschaftlichen Meinungen und tut diese in seiner Publizistik kund. Doch in seinen Romanen wäre



Dostojewski – Porträt von Wassili Perow (1872).

er bloß ein Statist – nur einer unter vielen. Schließlich herrscht dort allenthalben eine geradezu babylonische Sprachverwirrung, bestehend aus den widersprüchlichsten Ansichten und Haltungen. Denn seiner tiefsten Überzeugung nach besitzt jeder Mensch eine »Idee«. Damit ist mehr gemeint als nur ein Geistesblitz, eher so etwas, wie ein leitender Lebensimpuls, etwas, wovon der Mensch besessen ist, was er nicht loslassen kann. Erst das Zusammenspiel dieser unterschiedlichen, oft sogar konträren Impulse ergibt eine menschliche Gemeinschaft.

Dostojewski geht aber noch weiter. Denn im Prinzip besitzt auch jeder einzelne Mensch in sich selbst eine solche Farbpalette der widersprüchlichsten, widerspenstigsten »Ideen« und kann sich jederzeit, ohne Rücksicht auf Verluste und quasi willkürlich, für ein Extrem entscheiden. Es ist gerade dieser Zug seiner Helden, der uns beim Lesen so weh tut: Mit ansehen zu müssen, wie Fürst Myschkin oder der Hauslehrer Alexej bar jeder Vernunft und zum eigenen Schaden einen nicht wiedergutzumachenden Schritt tun und sich mit diesem alle Zukunft auslöschen. Und doch ist das charakteristisch für einen Menschen, eben weil er ein Mensch ist. Solange der Mensch seiner »Idee« folgt, aus tiefstem Antrieb heraus handelt, bleibt er seinem Menschsein treu, ganz gleich, ob er »Gutes« oder »Böses« tut. Viel verächtlicher ist Dostojewski gegenüber den Feigen, den Lauwarmen, die, laut Dante, selbst die Hölle ausspeit. Sie sind für ihn die eigentlichen »Spießer des Geistes«, die sich mit aller Kraft an den Status quo klammern, der doch vollkommen illusorisch ist.

»Letztlich und endlich, meine Herrschaften: Lieber gar nichts tun! Lieber bewußte Passivität! Also: Es lebe das Kellerloch!«

Aufzeichnungen aus dem Kellerloch, 1863.

Das oberste Kennzeichen des Menschen ist und bleibt seine persönliche, möglicherweise sogar zerstörerische Freiheit. Damit widerspricht Dostojewski im Kern jener Lehre, die uns in Westeuropa, insbesondere in Deutschland, seit einigen Jahren eingetrichtert wird und mittlerweile offenbar bei links wie rechts zum Konsens geworden ist: Die persönliche Freiheit ende genau dort, wo das Strafrecht einsetze, ende dort, wo die Freiheit des anderen beginne. Ebenso wie auch die freie Meinungsäußerung. Dostojewskis Freiheitsbegriff, wie er aus seinen Werken heraustritt, würde vollkommen anders lauten: Die Freiheit des Menschen ist *uneingeschränkt,* sie endet nirgends, sie beginnt nirgends, sie macht vor keiner Grenze halt, ganz gleich, ob strafrechtlich relevant oder nicht. Oder, in den Worten von Hermann Hesses *Demian* ausgedrückt: »Der Vogel kämpft sich aus dem Ei. Das Ei ist die Welt. Wer geboren werden will, muß eine Welt zerstören«. Sehr wohl aber muß der Mensch, der eine Grenze überschreitet, bereit sein, die Konsequenzen dafür zu tragen.

Ob Christus, der sich als Sohn Gottes bezeichnet, oder der islamische Sufi-Heilige Al-Halladsch, der öffentlich verkündet, er sei die göttliche Wahrheit – beide brechen, um die innere Erkenntnis zu offenbaren, das geltende äußere Gesetz, wofür sie, der Gotteslästerung angeklagt, bewußt die Kreuzigung in Kauf nehmen. Bei Dostojewski muß Christus noch nicht einmal etwas sagen: In der *Großinquisitor*-Legende reicht bereits seine Manifestation, seine bloße Anwesenheit aus, um die bestehende Ordnung zu bedrohen, weshalb er erneut angeklagt wird.

Dostojewskis Christentum ist auch nur im Sinne einer solchen bedingungslosen Freiheit zu verstehen. Diese Vorstellung ist ihrem Wesen nach mystisch und zählt zum »verborgenen« Kern der Orthodoxie, dem Starzentum. Starez ist die russische Bezeichnung für das, was im Deutschen »Altvater« genannt wird – ein Mönch mit großer geistiger Autorität jenseits kirchenamtlicher Hierarchien. Die Starzen sind also auf der einen Seite Teil der »Kirche«, auf der anderen Seite aber nicht. Oft leben sie innerhalb der Klostermauer, doch sind sie nicht an die Klosterregeln gebunden, sondern gehorchen einem unbestechlichen, aus unmittelbarer Gotteserfahrung geschöpften Gesetz. Aus dieser geistigen Freiheit heraus, die selbst vor den kirchlichen Gesetzen nicht haltmacht, ergeben sich zwar immer wieder Konflikte, wie am Beispiel Sossimas in den *Brüdern Karamasow* gezeigt, und doch ist sie in der Lage, jeglichen Streit zu überwinden, und erweist sich als das eigentlich Verbindende. In seiner berühmten Puschkin-Rede erhebt Dostojewski die Fähigkeit des Menschen, alle Gegensätze in sich selbst nicht nur zu erkennen und auszuloten, sondern auch miteinander zu versöhnen, zur allerhöchsten geistigen Leistung. Symbolisch zeigt sie sich in der Gestalt des »Allmenschen« oder des »russischen Menschen«. Also nicht das verbissene Beharren auf der eigenen Position (wie etwa dem Slawophilen- oder dem Westlertum), sondern die innere Flexibilität, jeden erdenklichen menschlichen Ausdruck als etwas Menschliches anzunehmen. Denn das Beharren auf der eigenen Position bleibt immer Teil, niemals das Ganze.

Es ist das Sosein, der Status quo, was die menschliche Freiheit einzuschränken versucht. Am allermeisten aber knechtet den Menschen von außen das Geld. Aus diesem Grund ist Dostojewski möglicherweise der größtdenkbare Kritiker des Kapitalismus. Geld – als rein materieller Besitz – ist insofern stets eine Herausforderung. Wie der Hauslehrer Alexej im *Spieler* verkündet, will er mit seiner »wilden Tatarenseele« unter gar keinen Umständen ein Exponent von Rothschild und Konsorten sein, sondern lieber das Geld zum Fenster hinauswerfen und tun und lassen, was ihm gefällt. Zwar hängen vom Geld die Geschicke der Menschen ab, die Zukunft ganzer Familien ist darauf gebaut, und doch ist gerade diese Tatsache das Entwürdigendste, was dem Menschen widerfahren könnte, denn es entwertet ihn und macht ihn zu einem Spielball äußerer Kräfte. Die verzweifelte Zerreißprobe zwischen Haben und Sein zieht sich wie ein roter Faden durch Dostojewskis Leben und Werk. Doch gerade in Augenblicken wie am Roulettetisch offenbart sich vor seinem inneren Auge die ganze metaphysische Nichtigkeit des Geldes. Es ist gleichsam nicht existent. Wie winzige molekulare Teilchen, wie Mückenschwärme, wie Konfettiwolken schwirren riesige Summen an ihm vorbei, landen kurz bei ihm und entschwinden wieder. Es sind Zahlenreihen ohne jeden Bestand, etwas, das in Wellen kommt und geht. Das Gefühl, diese im wahrsten Sinne des Wortes *Unsummen* durch seine eigenen Hände zu jagen, verwandelt sich in jähe Lebenslust, als würde man mitten im Auge eines Orkans stehen, und nimmt offen sexuelle Züge an.

Will man aus allem oben Gesagten eine politische Lehre ziehen? Politische Leitsätze beruhen nun mal auf Schnittmengen und Abgrenzungen. Vor diesem Hintergrund muß Dostojewski in jedem Lager eine Fehlfarbe sein. Im ideologischen Gepäck von Parteien stellt er immer einen Risikofaktor dar. Wer sich ihn auf die Fahne schreibt, muß mit der Möglichkeit rechnen, daß die »alten Schläuche an dem jungen Wein zerreißen«. Denn die Schläuche sind »alt« in dem Sinne, daß sie Auffangbehälter sind und etwas um jeden Preis bewahren wollen. Der Wein aber ist »jung«, weil er brodelt und gärt und die Trinkenden in einen Rausch versetzt. Hinzu kommt die unerbittliche Tatsache, daß dies großangelegte »Bleiben ist nirgends« nicht allein für die Gegenwart gilt. Utopien sind Dostojewski verhaßt. Die Rettung der ganzen Welt verwirft er, so lesen wir es in den *Brüdern Karamasow*, sollte diese um den Preis auch nur einer einzigen Kinderträne erfolgen. ■

Literaturhinweise:

Nikolai Berdjajew: *Die Weltanschauung Dostojewskis,* München 1924;

Anna Dostojewskaja: *Mein Leben mit Fjodor Dostojewski. Erinnerungen,* Berlin 2021;

Fjodor Dostojewski: *Der Großinquisitor. Ein Poem,* übersetzt v. Swetlana Geier, Zürich 2001;

ders.: *Rede über Puschkin am 8. Juni 1880 vor der Versammlung des Vereins »Freunde Russischer Dichtung«.* Mit einem Essay v. Volker Braun, Hamburg 1992;

ders.: *Die Brüder Karamasow*, übersetzt v. Swetlana Geier, Frankfurt a. M. 2008;

ders.: *Der Spieler oder Roulettenburg,* übersetzt v. Alexander Nitzberg, München 2016;

Wladimir Solowjew: *Reden über Dostojewski,* München 1992;

Fedor Stepun: *Dostojewski. Weltschau und Weltanschauung,* Heidelberg 1950.

Denunziantentum als Staatstugend

von Thorsten Hinz

Die politische Kriminalisierung des Instituts für Staatspolitik (IfS) als »gesichert rechtsextreme Gruppierung« begründet das Landesamt für Verfassungsschutz von Sachsen-Anhalt unter anderem damit, daß das IfS sich bemühe, den »Raum des Sagbaren« auszudehnen. Daran ist mindestens zweierlei bemerkenswert: Ein Inlandsgeheimdienst erhebt in der Manier eines Heiligen Offiziums den Anspruch, verbindlich festzulegen, was öffentlich thematisier- und diskutierbar ist und was nicht. Und er agiert dabei als verlängerter Arm eines politisch-medialen Komplexes, der sich nur sicher fühlt, solange der öffentliche Raum durch geheimdienstliche Observation eingehegt und von Furcht und Konformismus durchsetzt ist.

Der Verfassungsschutz (VS) von Bund und Ländern ist eine bundesdeutsche Exklusivität. Er wurde auf Geheiß der Alliierten errichtet, die über die Staatsgründung der Bundesrepublik 1949 hinaus eine politisch-ideologische Vormundschaft beibehalten wollten. Bei der »Interpretation des Rechtsradikalismus-Problems« agierten sie von Anfang an »als der sichtbare Dritte in diesem von Exekutive und Judikative dominierten Geschehen«, schreibt der Zeitgeschichtler Norbert Frei. Ein britischer Geheimbericht von 1953 gab zu, daß von rechten Gruppierungen keine Gefahr für den Bestand des Grundgesetzes ausging. Gefürchtet wurde vielmehr, daß ihr Erfolg die Bevölkerung mit einem »kompromißlosen Nationalismus infizieren« würde. So könnten »rücksichtslose Realisten« bereit sein, errungene politische Macht »gegen das gesamte Konzept der europäischen Einheit und westlichen Verteidigung einzusetzen, sollten sie der Ansicht sein, daß das in ihrem Interesse liegt«.

Die Streitfrage lautete damals, ob einer auf rasche Wiedervereinigung oder einer auf Westbindung gerichteten Politik der Vorzug zu geben sei. Für beide Standpunkte gab es gewichtige Argumente. Das Absonderliche lag darin, daß äußere Mächte unmittelbar in einen innenpolitischen Diskurs eingriffen und sich dazu eines innerstaatlichen Organs bedienten, das sie vorsorglich implementiert hatten. Die Bundesrepublik sollte sich nicht primär als Statthalterin eines künftigen deutschen Einheitsstaates, sondern als selbstverwaltete Provinz einer »westlichen Wertegemeinschaft« definieren. Die langfristigen Folgen waren tiefgreifend. »Provinzialismus: Ein struktureller Befund«, überschrieb 1990 der kürzlich verstorbene *Merkur*-Herausgeber Karl Heinz Bohrer eine seiner galligen Glossen über die politische, geistige und kulturelle Mediokrität, welche die Bundesrepublik in die Wiedervereinigung einbrachte.

Der politisch-mediale Komplex war geschockt von der Aussicht, sich fortan eigenständig, ohne fremde Vorbehaltsrechte in der Welt zurechtfinden zu sollen, und ersehnte die Auflösung des Landes in postnationalen Strukturen. Dieser Wunsch einte Kommunisten, Grüne, Sozialdemokraten, Liberale und Unionschristen und bietet die Erklärung, weshalb die SED-Nachfolger sehr schnell zum demokratischen Lager gezählt wurden, während jene, die für Volkssouveränität und den Beibehalt des demokratischen Nationalstaates eintreten, wie jetzt im VS-Bericht von Sachsen-Anhalt mit Drohformeln wie »rassistische und biologistische Sichtweisen« oder »völkische[r] Kollektivismus« belegt, als heimliche Wiedergänger des NS-Regimes gebrandmarkt und faktisch vogelfrei gestellt werden.

Der »Kampf gegen rechts«, zu dessen Hauptakteuren der VS zählt, ist ein Kampf gegen das kollektive Selbst, ein Akt der Autodestruktion. Er verfährt nach der Logik vom objektiven Gegner, dessen Verbrechen nicht in seinen Taten, sondern in den vermeintlich bösen Absichten liegt, die man ihm unterstellt und die in Wahrheit die Projektionen der eigenen, verqueren Ideologie sind. Wo die Rassenfrage zur Staatsdoktrin erhoben wird, ist der Gegner eben der Jude. Im neototalitären Antifaschismus werden die Verfechter des Antitotalitarismus als die neuen Faschisten stigmatisiert. Und wenn eine Nation verschwinden will – beziehungsweise ihre Eliten ihr Verschwinden anstreben –, dann werden die Sprecher des nationalen Selbstinteresses wenigstens in den sozialen Kältetod geschickt. Noch das klügste Gegenargument verhallt, weil es auf einen entschlossenen Vernichtungswillen trifft.

Dieses Verfahren hat E.T.A. Hoffmann in seinem Märchen *Meister Floh* (1820) modellhaft beschrieben. Hoffmann war damals Kammer-

gerichtsrat in Berlin. Die Ermordung des Schriftstellers August von Kotzebue durch den Studenten Karl Ludwig Sand 1819 hatte ihn zwar in der Meinung bestärkt, »daß dem hirngespenstischen Treiben einiger junger Strudelköpfe Schranken gesetzt werden mußten«, nur sollte das rechtsstaatlich und nach objektiven Kriterien erfolgen. Mit dieser Auffassung geriet er in Gegensatz zum damaligen Polizeidirektor Kamptz, der im Buch »Knarrpanti« heißt.

Für Knarrpanti sind Studenten naturgesetzliche Verbrecher. »Auf die Erinnerung, daß doch eine Tat begangen sein müsse, wenn es einen Täter geben solle, meinte Knarrpanti, daß, sei erst der Täter ausgemittelt, sich das begangene Verbrechen von selbst finde.« Nur ein »oberflächlicher Richter« sei nicht imstande, »dies und das hineinzuinquirieren, welches dem Angeklagten doch irgendeinen Makel« anhänge. Als er im Tagebuch eines Verhafteten den Satz findet: »Heute war ich leider mordsfaul«, folgert er daraus, »ob wohl jemand verbrecherischere Gesinnung an den Tag legen könne, als wenn er bedauere, heute keinen Mord verübt zu haben«! Knarrpanti ist die personifizierte Paranoia. Innerhalb seines Denkgebäudes ist ihm nicht beizukommen, denn jeder Widerspruch bestätigt nur seine Sicht auf den objektiven Feind.

Auf die innere Beschaffenheit dieses Gedankenpolizisten und Zensors ist Hoffmann nicht weiter eingegangen. Doch in der Titelfigur des Romans *Tallhover* von Hans Joachim Schädlich hat Knarrpanti seine Wiederauferstehung und Transformation erlebt. Tallhovers Lebensweg beginnt 1819 und endet um 1955. Er ist der Prototyp des ewigen Spitzels, ein reduzierter Charakter, ein Klassenpetzer. Er sieht seiner Mutter heimlich bei der Notdurft zu – der Zusammenhang von kindlicher Analphase, Ödipuskomplex, Voyeurismus und Zwangsneurose erschließt sich bei der Lektüre Sigmund Freuds. Er hat keine Freunde und ist ein fanatischer Puzzlespieler. Beflissen, autoritär und ängstlich, fehlt ihm der Mut zum eigenständigen Leben. Gemäß der Dialektik von Ohnmachts- und Allmachtsgefühlen zieht er seinen kargen Genuß daraus, das Leben anderer zu observieren, sie durch seine Allwissenheit einzuschüchtern und zu manipulieren.

Gerade erwachsen geworden, sucht Tallhover um »eine fruchtbare Tätigkeit bei der Kriminalpolizei« nach. Die Spur seines Wirkens zieht sich vom Kölner Kommunistenprozeß 1852 über die Gestapo bis zur Stasi. Nach dem Ostberliner Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953 sieht er sich an der Unmöglichkeit gescheitert, an der jeder Spitzel bisher noch Schiffbruch erlitt: Er kann seinen Mitmenschen eben doch nicht in Herz und Hirn schauen und wird daher vom Gang der Geschichte immer wieder überrascht. In einem Verfahren, das an Kafka und an die Moskauer Schauprozesse von 1936 bis 1938 erinnert, verlangt er für sich das Todesurteil. Seinen Tod will er als Opfer zur Perfektionierung des Systems verstanden wissen.

Schädlich war 1977 aus der DDR in die Bundesrepublik gekommen. Als das Buch 1986 erschien, lag es nahe, den Romanschluß als das antizipierte Endes des Stasi-Staates zu interpretieren. Heute wissen wir, daß der systemübergreifende Knarrpanti/Tallhover-Typ auch in Demokratien gefragt ist. Denn das Spitzeln, Kontrollieren und Denunzieren ist eine Konstante, die Macht generiert.

Es liegt in der Natur von Arkan-Behörden, daß Menschen mit entsprechender Disposition sich manisch von ihnen angezogen fühlen. Der Vorzug des Rechtsstaats und der Demokratie besteht in der Theorie darin, daß sie ausdrücklich mit den menschlichen Unzulänglichkeiten rechnen und sie durch »ungeheuer komplizierte Abläufe und Passungen« und einen »grandiosen und empfindlichen Organismus des Miteinander« so weit herunterdimmen, daß »die Menschen bei all ihrer Schlechtigkeit au fond so schwerelos aneinander vorbeikommen«, wie Botho Strauß im »Anschwellenden Bocksgesang« formulierte.

Doch die Tallhover- und Knarrpanti-Typen haben die Institutionen und die Prozeduren, die ihre Schlechtigkeit bändigen sollten, erobert und überschrieben. Kaum daß die geistige Käseglocke, die der Jahrzehnte währende Kalte Krieg und die deutsche Teilung über das Land gelegt hatten, angehoben war, ging der moralinsaure Provinzialismus, der darunter schimmelte, in eine gärige Nationalneurose über, die sämtliche Bereiche der Gesellschaft transzendiert und den von Hoffmann und Schädlich beschriebenen Zwangsneurotikern ein weites Betätigungsfeld bietet.

Von einem neurotisierten Gemeinwesen darf man wohl sprechen, wenn die Unterscheidung, wer dazugehört und wer nicht, ja schon die Erörterung der Frage, zum verfassungsfeindlichen Vergehen erklärt wird. Eine Gesellschaft, die den Unterschied von innen und außen nicht mehr wahrhaben will, stellt ihre Existenz in Frage. Wo der »Organismus des Miteinanders« auf Selbstauflösung programmiert ist, herrscht ein kollektiver Wahn und verlieren Begriffe wie Demokratie, Moral, Wahrheit ihren Sinn.

Arkan- und öffentliche Institutionen gehen längst ineinander über. Das Kontrollieren, das Denunzieren und die Vernichtung sozialer Existenzen sind öffentliche Angelegenheiten, die als zivilgesellschaftliches Engagement gefördert und prämiert werden. Journalisten und Extremismus-Experten bedienen sich bei der Aufdeckung vermeintlicher rechter Umtriebe häufig derselben Sprach- und Argumentationsmuster, die man in den Berichten inoffizieller Stasi-Informanten vorfindet. Diese waren allerdings geheim, was dafür spricht, daß die Stasi mit einer weithin intakten Moral der Allgemeinheit rechnen mußte, die der staatlichen Indoktrination trotzte. Soviel Rücksichtnahme ist offenbar nicht mehr nötig. Wenn jetzt das Institut in Schnellroda mit einer pompösen öffentlichen Feindmarkierung versehen wird – gegen wen und was spricht das wohl? ■

Dieser Text erschien zuerst in der Wochenzeitung Junge Freiheit, *Ausgabe 42 vom 15. Oktober 2021. Der Nachdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung.*

Rechtsstaatlicher Staatsschutz – Vorbild Japan

von Josef Schüßlburner

Der »Verfassungsschutz« (VS) von Sachsen-Anhalt hat, CDU-geführt, bekanntlich das Institut für Staatspolitik (IfS) als »gesichert rechtsextreme Gruppierung« eingestuft. Insbesondere die »Begründung«, das IfS bemühe sich, den »Raum des Sagbaren« auszudehnen, sollte jedem, für den Meinungsfreiheit und -pluralismus von Bedeutung sind, endgültig klargemacht haben, daß der VS durch einen rechtsstaatlichen Staatsschutz ersetzt werden muß. Mit dieser von Linksliberalen (vgl. Leggewie/Meier: *Nach dem Verfassungsschutz,* 2012) aufgestellten Forderung sollte die politische Rechte keine Probleme haben, schon weil davon ausgegangen werden kann, daß im Normalfall ihre Chancen, sich politisch durchzusetzen, bei freieren Verhältnissen steigen. Das belegt schon der Vergleich der BRD mit Österreich und der Schweiz.

Als Bezugspunkt für den Wechsel von einem ideologischen VS zu einem rechtsstaatlichen Staatsschutz bietet sich Japan an. Das Kaiserreich hatte 1925 beim Übergang zum gleichen (Männer-)Wahlrecht im Rahmen der Meiji-Verfassung von 1889, die der preußischen Verfassung von 1850 nachgebildet war, als Kompromiß einer Demokratisierungspolitik (sog. Taishō-Demokratie) gleichzeitig ein Gesetz zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit (engl. Peace Preservation Law) erlassen, das einem Verfassungsumsturz mit legalem Anstrich entgegenwirken sollte, indem es der Vereinigungsfreiheit Grenzen setzte. Seiner Struktur nach handelte es sich um ein Strafgesetz, das diejenigen belangt, welche eine Vereinigung bilden, die das Ziel hat, die Verfassungsordnung/Staatsgrundlage *(kokutai)* zu ändern oder ein privatrechtliches Eigentumssystem abzulehnen. In der Praxis stellte das Gesetz die Grundlage dafür dar, abgestützt durch staatsanwaltliche Ermittlungsverfahren mit Drohung der Anklageerhebung, die allerdings selten durchführt wurde und somit auch nur zu relativ wenigen Verurteilungen führte, ein VS-System effektiv umzusetzen. Das Friedenswahrungsgesetz wurde also als VS-Gesetz mit dem Ziel implementiert, Anhängern politisch falscher Auffassung die »Umkehr« zu ermöglichen.

Diese Polizeiarbeit setzte an der Gedankenkontrolle an, was offen als »Gedankenpolizei« bezeichnet wurde. Zur Steuerung der administrativen Handhabung des Vorgehens gegen Gedankenvergehen wurden vom Justizministerium »Gedankenpolizeiberichte« erstellt. In diesen Studien nahmen kommunistische und nationalistisch-proletarische sowie vergleichbare politische Bewegungen die erste Stelle ein. Letztlich wurde damit eine »religionslose Religion« (Verfassungsideologie) geschützt, die dabei selbst zu Kriegszeiten in einer Weise umgesetzt wurde, die einen Vergleich mit der heutigen BRD legitim macht: »There was no mass terror in Japan […]. Political rivals in Japan did not assassinate each other, nor did the government liquidate its opponents. Except for communists, who were jailed, most dissenters remained free. The worst that happened to people who disagreed with the government was usually that they had to renounce public office […]. No liberal lost his life because of his opinion. Liberal writers or politicans […] were restricted in their public utterances, but were neither arrested nor exiled.« – »Es gab in Japan keinen Massenterror. Weder haben sich politische Rivalen in Japan gegenseitig hingerichtet, noch hat die Regierung ihre Gegner ausgelöscht. Von den Kommunisten, die in Haft genommen wurden, abgesehen, behielten die meisten Dissidenten ihre Freiheit. Das Schlimmste, das mit Menschen passierte, die eine von der Regierung abweichende Meinung vertraten, war in der Regel, daß sie von ihren öffentlichen Ämtern zurücktreten mußten […]. Kein Liberaler verlor aufgrund seiner Meinung sein Leben. Liberale Autoren oder Politiker […] waren in ihrer öffentlichen Meinungsäußerung eingeschränkt, wurden aber weder gefangengenommen noch ins Exil getrieben.« (Beer: *Freedom of Expression in Japan. A Study in Comparative Law, Politics, and Society,* 1984) Das Gesetz beeinträchtigte jedoch zunehmend allgemein die politische Freiheit, da Gedanken nicht auf bestimmte Gruppierungen beschränkt werden können.

Bereits unter amerikanischer Besatzung erfolgte die Aufhebung des VS-Gesetzes von 1925, allerdings wurden gleichzeitig aufgrund der Regierungsverordnung zur Kontrolle politischer Organisationen von 1949, die dem Generalstaatsanwalt die Befugnis zur Auflösung

antidemokratischer Organisationen einräumte, zahlreiche Vereinigungsverbote gegen rechts ausgesprochen. Eine Vereinigungsfreiheit ohne Abstriche konnte erst nach Beendigung der US-Besatzung durch das Gesetz von 1952 zur Verhinderung umstürzlerischer Aktivitäten verwirklicht werden (Uyehara: *The Subversive Activities Prevention Law of Japan. It's Creation 1951–52*, 2010).

Auch wenn die kommunistische Bedrohung (Korea-Krieg) für zahlreiche Politiker und Beamte, die entsprechend der von der US-Besatzung formal wenig unterbrochenen Kontinuität der japanischen Vorkriegs- und Nachkriegszeit bereits unter dem Gesetz von 1925 tätig gewesen waren, eine Neuauflage des Gesetzes nahegelegt hätte, einigte man sich auf ein der weltanschaulichen Neutralität verpflichtetes Staatsschutzrecht. Das damit verbundene Ziel, die Beschränkung der politischen Freiheit zu vermeiden, ohne den Staat schutzlos zu lassen, ist durch die Ausrichtung von Vereinigungsverboten auf die Abwehr terroristischer Aktivitäten (Art. 7), die im allgemeinen Strafgesetz als solche definiert sind, und der Organisation gewaltsamer Aufstände erreicht worden. Die Voraussetzung für Vereinsverbote ist eine »gegenwärtige Gefahr« im Sinne der *present danger doctrine* nach US-Recht, wenn diese durch geringfügigere Verbote gegenüber Funktionären einer entsprechenden Vereinigung gemäß Art. 5 (Verbot gewaltsamer Demonstrationen) nicht mehr abgewendet werden kann. Die zwingende Strafrechtsakzessorietät des polizeilichen VS steht außerdem unter dem strikten Verhältnismäßigkeitsgrundsatz nach Art. 2, ergänzt durch Art. 3 mit dem rigorosen Gebot der Vermeidung unnötiger Grundrechtseingriffe.

Auch wenn es aufgrund der Gewaltbereitschaft der Kommunistischen Partei nachvollziehbare Gründe zum Parteiverbot gegeben hätte, wie dies noch die US-Besatzungsmacht in Japan (anders als in der BRD) gewollt hatte, ist dieses Verbot mit der Erwägung abgelehnt worden, daß die Gefahr nicht so groß sei, daß man ihr nicht durch Vorgehen gegen strafrechtlich in Erscheinung tretende Kommunisten begegnen könne, so daß man von der Kollektivstrafe Parteiverbot Abstand nahm. Es gab in der Folge nur wenige Gerichtsverfahren, seit 1971 überhaupt keine mehr, und erst recht keine Maßnahmen gegen »gewalttätig destruktive Organisationen«.

Das schon fast vergessene Gesetz ist nach dem Giftgasanschlag vom 20. März 1995, bei dem fünf Mitglieder der Endzeitsekte Aum Shinrikyo in der U-Bahn Tokios 13 Menschen töteten und Hunderte verletzten, wieder ins Bewußtsein getreten. Die japanische Politik hat allerdings entschieden, das auf politische Bestrebungen ausgerichtete Gesetz nicht auf religiös motivierte Organisationen anzuwenden, und erließ statt dessen ein neues Gesetz zur Kontrolle von Gruppierungen, die Akte wahllosen Massenmords verübt haben. Aufgrund der Anknüpfung an einen schwerwiegenden Straftatbestand kann diese Kontrolle nicht mit der VS-Überwachung in der BRD gleichgestellt werden, bei der als Eingriffsvoraussetzung bereits die Pflege falscher Ideologie genügt. »The actions that the Japanese government did not take are perhaps even more instructive than the actions taken. First, they did not outlaw or ban Aum. [...] members guilty of criminal acts were arrested, and the group as a whole fell under increased surveillance, but the group was not forced to disband. [...] the government did not pass general laws targeting all religious groups.« – »Die Maßnahmen, die die japanische Regierung nicht ergriff, sind vielleicht sprechender als die, die sie tatsächlich umsetzte. Zum einen wurde Aum nicht für verfassungswidrig erklärt oder verboten. [...] Mitglieder, die Straftaten begangen hatten, wurden verhaftet, und die Gruppe als Ganzes wurde unter verstärkte Beobachtung gestellt, aber nicht gezwungen, sich aufzulösen. [...] Die Regierung verabschiedete keine allgemeinen Gesetze gegen alle religiösen Gruppen.« (Grimm/Finke: *The Price of Freedom Denied*, 2010)



Man kann sich gut ausmalen, was sich in der BRD bei einem derartigen Anschlag einer Sektenorganisation zugetragen hätte. Was erklärt den Unterschied? Ausgangspunkt für die politische Freiheit in Japan ist die Erkenntnis: »Parties against the democratic constitutional order are not, as in West Germany, restricted« (Beer). »Im Gegensatz zur deutschen Staatsrechtslehre der Vorkriegszeit ist die japanische Staatsrechtslehre der Nachkriegszeit zu der zeitgenössischen deutschen Staatsrechtslehre vorläufig auf Distanz gegangen. Der Stein des Anstoßes war das Prinzip der streitbaren Demokratie. Die japanische Staatsrechtslehre hat den Hintergrund dieses Prinzips gut verstehen können. Sie hat trotzdem dieses Prinzip als Rechtfertigung dafür verstanden, dem Volk den vom Staat festgesetzten Wert aufzuzwingen und Druck auf das Gewissen der einzelnen auszuüben, und ist stolz darauf gewesen, daß die japanische Verfassung ein solches Problem nicht enthält und ein solches Prinzip nicht institutionalisiert. Unter diesem Gesichtspunkt wurde das Bundesverfassungsgericht betrachtet, es wurde sogar als der typische Ausdruck dieses Prinzips angesehen, zumal es mit der Befugnis zum Parteiverbot ausgestattet ist. Daß das Bundesverfassungsgericht in der Anfangsperiode seiner Tätigkeit zweimal diese Befugnis ausgeübt hat, hat die kritische Haltung der japanischen Staatsrechtslehre verstärkt« (Kuriki: »Über die Tätigkeit der Japanischen Forschungsgesellschaft für das deutsche Verfassungsrecht«, in: *Jahrbuch des öffentlichen Rechts* N.F., 2002). Dies macht deutlich, wo bei der Sicherung der politischen Freiheit in der BRD anzusetzen ist. ■

»Die Würde des Deutschen ist antastbar« – 10 Thesen zum Grundgesetz

von Thor v. Waldstein

1. Das Grundgesetz (GG) entstand 1948/49 nicht als frei gewählte Verfassung eines souveränen (west-)deutschen Staates, sondern als »Organisationsform einer Modalität der Fremdherrschaft« (Carlo Schmid). Den deutschen Abgesandten, die an den Beratungen im Konvent von Herrenchiemsee und im Parlamentarischen Rat teilnahmen, kam ganz überwiegend nur eine Statistenrolle zu; federführend waren tatsächlich die alliierten Besatzungsmächte, die die deutsche Verfassungsgebung nach ihren eigenen Vorstellungen ins Werk setzten: »We will be writing – and not the Germans – their constitution« (Lucius D. Clay).

2. Als Besatzungsdanaergeschenk dargeboten, entbehrte das Grundgesetz – ebenso wie die wenig später von russischen Marionetten in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) installierte DDR-Verfassung vom 7. Oktober 1949 – von Anfang an einer demokratischen Legitimation. Das wurde auch mit einem – heute kaum mehr denkbaren – Rest an politischer Ehrlichkeit durch den futuristischen Riegel des Art. 146 GG ausdrücklich bestätigt: »Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.« Zu einer solchen proaktiven Verfassungsdezision der Deutschen ist es indes zu keinem Zeitpunkt nach 1949, auch nicht im Zuge oder nach der Wiedervereinigung 1990, gekommen. Mangels einer verfassungsgebenden Versammlung oder hilfsweise eines Volksentscheids über die Frage, ob sich Deutschland eine selbstbestimmte Verfassung geben oder ob zumindest das juristische Dauerbehelfswerk Grundgesetz formaliter als Verfassung des deutschen Volkes anerkannt werden soll, hat sich an der fehlenden Legitimation des Grundgesetzes bis zum heutigen Tage nichts geändert.

3. Kennzeichnend für das Grundgesetz ist seine Volksfremdheit. Trotz seiner demokratisch anmutenden Wortwahl (z.B. Art. 20 Abs. 2 Satz 1: »Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus«) und trotz der Tatsache, daß das Volk auch sonst *de iure* häufig genannt wird, wirkt das Volk im Grundgesetz *de facto* »nur blaß und wie in einer Vitrine gezeichnet« (Werner Weber). In der Verfassungsrealität haben die politischen Parteien, die angeblich nur »bei der politischen Willensbildung des Volkes mit[wirken]« (Art. 21 Abs. 1 GG), dieses längst vollständig mediatisiert. Dazu paßt, daß das Grundgesetz von einem tiefen Mißtrauen gegen das Volk geprägt ist: Weder bei der Bestimmung des höchsten Repräsentanten (Wahl des Bundespräsidenten) noch in politischen Sachfragen (Volksabstimmungen auf Bundesebene analog des Schweizer Modells) ist der direkte, durch parlamentarische Verfremdungen ungebrochene Wille des Volkes gefragt.

4. Neben einer ausgeprägten Aversion vieler Deutscher gegen alles Politische hat nicht zuletzt diese plebiszitäre Machtlosigkeit des Volkes maßgeblich zu der Heranbildung einer Zuschauerdemokratie geführt. In dieser pilgert der Bürger, so er sich denn überhaupt an Wahlen beteiligt, alle paar Jahre zum Wahllokal, danach streift er aber sofort wieder den Mantel des Souveräns ab, um in seine flauschig ausstaffierte Rolle als konsumistischer Privatmensch zurückzufallen. Auf diese Weise wurde der zukunftsorientiert im Interesse des Gemeinwohls handelnde *citoyen* mehr und mehr verdrängt von dem Typus eines hedonistisch in den Tag lebenden *bourgeois*. Diese Umwandlung des Souveräns hat zu einem allgemeinen Verfall der *res publica* geführt. An ihre Stelle getreten ist eine »durch Utopien und Anarchismen verbiesterte Öffentlichkeit« (Ernst Forsthoff). Wer in einem solchen Klima der Verantwortungslosigkeit bekennt, sein (Wahl-)Verhalten nicht an den medial frisch aufgetischten Glühwürmchen-Themata der Gegenwart, sondern an dem Wohlergehen der kommenden Generationen auszurichten, gerät schnell in Gefahr, sich verdächtig oder lächerlich zu machen.

5. Da das Volk in unseren Tagen – im Gegensatz etwa zu den Geschehnissen in der DDR im Herbst 1989 – als Machtfaktor weitgehend marginalisiert ist, läuft das im Grundgesetz verbriefte Widerstandsrecht (Art. 20 Abs. 4) weitgehend ins Leere. Denn Widerstandsrecht ist – so ist auch der im Plural gehaltene Text des Grundgesetzes zu verstehen: »[…] haben alle Deutschen

das Recht zum Widerstand [...]« – vor allem anderen originäres Volksrecht. Und das Dogma der Volkssouveränität sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Parlamentarismus aus dem Widerstandsrecht kommt, daß das Parlament ursprünglich das Wort des Volkes gegenüber dem Staat sprach und ihn in seine Grenzen verwies, wenn er diese überschritt. Heute verkörpert das Parlament in rousseauistischer Engführung das souveräne Volk und damit den Staat *in nuce*. In dieser Deckungsgleichheit Volk = Staat liegt nicht zuletzt die Wehrlosigkeit des Volkes gegenüber staatlichen Willkürmaßnahmen begründet: »Das Volk als Volk ist gegenüber dem Volk als Staat ohne Stimme und Waffe« (Max Hildebert Boehm).

6. Woran es dieser Republik vor allem gebricht, ist eine *raison d'être,* die in die Zukunft weist. Weder innen- noch außenpolitisch sind Ziele erkennbar, die den Fortbestand des ersten Einzelmenschenagglomerats auf deutschem Boden sicherstellen könnten. Diese »staatsideologische Unterbilanz« (Ernst Forsthoff), die sich seit Ende des Kalten Krieges noch erheblich verschärft hat, geht zurück auf die universalistische DNS des Grundgesetzes, in der der Post-1945-Deutsche von den Wurzeln des Volkes ab- und auf weltbürgerliche Maßstäbe zugeschnitten wurde. Mittlerweile wird die in Art. 1 – im Lichte der NS-Exzesse – durchaus zu Recht aufgenommene Menschenwürdegarantie des Grundgesetzes dazu mißbraucht, migrationsaggressorische Humanexperimente zu rechtfertigen, in denen das verbliebene politische Tafelsilber der Deutschen (z.T. noch vorhandener Zusammenhalt des Volkes, vor allem auf dem Land, Leistungsfähigkeit des Bürgers, Reste einer funktionierenden Staatsorganisation in Verwaltung, Finanzen, Justiz- und Polizeiwesen etc.) rücksichtslos verschleudert wird. Dieser Menschheitsbeglückungswahn versinnbildlicht eine faktische BRD-Staatsräson, die sich verfassungsrechtlich in der Formel bündeln läßt: »Die Würde des Deutschen ist antastbar«. Oder umgekehrt und umständlicher, aber vielleicht präziser formuliert: »Die Würde des deutschen Menschen wird nur unter der Voraussetzung nicht angetastet, daß er aufgehört hat, sich als Glied des deutschen Volkes zu empfinden und als solches zusammen mit anderen Deutschen politisch zu handeln.«

7. Um die durch die Flucht aus der Nation entstandene, emotionale Leere der Bundesrepublik zu füllen, wurde schon Ende der 1970er Jahre das politikwissenschaftliche Konstrukt des sogenannten Verfassungspatriotismus aus der Taufe gehoben. Als eine Art Nationalismusersatz geschaffen, hat der Verfassungspatriotismus bereits die Wiedervereinigung mit den Nichtgrundgesetzdeutschen in der DDR überschattet. Wenn 1990 nicht zur Chiffre für einen nationalen Neuanfang, sondern eher für eine Fortführung kleinwestdeutscher Horizonte auf nun großwestdeutscher Landkarte wurde, dann deswegen, weil sich die BRD schon lange vor dem Mauerfall von Widerlagern im deutschen *ethnos* freigemacht hatte. Heute kommt dem Verfassungspatriotismus die Funktion zu, die Deutschen mit Hilfe der permanent beschworenen (westlichen) Werte, aber auch durch die ständig in Gang gehaltenen Gebetsmühlen des unheilsgeschichtlichen Grauens von der Sicherung der eigenen Existenz als Volk abzuhalten. Ausgelöst durch immer absurder werdende, moralinsaure Scheindebatten ist dadurch in der gelenkten Öffentlichkeit der Bundesrepublik ein regelrechter Verfassungsfetischismus entstanden, der die Substanz des Politischen nach und nach aufgelöst hat: »Ein Staat, der sich einer Verfassung ausliefert, ist so verloren, als wenn er sich einer privaten Moral unterwürfe« (Hans-Dietrich Sander).

8. Der derzeitige existenzbedrohende Status quo der Deutschen ist das Ergebnis einer mehr oder minder bruchlosen Niedergangsentwicklung seit 1945. Das anderslautende, von vielen Konservativen noch heute gepflegte Narrativ, die 1950er und 1960er Jahre seien die gute alte Zeit der Bundesrepublik gewesen, in die dann 1968 quasi über Nacht die bösen Linken eingebrochen seien, um das heile Kiesingerdeutschland kaputtzumachen, hat mit der historischen Realität wenig bis nichts zu tun. 1968 kam tatsächlich das zum Durchbruch, was 1945/49 politisch und verfassungsrechtlich in Trizonesien angerührt worden war: nämlich ein Staat ohne Volksbezug, ein Staat ohne geschichtliche Verortung, ein Staat ohne Souveränität, ein Staat ohne außenpolitische Handlungsfähigkeit. Anstatt 1968 diese ohnmächtige westdeutsche Existenz von nationalen Positionen her auf Substanz abzuklopfen, gefielen sich die 68er als nützliche Idioten der Westernisierung in der grotesken Manie, die wenigen verbliebenen deutschen Traditionen und Institutionen mit der marxistisch-antifaschistischen Abrißbirne endgültig zu schleifen. Nur wenige erkannten, worauf es wirklich ankam: Das politisch Wesentliche der 23 Jahre von 1945 bis 1968 war nämlich nicht die westdeutsche Schönwetterperiode mit Italienreise, Heinz-Erhardt-Filmen und Dr.-Oetker-Backpulver, sondern die von den Alliierten und ihren willfährigen westdeutschen *bambini americani* gesteuerte Inkubationsphase, in der die militärische Niederlage in die geistig-ethische Niederlage der Deutschen umgemünzt wurde (»Frankfurter Schule«). Und diese linksideologische Umpolung der Bundesrepublik wäre ohne das geistige Manna aus *god's own country* nicht denkbar gewesen. Wesentlich bleibt: Dem linken Marsch durch die Institutionen 1968ff. war die alliierte Kaperung deutscher Einrichtungen 1945ff. vorausgegangen. Es gibt somit ein geheimes Einverständnis zwischen »1945« und »1968«, oder wie es Clausewitz ausdrücken würde: 1968 war nie etwas anderes als die Fortsetzung von 1945 mit anderen Mitteln.

9. Eines der wichtigsten Machtzentren der Berliner Republik befindet sich in Karlsruhe. Dort residiert das Bundesverfassungsgericht, geographisch weit entfernt von Berlin gelegen,

um Unabhängigkeit gegenüber dem Hauptstadtgetriebe zu simulieren; mental und politisch steht das Gericht indes in Tuchfühlung zu der tonangebenden Klasse im Parteien- und Medienapparat. Es gibt in dem als architektonischer Verfremdungseffekt im Schloßgarten der badischen Großherzöge positionierten Gerichtsgebäude nichts, was nicht aus Berliner Holz geschnitzt wäre. Die nach dem jeweiligen Parteienproporz und häufig unter Verletzung des Gewaltenteilungsgrundsatzes installierten Richter des Bundesverfassungsgerichts stecken seit langem den metajuristischen Rahmen ab, in den die Entscheidungen der Exekutive eingebunden sind. Abgehoben vom Wortlaut des Grundgesetzes, nehmen allgemeine geisteswissenschaftliche oder zeitgeschichtliche, seit neuestem auch laienmeteorologische Erwägungen in den Urteilen des Gerichts einen immer breiteren Raum ein. Der Rechtsstaat ist dadurch zu einer »organisierte(n) Gesinnungs- und Erlebniseinheit« (Ernst Forsthoff) verkommen, in der politische Zielvorgaben mit verfassungsrechtlichem Flittergold kaschiert werden. Durch diese Juridifizierung des Politischen werden die legalitätshungrigen und gerichtshörigen Deutschen seit Jahrzehnten eingenordet. Eine solche, hinter der Fassade des Rechts ausgeübte, indirekte politische Herrschaft ist deswegen so fatal, weil sie – das wissen wir seit Machiavelli – zur Verantwortungslosigkeit erzieht und am Ende niemand mehr für die Folgen getroffener (Fehl-)Entscheidungen geradestehen will. Mit seinem ahistorischen und grundgesetzwidrigen Urteil zur angeblichen Verfassungswidrigkeit des ethnischen Volksbegriffs (Urteil v. 17. Januar 2017, Az.: 2 BvB 1/13) hat Karlsruhe – getreu den metapolitischen Einflüsterungen des herrschenden Medien- und Politkartells – dem deutschen *ethnos* den Krieg erklärt. Und mit seinem nachgerade abenteuerlichen sogenannten Klimabeschluß (Beschluß v. 24. März 2021, Az.: 1 BvR 2656/18 u.a.) kreiert das Bundesverfassungsgericht *ex nihilo* eine dem Grundgesetz unbekannte Verfassungsnorm, auf deren Grundlage die die deutsche Volkswirtschaft existentiell bedrohende grüne Klimaagenda durchdekliniert werden soll. Das ist mehr als ein »Skandal« (Dietrich Murswiek), das ist der kaum mehr verhüllte Machtanspruch einer neuen, aus dem pseudojuristischen Off heraus inthronisierten Karlsruher Republik.

10. Dem auf Geheiß der Alliierten 1951 errichteten Inlandsgeheimdienst (sogenannter Verfassungsschutz) kommt in diesem Karlsruher Machtgefüge die Rolle zu, die von den Roten Roben *ex cathedra* verkündete volksfeindliche Grundgesetz-Lesart nach unten durchzuexekutieren. Dazu werden Organisationen und/oder Einzelpersonen, die das Wohlergehen des deutschen Volkes in den Mittelpunkt ihrer politischen Anstrengungen stellen, planmäßig als faschistoid stigmatisiert und ihrer gesellschaftlichen Achtungsansprüche weitgehend beraubt. Damit entfällt gleichzeitig eine entscheidende Voraussetzung für die effektive Wahrnehmung von Grundrechten durch Oppositionelle. Denn niemand hört einem als »Nazi« gebrandmarkten Paria zu. Mit dem Kampfinstrument des sogenannten Verfassungsschutzberichts, »einer Art Demokratie-TÜV« (Jochen Lober), aber auch mit der willkürlichen medialen Verbreitung angeblicher Prüf- oder Beobachtungsfälle werden Parteien oder Vorfeldorganisationen einer gezielten politischen Verdächtigung ausgesetzt. Außerdem werden demokratisch nicht nur zulässige, sondern für eine funktionierende Demokratie essentielle Versuche Andersdenkender, den »Raum des Sagbaren« zu erweitern, von vorneherein in ein semikriminelles Zwielicht gestellt. Durch diese Feindmarkierungen einer immer skrupelloser in Szene gesetzten »Parteiverbotsdemokratie« (Josef Schüßlburner) ist in Deutschland ein alles vergiftendes Klima der Distanzeritis und des Denunziantentums entstanden, »in dem jeder zum Verfassungsfeind des anderen werden kann« (Günter Maschke). Die immer schneller mahlenden Mühlräder des Mißtrauens haben eine Leisetreterrepublik heranreifen lassen, in der schweigt, wer sozial nicht sterben will. Dieses gespenstische Angstschweigen über wesentliche Zukunftsfragen hat die freiheitliche Grundordnung schon lange in ein skurriles Neobiedermeier verwandelt, in dem u.a. die Freiheit der Meinungsäußerung, aber auch mehr und mehr die Freiheit der Wissenschaft zu Grundrechten herabgestuft wurden und werden, die nur noch auf dem Papier stehen. Offizielle, zur Benebelung der Ahnungslosen ausgegebene Verlautbarungen, »man lebe schließlich in einem freien Land«, lösen bei vielen Bürgern angesichts der orwellartigen Reallage in einer tief gespaltenen Nation nur noch schallendes Gelächter aus. ■

Literaturhinweise:

Ernst Forsthoff: »Die Umbildung des Verfassungsgesetzes«, in: Hans Barion, Ernst Forsthoff, Werner Weber (Hrsg.): *Festschrift für Carl Schmitt,* Berlin 1959, S. 35–62;

ders.: »Die Bundesrepublik Deutschland – Umrisse einer Realanalyse«, in: *Merkur* Nr. 151 (1960), S. 807–821;

ders.: »Verfassung und Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik«, in: *Merkur* Nr. 241 (1968), S. 401–414;

Jochen Lober: *Beschränkt souverän – Die Gründung der Bundesrepublik als »Weststaat« – alliierter Auftrag und deutsche Ausführung,* Lüdinghausen/Berlin 2020;

Werner Mäder: »›Karlsruhe‹ oder Täter in roter Robe«, in: *Fünfundzwanzigste ETAPPE,* Bonn 2020/2021, S. 90–106;

Dietrich Murswiek: *Die verfassungsgebende Gewalt nach dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland,* Berlin 1978;

Hans-Dietrich Sander: *Das Gastmahl des Leviathan,* Neustadt an der Orla 2021;

Josef Schüßlburner: *Demokratie-Sonderweg Bundesrepublik – Analyse der Herrschaftsordnung in Deutschland,* Künzell 2004;

Thor v. Waldstein: *Der Zauber des Eigenen – Volk und Nation in der deutschen Geistesgeschichte,* Lüdinghausen/Neuruppin 2021;

Werner Weber: *Spannungen und Kräfte im westdeutschen Verfassungssystem* (1951), Berlin [3]1970.

Was will eigentlich … Kevin Kühnert?

von Benedikt Kaiser

49 Jungsozialisten (Jusos) sind in den 20. Deutschen Bundestag eingezogen. Der prominenteste Vertreter dieses linken Blocks innerhalb der Sozialdemokratie hört auf den Namen Kevin Kühnert. Er führte die Jusos unumstritten von 2017 bis ins aktuelle Jahr hinein; seit 2019 ist der 1989 geborene Studienabbrecher aus West-Berlin überdies einer der stellvertretenden Vorsitzenden der Mutterpartei. Von Berlin-Schöneberg aus vertritt Kühnert, der stets kumpelhaft-juvenil wirken will, die Interessen des linken Parteiflügels – mit Erfolg.

Daß das Duo Norbert Walter-Borjans und Saskia Esken die kriselnde Sozialdemokratie übernehmen konnte, kann man auch auf Kühnerts entspannt wirkende, aber unnachgiebige Kärrnerarbeit im Umfeld des Willy-Brandt-Hauses zurückführen. Dies läßt sich nachvollziehen dank einer beispiellosen Werbekampagne, die der Norddeutsche Rundfunk (NDR) leistete. Eine TV-Dokumentation, verfügbar auf YouTube, bewirbt man wie folgt: »Für ihre sechsteilige Dokuserie haben die NDR Filmemacher*innen Katharina Schiele und Lucas Stratmann […] Kevin Kühnert drei Jahre lang mit der Kamera begleitet […]. Die bewußt gewählte Methode bei der Produktion war die strikte Beobachtung mit der Kamera, ›Direct Cinema‹ genannt. So sind intime Einblicke in das Innenleben einer lange strauchelnden Volkspartei und eines aufstrebenden Jungpolitikers entstanden.« Einblicke, über deren Verlauf und Umfang Kühnert, wie er einem Gesprächspartner preisgibt, ausschließlich selbst entscheiden durfte.

Ebendiese subjektive Selektivität macht die Besonderheit des Filmmaterials aus: Keine PR-Agentur und kein Juso-Medienbeauftragter hätten eine solche qualitativ hochwertige Propagandashow mit dieser Reichweite umsetzen können. So etwas gelingt spielerisch-seriös nur über Formate, die vom Beitragszahler gestützt werden. Nur an wenigen Stellen der Doku scheint die Hybris des Jungpolitikers durch: Etwa dann, wenn er fassungslos seinen nicht minder entsetzten Juso-Freunden berichtet, daß er angegangen worden sei. Schnell stellt sich heraus: Es handelte sich bei den als Übergriffen interpretierten Vorkommnissen um verbale Kritik an den politischen Forderungen Kühnerts durch einzelne Passanten. (Kaum auszudenken, wie hysterisch die gefühlsgeleitete Generation Kühnert mit tatsächlichen Diffamierungen oder gar Angriffen umgehen würde, von denen jeder halbwegs prominente Akteur rechts der Mitte Dutzende erlebt hat.)

Man realisiert bei Kühnerts Persönlichkeitsprofil ja an vielen Stellen: Widerspruch ist er gewohnt, aber eben nur im Rahmen des linken und allenfalls noch »mittigen« Konsensbogens; alles darüber hinaus ist in der Berliner Republik gar nicht vorgesehen – die kulturelle, mediale und schließlich auch politische Hegemonie des linken Lagers wirkt als Schutzpanzer für antifaschistische Gemüter. Apropos Antifaschismus: Kühnert scheint in dieser Szene keine Berührungsängste zu kennen. Der Antifa-Journalist »Sören Kohlhuber«, mit dem sogar der linke »Störungsmelder« von *Zeit Online* 2017 die Zusammenarbeit einstellte, plauderte auf seinem Blog im Dezember 2019 offen aus, daß er Kühnert mindestens seit 2007 (!) kenne: Kühnert habe ihm damals einen »aufblasbaren Riesenpenis in Regenbogenfarben« geschenkt: »Dieser fuhr, in Anlehnung an schwule TeBe-Fans, mit zu seiner ersten Auswärtsfahrt.« TeBe steht für den Sportverein Tennis Borussia aus dem Berliner Westend. Dessen Fußballsparte ist bekannt für ihre Antifa-durchsetzte Fanszene.

Bei so wenig Distanz zu Linksradikalen und entsprechenden politischen Standpunkten läßt sich erahnen, daß die bundesdeutsche Linke auf die 4,9-Prozent-Wahlpartei Die Linke verzichten könnte; mit den Jusos hat man eine viel wirkmächtigere Truppe im Reichstag. Sie dürfte künftig immer dann, wenn es nötig scheint, entsprechenden ideologischen Druck auf das bürgerlich-sozialdemokratische Feigenblatt Olaf Scholz ausüben. In Kooperation mit den ebenfalls von antideutschen Ressentiments geprägten Junggrünen und den opportunistisch-progressiven Jungliberalen läßt die vielerorts gefeierte »Verjüngung« des deutschen Parlamentsbetriebes nichts Gutes erahnen. ■

Wer war … Sebastian Kurz?

von Martin Lichtmesz

Das Ausmaß der Illusionen, das manche deutsche Konservative immer noch über Sebastian Kurz hegen, ist überaus erheiternd. »Was auch immer man Kurz noch zur Last legen wird«, schrieb etwa Norbert Bolz auf Twitter anläßlich des Rücktritts des österreichischen Bundeskanzlers, »er war der einzige moderne Konservative in der europäischen Politik.« Klaus Kelle nannte Kurz den »vorletzten Hoffnungsträger«, übrig bleibe nur noch Viktor Orbán als »Lichtgestalt für Menschen wie mich.«

Der Saubermannlack der »politischen Designerdroge für Bürgerlich-Konservative« (Martin Sellner über Kurz) hat nun etliche Kratzer abbekommen. Seinen Wahlsieg im Jahr 2017 verdankte er einer schlauen Aneignung des »FPÖ-Tickets«, indem er Themen wie »Österreichische Identität und Sicherheit« in ein salonfähiges Gewand kleidete. Das Magazin *Freilich* hat in der Studie »Die gelben Flecken der ÖVP« Aussagen von Kurz und anderen ÖVP-Politikern zu Themen wie Migration, Bevölkerungsaustausch und Islamisierung mit entsprechenden Stellungnahmen der Identitären Bewegung Österreich verglichen und dabei eine Vielzahl von verblüffenden Übereinstimmungen entdeckt. Dennoch – oder gerade deswegen – erreichte die Verfolgung der IBÖ unter der türkis-blauen Koalition ihren Höhepunkt.

Von einer echten innenpolitischen Wende war unter Kurz wenig zu spüren. »Sein ganz großes Anliegen war und ist die Karriere des Sebastian Kurz«, schrieb das konservative Urgestein Albert Pethö in seiner Flugschrift *Die weiße Rose* über den Kanzler, »ein politisches Projekt, das er mit großer Umtriebigkeit und Raffinesse verfolgt, unbelastet von weltanschaulichen Grundsätzen.« Kurz gehörte 2019 zu den treibenden Kräften, die im Zuge der »Ibiza-Affäre« darauf abzielten, nicht nur Vizekanzler Strache, sondern den gesamten blauen Koalitionspartner abzusägen. Anschließend holte er sich die international imagefreundlicheren Grünen ins Koalitionsboot, die sich als Gegenleistung für ihren Platz an der Sonne willfährig der Linie der Türkisen unterordneten. Im Mai 2019 schrieb ich auf »Sezession im Netz«: »Wo Strache immer noch ein B-Movie-Dilettant ist, ist Kurz inzwischen ein Vollprofi«, nämlich im Ausbau eines Mafianetzes, das sich auch dick in die Presse eingekauft hat. Wie recht Strache mit seiner Ibiza-Aussage »Journalisten sind die größten Huren« hatte, zeigte sich drastisch ab März 2020, als sich mit Regierungsgeldern üppig gefütterte Blätter wie die *Kronen Zeitung* oder *oe24* in Corona-*Prawdas* verwandelten, die Kurz als heroischen Führer durch die medial aufgebauschte Viruskrise feierten und die Maßnahmentyrannei seiner Regierung mit einem pseudopatriotischen Zuckerguß verschönerten.

Schließlich holte Kurz das Karma von Ibiza ein. Der »Ibiza-Untersuchungsausschuß« nahm Witterung Richtung Volkspartei auf. Im Februar 2021 erfolgte eine Razzia bei Finanzminister Gernot Blümel, im Oktober in der ÖVP-Parteizentrale. Der Sturz kam schließlich mit der Veröffentlichung von WhatsApp-Chats von einem beschlagnahmten Handy des selbsterklärten Kurz-»Prätorianers« Thomas Schmid, die tiefe Einblicke in den zynischen Umgangston der »Familie« um den Kanzler boten.

Kurz und seinem Umfeld wird nun vorgeworfen, Steuergelder zur Finanzierung von frisierten Umfragen verwendet zu haben. »Österreichs Bürger haben sich ihre eigene Desinformation finanziert«, formulierte treffend ein Kommentator in der *Wiener Zeitung*. Mit seinem Rücktritt, den er als selbstloses Opfer für das Vaterland hinstellte, konnte Kurz die Koalition gerade noch retten. Es zweifelt jedoch niemand daran, daß er immer noch als »Schattenkanzler« hinter Alexander Schallenberg steht. Am 6. November berichtete *oe24* über »Geheimreisen« von Kurz nach Dublin und in die USA und spekulierte: »Folgt statt Parlament nun Silicon-Valley-Job?«, denn immerhin sei er »bestens vernetzt« mit der »weltweiten Tech-Branche«. Vergessen wir auch nicht, daß Kurz 2018 die aus Ungarn vertriebenen Open Society Foundations des George Soros mit offenen Armen in Wien empfangen hat. Er war und ist ein Globalistenlakai im konservativen Anzug, und als solcher wird er gewiß wieder eine lukrative Beschäftigung finden. ■

Wissenschaftsautismus – Expertengläubigkeit

Ein Gespräch mit Marc Krecher

SEZESSION: Sehr geehrter Herr Dr. Krecher, Sie sind nicht nur Geologe, sondern haben auch einen Master of Science in Energiemanagement. Aus diesem doppelten Blickwinkel heraus haben Sie nun ein Buch mit dem Titel *Vom Klimawandel zu Corona* veröffentlicht. Was hat die Geologie zum Klimawandel zu sagen?

MARC KRECHER: Vor allem, daß er sich extrem zyklisch verhält und sehr stark von der Plattentektonik und vom solaren Einfluß auf die Erde abhängig ist. Je kürzer die Betrachtungszeiträume werden, um so mehr treten ozeanische, meteorologische, gravitative und andere Effekte hinzu. Die Sonne im Zusammenspiel mit dem Einfluß der kosmischen Strahlung ist dabei immer ein Faktor auf den unterschiedlichen zeitlichen und physikalischen Ebenen.

Obwohl viele Geologen das Dogma vom menschengemachten Klimawandel übernommen haben, relativieren doch etliche die Aussagen der Klimaforscher. In der Geologie arbeiten die Wissenschaftler mit einem ganz anderen Zeitgefühl. In den unfaßbar langen Zeiträumen geschehen Dinge quasi regelmäßig, die im Zeitraum einiger Generationen unvorstellbar sind. Das bringt eine gewisse Gelassenheit mit sich, die es erlaubt, die Aussagen von Klimawissenschaftlern in aller Ruhe zu analysieren, anstatt im Panikmodus der Masse mitzuschwingen. Ein Beispiel: Wenn Politiker und Klimawissenschaftler behaupten, die Inseln würden untergehen, weil der Meeresspiegel steigt, dann sage ich als Sedimentgeologe, daß das nicht geschehen wird. Denn der Meeresspiegel ist nur eine Komponente der Küstendynamik, und die ist seit dem mittleren Holozän nicht mehr dominant. In Wahrheit basieren die Aussagen auf numerischen Systemsimulationen, die den Globus im schmelzenden Eis versinken lassen, weil der CO_2-Gehalt der Atmosphäre stetig steigt und angeblich für die Wärme verantwortlich sei. Ich nenne das in meinem Buch einen »Wissenschaftsautismus«: Generationen von Wissenschaftlern sitzen in der Falle eines einfachen und zugleich politischen Parameters, während die wahren Prozesse viel zu komplex sind, um so einen Konsens zu generieren. Immer wenn es die Möglichkeit gibt, geologische Vorgänge und Daten im zeitlichen Detail zu untersuchen, zeigt sich, daß nicht das CO_2 der Hauptverantwortliche ist, sondern meistens der solare Einfluß. Letzterer wird entweder durch gravitativ-planetarische Prozesse gesteuert oder aber durch die internen solaren Prozesse selbst. CO_2 steuert auch, vor allem das Biomassewachstum. Auch das hat wieder Folgen für Klima und Leben.

SEZESSION: Wie ist das Dogma des menschengemachten Klimawandels entstanden?

MARC KRECHER: Diese Geschichte ist wirklich spannend: Ihre Ursprünge reichen Jahrhunderte zurück, in eine Zeit, als die Forscher noch dachten, alles setze sich aus Stoffen zusammen. Für die Verbrennung und die Wärmewirkung war lange das Phlogiston verantwortlich: ein mysteriöser Stoff. Als die These unterging, suchten sie den nächsten Stoff: CO_2. Mit der zunehmenden Bevölkerung, vor allem in den Industrialisierungszonen, kam zugleich die Angst vor Übervölkerung und Nahrungsknappheit auf. Der Schwede Svante Arrhenius verband beide Probleme: CO_2-Zunahme und Übervölkerung – allerdings im Positiven. Denn mit dem CO_2 konnte der Nahrungsknappheit durch das Biomassewachstum entgegengewirkt werden. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden Bevölkerungswachstum und Umweltzerstörung gekoppelt. Der Mensch wurde zunehmend gar als Krebszelle gesehen, die das Biosphärengewebe der Erde durch tumorartiges Wachstum gefährde. Der globale Temperaturanstieg, der die Erde aus der bitterkalten Episode der kleinen Eiszeit herausholte, wurde als Fieber beschrieben, welches die Erde als Lebewesen, als Super-Ökosystem, bedroht. All dies übersetzte sich in politische Maßnahmen und Forderungen, die nach und nach den anthropogenen Klimawandel zum Dogma verdichteten. Von der gleichzeitig massiv steigenden Sonnenaktivität, die bis 2010 auf höchstem Niveau anhielt und als die längste Aktivitätsperiode seit mindestens 8000 Jahren gilt, wurde und wird nicht gesprochen. Es ist verrückt: Die Aussage, daß nur das menschliche CO_2 schuld am Klimawandel hat, sagt ja zugleich, daß die Sonne überhaupt keine Bedeutung für das Klima hat. Wie

selbstentlarvend ist das eigentlich? Und heute? Heute werden Übervölkerung und Pandemien gekoppelt. Der Mensch verseucht quasi die Erde. Er sei selber wie ein Virus – aber das Fieber steigt bei weitem nicht so wie ursprünglich berechnet.

Sezession: Was verstehen wir unter Klima im Unterschied zum Wetter, wenn Sie schreiben, »das heutige Klima ist das weitgehend normale Klima der letzten 2000 Jahre«?

Marc Krecher: Je weiter wir zurückschauen, desto gröber wird das Besteck, mit dem sich ein vergangenes »Wetter« bestimmen ließe. Wir rutschen dann automatisch ins »Klima« hinein, eine statistische Größe, die eine Art durchschnittliches Wetter mit bestimmten Eigenschaften definiert. Die Meteorologie hat den Zeitraum dieser Größe auf 30 Jahre bestimmt. Aber um auch nur ein paar Jahrzehnte für die Zeit vor 1000 und mehr Jahren zu analysieren, bedarf es sehr guter Daten. Es gibt diese Daten, allerdings selten in der nötigen Dichte. In ihrer Genauigkeit sind die Ergebnisse daher sicher nicht mit ein paar Jahren im 21. Jahrhundert zu vergleichen.

Im arktischen Raum wurden Daten gesammelt, die Aussagen zum Klima der letzten 2000 Jahre zulassen. Er ist zugleich der Raum, in dem Sonnenaktivität und Klimawandel am stärksten wirken. Und dabei zeigt sich sehr deutlich, daß das historische, überwiegend natürlich-warme Niveau dem heutigen viel näher kommt als der Kälte der kleinen Eiszeit. Insbesondere in der römischen Kaiserzeit und zum Mittelalter hin gab es offenbar immer wieder sprunghafte Anstiege der Temperatur im arktischen Raum, die auch das heutige Niveau erreichten, vor allem wenn die Fehlergrenzen berücksichtigt werden. Die kleine Eiszeit hingegen zeigt sich als phasenweise, außergewöhnlich tiefe Temperaturdepressionen, die über mehrere Jahrhunderte zwischen ca. 1250 und 1850 aufgetreten sind. Diese Phasen korrelieren mit der niedrigsten solaren Modulation kosmischer Strahlen im Holozän. Da sind wir heute lange schon wieder raus – zum Glück.

Sezession: Vor diesem Hintergrund könnte man die klimapolitischen Maßnahmen auch als Klimahysterie beschreiben, und damit haben sie Anteil an dem, was wir unter dem Begriff »Angstpolitik« zusammenfassen. Waldsterben und Atom waren die Ängste der 1970er und 1980er Jahre. Heute sind es Klima und Corona. Ihr Buch beschäftigt sich unter anderem mit dem Zusammenhang zwischen diesen beiden großen Panikerzählungen unserer Tage.

Marc Krecher: Es läßt sich beobachten, daß Bürger einerseits gegen die Grundrechtseinschränkungen auf die Straße gehen und dafür als Coronaleugner diffamiert werden, zugleich diese selbst weiterhin fest an den anthropogenen Klimawandel glauben und sodann die Kritiker auch wieder als Klimaleugner bezeichnen. Dabei zeigt schon das ganze System der Herabwürdigungen, daß wir es hier mit verwandten politischen Themen zu tun haben.

Es gibt eindeutige und wiederkehrende gesellschaftliche Kommunikationsmuster, wenn man die Phänomene »Großes Waldsterben«, »Klimawandel« und »Corona« miteinander vergleicht. Beim Großen Waldsterben der 1970er und 1980er Jahre wurde vom »ökologischen Holocaust« gesprochen. Wer das ökologisch in Abrede gestellt hätte, wäre sprachlich verdammt nahe am Holocaustleugner gewesen. Das hat man damals lieber sein gelassen. »Klimaleugner« ist mittlerweile ein fest etablierter Begriff der deutschen Sprache geworden. Und nun kommt »Coronaleugner« hinzu. Mit dem Begriff Leugner wird ja dem Kritiker nicht die Kritik vorgeworfen, sondern eine Lüge unterstellt. Und gegen diese Lüge wird eine Autorität aufgeboten, die als »die« Wissenschaft benannt wird. Soll heißen: Wir wissen genug, »science is settled«, da gibt es nichts mehr zu kritisieren. Wir kennen das auch aus dem Mittelalter: »Extra ecclesiam nulla salus!« wurde damals dem Ketzer geantwortet. Und wie bereits vor Hunderten von Jahren spielt die Schuld des Menschen in allen drei Themenkomplexen erneut eine große Rolle: Die Extravaganz des einzelnen und der »Undisziplinierten« ist ja schon immer ein Dorn im Auge der Macht gewesen.

Ein anderes Muster ist die Expertengläubigkeit. Es ist ja fast schon belustigend, wie aus ein paar wenigen medialen Experten immer gleich »die« Wissenschaft gemacht wird. Von Herrn Drosten wurde lange Zeit in der Mehrzahl gesprochen. Beim Großen Waldsterben gab es damals auch einen Drosten: der hieß Bernhard Ulrich. Und für den Klimawandel ist Herr Schellnhuber der Fachmann. Stets wurde und wird mit Apokalypse gedroht: Nur die sofortige Umkehr könne sie abwenden, »denn stirbt der Wald, dann stirbt der Mensch«. Selbstverbrennung, abbremsender Golfstrom, Millionen von Coronatoten – epidemiologische »Kernschmelze« ist das Wort für das Schreckensszenario unserer Tage, es steht so im Dokument des Innenministeriums. Vor 40 Jahren war es der »plötzliche Waldtod«, der schleichend daherkam. Parallelen zum plötzlichen Kindstod waren rein zufällig. Der Tod kam übrigens nie.

Alle drei großen Zeitphänomene sollten und sollen ihre Grundlage außerdem in der »exponentiellen« Vermehrung des Menschen haben. Der sei wie ein Tumor, der das Biogewebe zerstöre – solche misanthropen Phrasen finden sich zuhauf in der wissenschaftlichen Literatur. Und so erklärt sich ein anderes gemeinsames Muster, in dem Computersimulationen mit Variablen, Szenarien und Mastergleichungen immer wieder exponentielle Gefahrenverläufe produzieren und damit den Menschen vor sich selbst erschrecken lassen. Es war der Club of Rome, der damals in den 1970ern über Systemsimulationen zum erstenmal öffentlich die Angst vor der Umweltzerstörung durch den Menschen verbreitet hat. Aber geht es wirklich um den Menschen? Ging und geht es nicht jedesmal vielmehr um diejenigen,

welche die Freiheit des Individuums hervorheben, anstatt sich dem Kollektiv eines holistischen Weltbildes zu unterwerfen?

Sezession: **Aber war und ist an den Gefahrenlagen nicht doch etwas real? Ist die schiere Masse Mensch nicht doch der große Auslauger, der Vernutzer, sozusagen der überfüllte Stall? Lassen sich Gefahren nicht doch ganz konkret messen, mit empirischer Evidenz belegen und zudem eigenen Auges beobachten?**

Marc Krecher: In meinem Buch gehe ich ja detailliert auf diese Frage ein. Es gibt zu viele Beispiele gerade der empirischen Evidenz, die zeigen, daß dieses Bild so nicht richtig sein kann. Ich glaube auch: Wenn dem so wäre, dann müßte »die« Wissenschaft nicht ständig exponentiell verlaufende Gefahren vorausberechnen. Der Mensch würde selber die nötigen Schritte einleiten, ganz ohne sich jeden Abend einen Lauterbach hinter die Binde zu kippen. Vielmehr lassen wir uns von Systemsimulationen und Horrorbildern treiben, um sodann das Vorsorgeprinzip zu bemühen. Vorsorge vor dem, was angeblich kommt. Nicht aber vor dem, was schon da ist, denn das läßt sich meistens gar nicht belegen. Das ist politische Machtausübung in seiner perfidesten Form: nämlich durch die Verbreitung von Angst.

Sezession: **In den langen Zeiträumen, in denen der Menschheit keine fossilen Brennstoffe zur Verfügung standen, waren die Gesellschaftsstrukturen verhältnismäßig stabil, was den Umwelthistoriker Rolf Peter Sieferle zu der Vermutung veranlaßte, »daß auf der Basis des Gebrauchs fossiler Energieträger prinzipiell keine Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur möglich ist, die sich längerfristig stationär reproduzieren ließe.« Mit anderen Worten: Was ist schlecht am Vorsorgeprinzip, ohne das es der Mensch doch nie geschafft hätte, seßhaft zu werden?**

Marc Krecher: Wie oft mußten ganze Völkerschaften alleine im Mittelalter auf Wanderung gehen, auch ohne fossile Brennstoffe? Die historische Grundlage der Aussage von Rolf Peter Sieferle müßte man sich daher vielleicht noch mal genauer anschauen. Zumal in vorindustriellen Zeiten maximal nur ein Achtel der heutigen Bevölkerungzahl auf dem Planeten gelebt hat. Und dafür, daß der Mensch sich so vermehren konnte, scheint der störende Einfluß auf die Reproduktion nicht sehr groß gewesen zu sein. Längerfristig stationär waren auch die ganz frühen Gesellschaften nicht wirklich, wenn ich daran denke, daß diese kleinen Stämme regelmäßig nach gut 30 Jahren ihre Waldsiedlung aufgeben mußten, um neuen Wald zu finden – der Wettbewerb um die besten Plätze lief vermutlich nicht immer friedlich ab. Am Ende des Mittelalters, bis zum Vorabend der Industrialisierung, war der Wald jedenfalls kahlgeschlagen: das wirklich große Waldsterben! Dank Kohle, Zement und Stahl konnte bei uns der Wald auf breiter Flur wieder wachsen – auch irgendwie eine Form der Vorsorge. Und zwar durch Entwicklung und Fortschritt. Es ist ja nicht das Vorsorge-»Prinzip«, was hier stört, es ist die Gefahr der willkürlichen Machtausübung durch eine dominante Logik, die den Menschen zur Krebszelle stilisiert. Und diese Logik nutzt eine wenig durchschaubare Systemdynamik, aus der heraus düstere Zukunftsszenarien einer politischen Viabilität dienen, die das Individuum einer Art Schutzkollektiv unterwirft.

Sezession: **Kommen wir zurück zu Corona und zu der Frage, ob es neben den Gemeinsamkeiten nicht auch Unterschiede zwischen Corona und den Hysterien der vergangenen Jahrzehnte gibt. Denn immerhin scheinen sowohl die Angst vor dem Waldsterben als auch die vor dem Atomtod die Gesellschaft nicht in den Grundfesten erschüttert zu haben.**

Marc Krecher: Die Hysteriekurve ist ja mit der Zeit langsam und in Stufen angestiegen, erst heute zeigt sie einen steilen Verlauf. Corona besitzt daher in der Tat eine Besonderheit. Die Krise zerstört für alle vernehmbar fundamentale Strukturen: nämlich die tragenden und seit Jahrzehnten etablierten Rechtsstrukturen einer freiheitlichen demokratischen Gesellschaft. Mit dem Infektionsschutzgesetz ist das Grundgesetz jetzt schon »grundlos« geworden. Corona ist gerade dabei, Wirtschaftsstrukturen, Kommunikationsstrukturen, Finanzstrukturen und manches mehr an den Rand des Chaos zu bringen. Denn nur von dort läßt sich ein gestandenes System transformieren. Aber Corona hat das nicht begonnen oder ausgelöst. Es ist vielmehr das Dogma des anthropogenen Klimawandels, welches in Deutschland seit 2011 die Grundlage für die »Große Transformation« ist, von der manche immer noch glauben mögen, daß es sich nur um eine Energietransformation handelt. Das wäre aber leider sehr naiv. Mit Corona ist Europa dabei, diese ökosozialistische Transformation von einer gleitenden und zuweilen disruptiven Phase in eine destruktive Phase hinüberzuleiten, in der Platz gemacht wird für den autoritären Staat, nicht selten verharmlosend als »partizipative Demokratie« bezeichnet. Frau Merkel selbst hatte im Januar 2020 mit ihrer Rede in Davos den Weg vorgegeben. Das Virus mag zufällig dahergekommen sein, aber seine Beförderung zum angeblichen Killer ist vor dem Hintergrund der Großen Transformation kein Zufall.

Sezession: **In Ihrem Buch positionieren Sie sich, auch unter Bezugnahme auf Hayek, recht eindeutig gegen den Konservatismus, der die Gemeinschaft gegenüber dem Individuum zu sehr betone und der menschlichen Kreativität mißtraue. Was verstehen Sie unter Freiheit, gibt es Grenzen, die der Mensch anerkennen muß?**

Marc Krecher: Um dabei auf Sieferle zurückzukommen: Ich persönlich sehe in der Freiheit des Individuums den einzigen Weg echter Stabilität.

Das ist aber nicht eine Freiheit, die sich aus der Unterwerfung unter die sittliche Gesamtkörperschaft und deren *volonté générale* ergibt. Es ist vielmehr – und hier bin ich sehr von Henri Bergson beeinflußt – die schöpferische Freiheit des Menschen, die dessen Ganzheit in die des Staates inkludiert. Die Produkte seiner Intelligenz sind darin Teil dieser partikularen Ganzheit, aus der sich viel mehr als nur Produkte und Eigentum ergeben. Bergson sprach von der »Spitze der gesamten Persönlichkeit«, die sich in die Zukunft einbohrt und diese ohne Unterlaß eröffnet. Darin bestehe das freie Leben und Handeln. Konservatismus und Sozialismus führen den Menschen hingegen an der Leine und erschaffen zusammen mit einer entgrenzten Systemdynamik erneut eine positive Wissenschaft im Sinne einer mechanistischen Konzeption, ein Fichtesches Uhrwerk als Staat.

Die Grenzen der schöpferischen Freiheit ergeben sich aus dem Respekt vor dem Nächsten. Der Staat und sein territoriales Rechtssystem haben die Aufgabe, diesen Respekt zu sichern, gleichzeitig alles dafür zu tun, Freiheit und Fortschritt zu ermöglichen. Und zwar im Hier und Jetzt. Die Definition von »Respekt« wird hingegen immer ein Dilemma unabhängig von der Staatsform bleiben. Es ist quasi eine dauerhafte Aufgabe der Gesellschaften, dieses Dilemma in Frieden und Freiheit zu lösen.

Sezession: Sie blicken optimistisch in die Zukunft. Die pessimistischen Vorhersagen seien nicht eingetroffen, der Menschheit gehe es besser als jemals zuvor. Ist das nicht eine etwas einseitige Bewertung, die nur unter dem Maßstab einer völlig von den nichtmateriellen Lebensbedingungen absehenden Betrachtungsweise aufgeht?

Marc Krecher: Nein, gerade nicht. Denn die Entwicklung seit der Industrialisierung hat ja nicht nur materiellen Wohlstand für immer mehr Menschen geschaffen. Sie hat auch die Möglichkeiten für die nichtmateriellen Lebensbedürfnisse vergrößert. Der Zugang zu Wissen, zu Kommunikation, zu individueller Selbstentfaltung und zum Abbau sozialer Schranken, genauso wie zu Hygiene, zu Medizin und zu besseren Nahrungsmitteln und anderem. Überall auf der Welt haben sich die Länder auf den Weg gemacht. Afrika hinkt hinterher, ist aber auch auf dem Sprung zu einer besseren Welt. Nicht daß ich vor den immer noch ausreichend großen Problemen die Augen verschließen will. Aber ich bin der Ansicht, daß viele Probleme gerade in der Unfreiheit konservativer und kollektiver Strukturen mitbegründet sind. Genauso aber auch in der politischen Verhinderung schöpferischer Freiheit selbst in hochentwickelten Staaten. Für ersteres steht in meinen Augen der Islam, der es seit nunmehr 700 Jahren nicht geschafft hat, sich philosophisch wieder auf die Grundlage offener Gesellschaften zu stellen. Vor dem 13. Jahrhundert war das, relativ betrachtet, durchaus der Fall. Viele Probleme des Nahen Ostens und sonstiger islamischer Länder haben ihren tiefen Grund im traditionalistischen Prinzip. Alte historische Ereignisse wie die Fitna bestimmen noch heute die mörderischen Verhältnisse zwischen Schiiten und Sunniten. Das schafft globale Probleme, zum Beispiel durch Migration und natürlich durch Krieg. Aber auch bei uns werden Freiheit und echter Fortschritt zunehmend eingeschränkt oder behindert. Zum Beispiel dadurch, daß das breitgefächerte Wissen durch unzulängliche Medienstrukturen bei der Masse auf der Strecke bleibt, wenn sich Regierungen nur noch auf apokalyptische Klimavisionen und deren Abwendung konzentrieren. Anstatt Milliarden in den freien Zugang zu breit angelegtem Wissen zu investieren, werden diese Gelder in einseitige politische Vorgaben für Energietechnologien versenkt. Das



Marc Krecher: Vom Klimawandel zu Corona. Mit System in die Unfreiheit

304 S., geb., 27 €

Erhältlich bei antaios.de

Schicksal des Planeten soll gar davon abhängen: kleiner geht's nicht. Vor dem Hintergrund einer regelrechten Datenexplosion bei gleichzeitiger Zunahme komplexer Systemprozesse in Wissenschaft und Technik ist es unbedingt erforderlich, den Vorstellungsraum von Wissen bei der breiten Bevölkerung massiv zu erweitern. Hier braucht es grundlegende Reformen und neue Visionen für die Zukunft, weil sich sonst eine weitere Gefahr ergibt, die heute mehr denn je sichtbar wird: globalistische Strukturen, deren Kybernetik zunehmend aus nichtlegitimierten Finanz- und Interessensnetzwerken heraus erfolgt. In der Mitte dieser Netzwerke sitzen regelrechte Oligarchen, die sich künstliche, selbsterhaltende Märkte – zum Beispiel für Impfstoffe – schaffen und mittlerweile große Teile der Staatsorganisation unter ihre Geschäftsinteressen und Weltvisionen zwingen. Mit Angebot und Nachfrage hat das wenig zu tun, sondern eher mit Zwangsbeglückung. Den Bürgerinteressen muß es aber immer möglich sein, sich dagegen zur Wehr zu setzen oder mitreden zu können. Aber da müssen wir erst einmal wieder hinkommen. ■

Wokismus oder: im Lande Calvins und Walt Disneys

von François Bousquet

Seit 2013, der Geburtsstunde der Bewegung Black Lives Matter (BLM), wird Amerika von den Fieberschüben einer neuen Prohibition erschüttert. Nichts scheint sie aufhalten zu können, weder groteske Auswüchse noch Lächerlichkeit. Unter der Fuchtel der Minderheiten hat sich der »Wokismus« herausgebildet. Er zwingt uns dazu, den vielschichtigen Gegensatz zwischen Priester und Narr neu zu überdenken. Denn hier ist der Narr zum Priester geworden: Er hat Narrenschellen an die päpstliche Tiara gehängt und die Herrschaft über die Menschen an sich gerafft.

Die Krawalle 2014 in Ferguson, im Staat Missouri, waren der Auftakt zu diesem riesigen Mummenschanz. Seit dieser Zeit hat man den Eindruck, sich inmitten eines mittelalterlichen Narrenfestes zu befinden, nur daß hier die Umstürzung der Werte das ganze Jahr über betrieben wird und nicht bloß beim Rutsch ins neue Jahr. Alterslose asiatische Amerikaner, die noch den Maoismus kennengelernt haben, glauben sich zurückversetzt in die wahnsinnige Zeit der Kulturrevolution. Das einzige, was anders ist: Es gibt nicht mehr die Standgerichte, die Verbannungen in die Reisfelder, die Kannibalismusszenen. Dieses Stadium haben wir überwunden. Hinter Euphemismen versteckt, ist die Gewalt jetzt in erster Linie rhetorisch, aber die Beweggründe bleiben nichtsdestoweniger dieselben. Es ist der gleiche Terror, die gleiche viktimistische Geisteshaltung, der gleiche bilderstürmerische Furor, der gleiche karnevalistische Rollentausch, der gleiche rachlüsterne Grimm. »Zerschlagt die vier Alten!« soufflierte Jiang Qing, Mao Tse-tungs letzte Ehefrau (die alten Denkweisen, die alte Kultur, die alten Sitten, die alten Gewohnheiten). Woraufhin die Rotgardisten im Chor echoten: »Tod den fünf schwarzen Kategorien!« (von den Grundbesitzern bis zu den rechten Elementen). Ab jetzt gilt: Immer druff auf die Weißen!

Peking 1966, Evergreen 2017 – benannt nach einer Universität im US-Bundesstaat Washington, einem dieser Tempel des inklusiven Progressismus, in dem es im Frühjahr 2017 zu einer Studentenrevolte kam. Ein YouTuber hat die Szenen festgehalten. Die Studenten ähnelten da alle irgendwelchen Zombies aus einem billigen Horrorfilm, einer Art *Scream* der Linksradikalen, einem *teen movie* koproduziert von Netflix und Mao Tse-tung. Alle gleichermaßen häßlich, wie in unförmige Müllsäcke gekleidet, lasen sie den Professoren die Leviten. Es wurde verboten, das Wort an einen schwarzen Studenten zu richten und dabei die Stimme zu heben, ihm dabei in die Augen zu schauen, dabei mit den Händen zu gestikulieren! Die unglücklichen Universitätsgrößen, die nicht zu Kreuze krochen, wurden sofort verstoßen. Der Woke-Wahn im Reinzustand.

Was ist Wokismus? Woke sein heißt, »erwacht« zu sein. Der Begriff kam innerhalb der afroamerikanischen Community auf. Woke ist, wer sieht – und zwar in dem vom Evangelium suggerierten Wortsinn: »Ihr habt Augen, und sehet nicht«. Was sieht der Woke, was uns entgeht? Daß es Rassen gibt, daß es die Schwarzen, die Gelben gibt und über allen die Weißen, die eine Welt nach ihren eigenen Bedürfnissen errichtet haben. Mit Black Lives Matter hat das Phänomen solche Ausmaße angenommen, daß man begonnen hat, vom »Great Awokening« zu sprechen in Anspielung auf das Great Awakening, die großen religiösen Erweckungsbewegungen, die seit dem 18. Jahrhundert in regelmäßigen Schüben Amerika erschüttern. Nur daß diesmal das WASP-Amerika das Ziel der Angriffe ist und nach allen Regeln der Kunst einer *damnatio memoriae* unterworfen wird, d.h. der alten römischen Praxis, die Spuren der störenden Leichen zu beseitigen – zu »canceln« (damals schon).

In einer von Fondapol veröffentlichten, sehr differenzierten Studie, *Die Woke-Ideologie. Anatomie des Wokismus,* hat ihr junger Verfasser Pierre Valentin eine Genealogie dieses Phänomens aufgestellt: marxistisch, dann postmarxistisch; modernistisch, dann postmodernistisch; ohne dabei die allgegenwärtige religiöse Dimension unter den Teppich zu kehren. Bestätigt wird dies auch von Professor Joseph Bottum, Autor des Buches *An Anxious Age. The Post-Protestant Ethic and the Spirit of America* (2014), dem es gelingt, den Wokismus als einen Post-Protestantismus zu definieren. Historisch gesehen interessierte sich der Protestantismus kaum für politische Belange, aber als er vor gut fünfzig Jahren an Terrain zu verlieren begann, vor allem bei den Liberalen, besetzte er das politische Feld,

indem er sich auf sozial marginalisierte Gruppen konzentrierte.

In einem US-amerikanischen Klassiker hat der Politologe Thomas Sowell diese Bewegung als die »Suche nach kosmischer Gerechtigkeit« charakterisiert. Dieser Ausdruck, etwas befremdlich für einen Europäer, ist jedoch sehr hilfreich, wenn wir die im Wokismus sich manifestierende Entgleisung des Ideals der »sozialen Gerechtigkeit« verstehen wollen. Statt zu verlangen, daß die Regeln für alle gleich seien (Gerechtigkeit im klassischen Sinne des Wortes), wollen die Woken, daß für einen jeden eigene Regeln gelten sollen, da dies die einzige Art sei, die strukturellen Ungleichheiten zu korrigieren: positive Diskriminierung für die einen, negative für die anderen.



Wir befinden uns damit mitten in der kalvinistischen Lehre von der doppelten Prädestination: Es gibt einerseits die Erwählten, andererseits die Verdammten, letztere ohne Möglichkeit der Erlösung. Hienieden ist alles Schändlichkeit, Rassismus, Ungerechtigkeit. Der weiße Dämon ist einfach überall. Diese religiöse Interpretation des Wokismus stimmt mit jener von Joshua Mitchell überein (*American Awakening. Identity Politics and Other Afflictions of Our Time,* 2020). Mitchell hebt einen Punkt besonders hervor: Das schwerwiegendste Problem, welches das Christentum lösen muß, ist nicht so sehr das Problem des Todes als vielmehr das Problem der Sünde. Wer aber Sünde sagt, meint Schuld, Geständnis, Prozeß, Buße, Wokismus.

Pierre Valentin verweist auch auf die Arbeiten von Bradley Campbell und Jason Manning, die in ihrem Gemeinschaftswerk *The Rise of Victimhood Culture. Microaggressions, Safe Spaces, and the New Culture Wars* (2018) gezeigt haben, wie die Gesellschaften sich aus einer Kultur der Ehre in eine Kultur der Würde und danach in eine Kultur der Viktimisierung verwandelt haben. Diese auf der Viktimisierung aufbauende Kultur erklärt die Hyperempfindlichkeit der Woken für Mikroaggressionen. Unterm Mikroskop bekommen Mikroaggressionen enorme Ausmaße. Diese Viktimisierungskultur bedarf zu ihrer Entfaltung einer Reihe von Vorbedingungen: allen zugängliche soziale Netzwerke, die von einer willfährigen und mit Entscheidungsgewalt ausgestatteten Bürokratie unterstützt werden; eine Schwächung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, so daß die Gemeinschaft die »Opfer« nicht mehr aufzufangen vermag, was wiederum zur Notwendigkeit eines administrativen Organs führt, dem in letzter Instanz die richterliche Gewalt zukommt; ein Auseinanderklaffen von Opferhaltung und sozialer Realität der Opfer, die den wohlhabendsten sozialen Schichten angehören und an der Universität, da sie in ihrer Kindheit überbehütet waren, einen Schutzraum suchen, der ihnen die »emotionale Sicherheit« garantieren soll; eine große ethnische Diversität, die letztlich ein Hinweis darauf ist, daß reale Ungleichheiten nur noch in Resten vorhanden sind, womit das Tocquevillesche Paradoxon veranschaulicht wird: »Je geringer die reale Diskriminierung, desto vehementer die Proteste gegen die bloß in Rückständen vorhandenen oder illusorischen Diskriminierungen« (Valentin).

Eines der vollständigsten Bücher zur Genealogie des Wokismus ist jenes von Helen Pluckrose und James Lindsay – denen wir auch die zwanzig Hoax-Artikel verdanken, darunter eine Fake-Studie über die »Vergewaltigungskultur bei Hunden in Hundeparks«, die 2018 im Wissenschaftsjournalismus für einen Eklat sorgten. Besagtes Buch heißt nun *Cynical Theories* (2020). Die Autoren nehmen im Wokismus den Postmodernismus in Aktion unter die Lupe, welcher die großen christlichen Leitmotive (Erbsünde, öffentliche Beichte) reproduziert, wobei er letztere ins mentale Universum des Dekonstruktivismus verpflanzt, d. h. ins Universum eines Wissens, das nie objektiv, nie wissenschaftlich, aber immer parteiisch, immer einem Diskursregime dienstbar ist.

Von einer anderen Warte aus sieht der äußerst geistreiche kanadische Professor Eric Kaufmann im Wokismus das Erbe des von ihm nicht ohne Grund so genannten liberalen Fundamentalismus. Seiner Ansicht nach sind die Wurzeln des Wokismus weit eher im Liberalismus als im Sozialismus zu suchen. Der Sozialismus interessierte sich für Massen, nicht für Minderheiten. Die Sensibilisierung für Minderheiten ist eines der Kennzeichen des politischen Liberalismus. Sie bringt die Liberalen dazu, einen für alle – außer für die Weißen – offenen »asymmetrischen Multikulturalismus« zu fördern, der gerade deshalb so virulent ist, weil es zu seiner Regulierung überhaupt keine höchstinstanzliche Autorität gibt, weder eine politische noch eine theologische – dies ein weiteres protestantisches Merkmal. Im Gegenteil: Man beobachtet – der Wettbewerb bringt es nun mal mit sich! – einen Effekt gegenseitiger Überbietung und Radikalisierung.

Doch niemand kann Nietzsche das Wasser reichen. Legt man an den Wokismus die Elle des Autors der *Genealogie der Moral* an, ist das Ergebnis vernichtend. Der Wokismus entpuppt sich als der Rachedurst der niedrigsten Elemente: der Tschandalas, der Kastenlosen. Niemand ist gnadenloser als sie – und immer findet sich einer, der ihre jahrhundertealte schwarze Rache ausführt. ■

Dieser Beitrag erschien zuerst in der Zeitschrift Éléments, *Nr. 192. Die Übersetzung der hier gekürzt abgedruckten Fassung besorgte Christa Nitsch.*

Die Entdeckung des Kronprinzen

von Erik Lehnert

Als Hitler am 30. Juni 1934 neben seinen parteiinternen Konkurrenten auch seine konservativen Kritiker zum Abschuß freigab, versäumte er es nicht, dem ehemals regierenden Haus der Hohenzollern einen Warnschuß zu verpassen. Kronprinz Wilhelm (1882–1951) selbst hielt sich nicht in Potsdam auf, sondern hatte sich an einen unbekannten Ort nach Schlesien begeben. Für seinen Bruder August Wilhelm, der von allen Hohenzollern die NS-Bewegung am bedingungslosesten unterstützt hatte, ging es ebenfalls glimpflich ab. Göring stellte ihn unter Hausarrest. Wen es ungleich schwerer traf, war der Berater und Stabschef des Kronprinzen, Louis Müldner von Mülnheim. Er kam zwar mit dem Leben davon, wurde aber nach seiner Verhaftung am 1. Juli drei Wochen im Gefängnis eingesperrt und mißhandelt. Sowohl der Kaiser als auch der Kronprinz waren davon überzeugt, daß dies eine Warnung an ihre Adresse war.

Wie ist es angesichts dieser Umstände, zu denen auch die Ermordung des Ex-Kanzlers Kurt von Schleicher gehört, zu bewerten, wenn Wilhelm dem »Führer« am 15. Juli seine »vorbehaltlose Treue […] für alle Zukunft« versicherte? Handelte es sich um das Schreiben eines Privatmannes, der nur für sich selbst verantwortlich war, wäre »charakterlos« vermutlich das naheliegende Urteil. Der gegenwärtigen Debatte um den Kronprinzen liegt jedoch die Annahme zugrunde, daß wir es bei ihm nicht mit einem Privatmann zu tun haben, sondern mit einer Symbolfigur der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Der Kronprinz verzichtete zwar am 1. Dezember 1918 »auf alle Rechte an der Krone Preußens und an der Kaiserkrone« und war damit de facto ein Privatmann, er spielte aber vor allem in den Jahren zwischen 1930 und 1934 eine politische Rolle, um deren Bewertung heute heftig gestritten wird. Die Heftigkeit des Streits hat seine Ursache nicht nur in den für Deutschland so entscheidenden Jahren, sondern auch in einem ganz handfesten Interessenkonflikt zwischen dem Haus Hohenzollern und den Ländern Brandenburg und Berlin.

Dabei geht es um das Eigentum der Hohenzollern, das nach 1945 von den sowjetischen Besatzern enteignet wurde. Diese Enteignungen waren, im Gegensatz zu denen aus DDR-Zeiten, von Entschädigungsregelungen nach 1990 ausgenommen. Daher scheiterte ein erster Versuch auf Rückerstattung, den die Hohenzollern 1991 unternahmen. 1994 wurde das Ausgleichsleistungsgesetz erlassen, das in bestimmten Fällen Ausgleichszahlungen und die Rückgabe beweglicher Güter vorsah. Seitdem fanden informelle Verhandlungen zwischen dem heutigen Chef des Hauses, Georg Friedrich von Preußen, und den Ländern Brandenburg und Berlin sowie dem Bund statt. Konkret geht es um zahlreiche Kunstschätze, die sich heute in öffentlichen Museen befinden. Da man sich, im Gegensatz beispielsweise zum Haus Wettin, das mit dem Land Sachsen einen entsprechenden Vertrag schloß, in dem gesetzlich vorgesehenen Zeitraum nicht einigen konnte, begannen 2014 die juristischen Auseinandersetzungen. Von besonderer Bedeutung ist dabei eine Bestimmung des Ausgleichsleistungsgesetzes, nach dem keine Ansprüche hat, wer dem nationalsozialistischen System »erheblichen Vorschub« geleistet habe.

Um diese Frage beantworten zu können, sind Juristen auf die Expertise von Historikern angewiesen. Beide Parteien gaben daher entsprechende Gutachten in Auftrag, die jeweils das gewünschte Ergebnis hervorbrachten, ohne daß ein wissenschaftlicher Konsens darüber hergestellt werden konnte, ob Wilhelm als damals Verantwortlicher des Hauses in Deutschland – der Kaiser blieb im Exil – dem NS erheblichen Vorschub geleistet hatte. Da alle Veröffentlichungen zum Kronprinzen von dieser die Freiheit des Historikers in ein Korsett von »Ja oder nein« zwängenden Fragestellung bestimmt sind, ist Mißtrauen angebracht. Immerhin hat die Debatte aber dazu geführt, daß zumindest wissenschaftliche Bausteine für eine entsprechenden Ansprüchen genügende Biographie zutage gefördert wurden. Merkwürdig bleibt, daß in den beiden wichtigsten Neuerscheinungen zwar in jeder Zeile zu spüren ist, daß es darum geht, Be- oder Entlastendes über den Kronprinzen zusammenzutragen, aber mit keinem Wort die Frage angegangen wird, was unter »erheblichem Vorschub« eigentlich zu verstehen sei.

Das Bundesverwaltungsgericht hatte 2015, als es um die erfolglose Klage der Erben von

Alfred Hugenberg, Minister im ersten Kabinett Hitlers, auf Entschädigung ging, mit einem Definitionsversuch die Unsicherheit eher noch vergrößert. Demnach war ein »erhebliches Vorschubleisten […] bereits in der Phase der Errichtung des nationalsozialistischen Systems möglich und nicht erst nach dessen Etablierung«. Es müssen mit Zielgerichtetheit und »einer gewissen Stetigkeit Handlungen vorgenommen« worden sein, die »dazu geeignet waren, die Bedingungen für die Errichtung, die Entwicklung oder die Ausbreitung des nationalsozialistischen Systems zu verbessern oder Widerstand zu unterdrücken, und dies auch zum Ergebnis hatten«. Der Nutzen für das NS-Regime »darf nicht nur ganz unbedeutend gewesen sein«.





Erhältlich bei antaios.de

Betrachtet man die beiden Bücher von Lothar Machtan (*Der Kronprinz und die Nazis. Hohenzollerns blinder Fleck,* Berlin: Duncker & Humblot 2021, 300 Seiten, 29,90 €) und Stephan Malinowski (*Die Hohenzollern und die Nazis. Geschichte einer Kollaboration,* Berlin: Ullstein 2021, 752 Seiten, 36 €) unter diesem Aspekt, so verraten schon die Untertitel, zu welchem Schluß die Autoren kommen. Malinowski betrachtet den Kronprinzen als herausragendes Beispiel der Kollaboration der Eliten mit der NS-Bewegung, die ohne diese Unterstützung nie so leicht hätte zur Macht gelangen können. Wilhelm ist ihm der personifizierte Antirepublikaner, der sich 1933 am Ziel wähnte. Machtan hingegen sieht in dem Kronprinzen eine überschätzte Figur, die zwar moralischen Ansprüchen nicht genüge, deren eigentlicher Sündenfall aber auf die Zeit nach 1933 zu datieren sei, als der Machtlose meinte, sich Hitler anbiedern zu müssen. Als die Weichen noch nicht gestellt waren, hing der Kronprinz noch der naiven Überzeugung an, die Monarchie restaurieren zu können, wozu er Koalitionen mit allen möglichen Protagonisten prüfte.

Während Machtan sich in seiner Darstellung auf die entscheidenden Jahre 1930 bis 1934 konzentriert, breitet Malinowski die Lebensgeschichte des Kronprinzen seit dem Ende des Ersten Weltkrieges mit vielerlei Details vor dem Leser aus. Bis 1923 lebte dieser, getrennt von Gattin und Kindern, im holländischen Exil, auf der Insel Wieringen, wo er sich vor allem mit der Aufarbeitung der Erlebnisse aus der Endphase des Weltkrieges beschäftigte, die 1922 von Karl Rosner als *Erinnerungen* herausgegeben wurden. Sonst frönte er seinen Hobbys, wozu auch die oft kolportierte Neigung zu außerehelichen Verhältnissen gehörte, und knüpfte Kontakte, die ihm schließlich die Rückkehr nach Deutschland ermöglichten, wo er dann vor allem die Schlösser Cecilienhof (Potsdam) und Oels (Schlesien) bewohnte. Schon damals gab es erregte Auseinandersetzungen darüber, ob die »Fürsten« enteignet werden sollten. Malinowskis Problem liegt vor allem darin, daß er aus diesen Schilderungen kaum Nektar für seine These saugen kann, außer der wenig überraschenden Tatsache, daß aus dem Kronprinzen kein Demokrat geworden war und er sich auf verschiedenen Wegen darum bemühte, seine Besitzansprüche zu wahren. Um das dünne Brett etwas zu verstärken, legt Malinowski besonderen Wert auf die mediale Wahrnehmung des Kronprinzen im Ausland, die für sich genommen natürlich gar nichts beweist.

Machtan hält sich lieber an die öffentlichen und privaten Dokumente, die der Kronprinz hinterlassen hat. Diese sind vor allem für die Jahre zwischen 1930 und 1934 einigermaßen verwirrend, denn Wilhelm sah mit dem Aufstieg der Nationalsozialisten und dem Ausweg der Präsidialkabinette eine Möglichkeit, sich gegen den Willen seines Vaters als überparteiliche Instanz ins Spiel zu bringen. So verwundert es wenig, daß er zu allen Beteiligten enge Beziehungen zu knüpfen versuchte. Da eine Lösung ohne Hitler kaum mehrheitsfähig war, konzentrierten sich die Bemühungen schließlich auf diesen (zumal ihm Hindenburg in gegenseitiger Abneigung verbunden war). Der Wahlaufruf, den Wilhelm im April 1932 für Hitler bei der Reichspräsidentenwahl veröffentlichte, gilt daher für die Beurteilung seines Handels als zentrales Dokument, über dessen Wirksamkeit hingegen kaum Einigkeit zu erzielen sein wird. Daß sich der Kronprinz zwei Jahre später dafür rühmte, Hitler zwei Millionen Stimmen gebracht zu haben, verbucht Malinowski für sich. Machtan verweist auf eine andere Stelle desselben Schreibens, in der es heißt, daß sich der »Führer« dem Einfluß der Sozialisten entziehen müsse und eine Restauration der Monarchie zustande bringen solle.

Das Fazit kann eigentlich nur lauten, daß man selbst einer peripheren Gestalt wie dem Kronprinzen mit juristischen Kategorien nicht gerecht werden kann. Ihn zu einem Naivling zu verkleinern oder zu einer historischen Negativgröße aufzublasen zeigt nur, wie gern sich Historiker zum Laufburschen übergeordneter Interessen, sei es der »kritischen« Öffentlichkeit oder der Hohenzollern selbst, machen lassen. Hinzu kommt, daß die Kategorie »erheblicher Vorschub« so wachsweich ist, daß damit einer totalitären Fortsetzung der Vergangenheitsbewältigung Tür und Tor geöffnet wird. Galt der obenerwähnte Hugenberg nach seinen Entnazifizierungsverfahren unmittelbar nach 1945 als »entlastet«, sehen das die Gerichte heute ganz anders. Der historischen »Wahrheit« ist man damit aber nicht näher gekommen. ■

Heidegger, umsorgt

von Caroline Sommerfeld

Was bewegt einen Biographen, ein Vierteljahrhundert nach Rüdiger Safranskis *Ein Meister aus Deutschland. Heidegger und seine Zeit* (1994) eine genauso dicke, oft denselben Einzelheiten nachgehende und ebenfalls um Gerechtigkeit für Heidegger bemühte Lebensgeschichtsschreibung dieses größten deutschen Philosophen des 20. Jahrhunderts zu schreiben? Wissen können wir das nicht, nachfragen gehört sich nicht, also muß ein Rezensent das tun, was Martin Heidegger zeit seines Lebens betrieben hat: »phänomenologisch« herangehen, den Dingen selbst den Vortritt lassen, bis in die Sprache hinein versuchen zu erspüren, was sich zeigen will und wovon es Ausdruck ist.

Lorenz Jäger, ehemaliger Chef des Geisteswissenschaften-Ressorts der *FAZ,* hat also eine umfassende Auseinandersetzung mit Heidegger vorgelegt (*Heidegger. Ein deutsches Leben,* Rowohlt Berlin Verlag, 2021, 606 Seiten, 28 €). Auffällig daran ist grundsätzlich eines: Jäger ist auf eine Weise gerecht zu Heidegger, wie es Safranski seinerzeit allein schon aus den Zeitumständen heraus nicht hat sein dürfen. Der Titel *Ein Meister aus Deutschland* spielt auf Paul Celans Holocaust-Gedicht »Todesfuge« an, worin es heißt: »Der Tod ist ein Meister aus Deutschland«. So ein Titel ist ungerecht. Eine linke Öffentlichkeit wollte damals umständlich beruhigt werden, entsprechend viele Zitate, Kollegenstimmen, Feindstimmen, Zeithistorisches mußten herbeigeschleppt werden, um Heidegger von Adornos generationplattstampfendem Verdikt vom »Jargon der Eigentlichkeit« zu befreien. Seitdem, Safranskis großes Verdienst, war Heidegger in Deutschland wieder lesbar (in Frankreich und über den französischen Umweg in den USA sowie in Japan gab es längst »postmoderne« Heideggerianer). Doch Dieter Thomä (*Die Zeit des Selbst und die Zeit danach. Zur Kritik der Textgeschichte Martin Heideggers 1910–1976,* 1990) warf Safranski damals in der *taz* in Form einer fiktiven Autorenlesung im Himmel schon vor, etliche der versammelten Toten »scheinen freilich erleichtert, daß Safranski zu manchen Archiven keinen Zugang gefunden hat.« War er nicht nur »umstritten« – darauf hätte man sich seit der Safranski-Biographie öffentlich einigen können –, sondern doch ein Nazi-Philosoph?

Dies schienen die *Schwarzen Hefte,* Heideggers Tage- und Notizbücher, zu bestätigen. In der *FAZ* schrieb deren Herausgeber Jürgen Kaube zum Skandal des Erscheinens der Hefte im Rahmen der Gesamtausgabe vor sieben Jahren: »War Martin Heidegger Antisemit? Die Antwort lautet spätestens von heute an: ja. In seinen ›Überlegungen‹, die Heidegger von 1938 bis 1941 in die sogenannten Schwarzen Hefte eintrug, findet sich eine ganze Reihe von Bemerkungen zum Judentum, die keinen anderen Schluß erlauben.« Nach einem solchen Urteil ist es im bundesdeutschen Meinungskorridor schlechthin nicht mehr möglich, mit Heidegger »befreit in die offene See hinauszufahren«, wie Rüdiger Safranski es ersehnt hatte. Oder?

Lorenz Jäger gelingt es – so wie man einen Anker lichtet oder Heidegger »das Dasein lichten« wollte –, Heidegger zu lichten. In seiner Adorno-Biographie (2003), seinem im Karolinger-Verlag erschienenen Büchlein zur politischen Theologie jüdischer Intellektueller (*Unterschied, Widerspruch, Krieg,* 2013), das nichts ausläßt, und in der im Jahr 2017 ebenfalls bei Rowohlt erschienenen Biographie Walter Benjamins lichtet er seine Gegenstände. Wahrscheinlich ist Jägers katholisches Geheimnis, die Welt als *coincidentia oppositorum* (»Zusammenfall der Gegensätze«) aufzufassen und daher zu wissen, daß sich die Welt niemals nach einer Seite hin auflösen läßt.

Wie geht er vor? Zunächst verlegt Jäger sich auf Vorausverweise und Wortbedeutungen, was angesichts des keimhaft sich Entfaltenden in Heideggers Werk naheliegend ist und wodurch er nur an wenigen Stellen zuviel des Guten tut. Wesentlich zeichnet sich Lorenz Jägers Beobachtungsvokabular durch Umsicht aus. Die Umsicht erlaubt ihm, sich den moralischen Kippfiguren in Heideggers Leben ganz langsam, und ohne sie umzustoßen, zu nähern. Ein Beispiel? In gewisser Weise, stellt Jäger fest, hatte auch Hannah Arendt, als sie sich als Zionistin engagierte, das »Volk« entdeckt und sich von »Gesellschaft« und »Klasse« verabschiedet. Die Forschungsarbeit, in der Arendt zeigen wollte, daß die Assimilation der Juden seit jeher am Antisemitismus

der Deutschen gescheitert sei, wurde ausgerechnet von Heidegger mit einem Gutachten gefördert. Daß dergleichen paradox erscheint, veranlaßt den Biographen zu dem Urteil, es sei keineswegs so, daß der eine Teil der Geschichte den anderen dementiere, »sondern genau aus solchen Paradoxa besteht die Welt«.

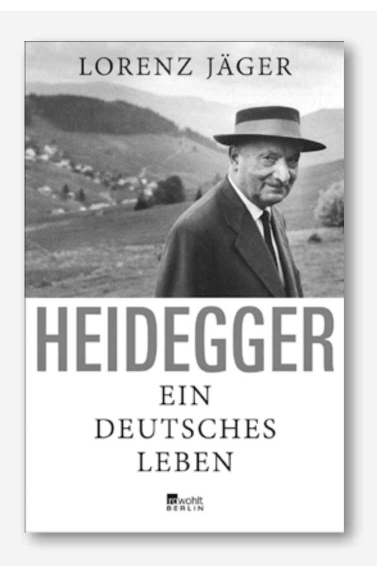
Heideggers Rückbesinnung auf das Volk fügt er ganz losgelöst von allen Triggerwarnungen, mit denen man diese verfassungsschutzaufscheuchende Vokabel heute gern versehen möchte, in den Zusammenhang der Präambel des Grundgesetzes und der Verfassung der USA, denn »Geschichtlichkeit, nicht Natur, bildet den Begründungskontext von ›Volk‹«. Weg sind sie für einen kurzen Moment, all die Fehlschaltungen, die sich aufdrängen könnten, und Jäger kann in Ruhe auf Heideggers Gedanken eingehen.

»Heideggers Denken ist daraufhin angelegt, ihn zu verstricken, und deshalb wurde er der verstrickte Denker par excellence« – aus seinem existentialistischen Selbsterregungspotential erwachsen seine Größe wie seine Irrtumsanfälligkeit (»Wer groß denkt, muß groß irren«, formuliert der Denker später). Sein Kollege Karl Jaspers schildert folgende Szene aus dem Jahre 1933, die – phänomenologisch betrachtet – für sich selbst sprechen kann: »Ich suchte Heidegger zur Begrüßung oben in seinem Zimmer auf. ›Es ist wie 1914 …‹ begann ich, und wollte fortfahren: ›wieder dieser trügerische Massenrausch‹, aber angesichts des den ersten Worten strahlend zustimmenden Heideggers blieb mir das Wort im Hals stecken.«

Jäger urteilt knapp und gerecht: Es sei Heideggers Glück gewesen, vom NS bald wieder so abgestoßen zu sein, daß er dessen Biopolitik nicht weiter frönen konnte; auch der »sozialistische Teil des Nationalsozialismus« war für den Denker, der das Land der Griechen mit der Seele suchte und einen kurzen Augenblick lang wirklich geglaubt hatte, dessen Größe erwache nun im Deutschtum überkonkret-historisch wieder, im Grunde vollkommen unverständlich.

Wenn Heidegger von der »höchsten freien Entscheidung, ob das ganze Volk sein eigenes Dasein will oder ob es dieses nicht will«, spricht, könnten wir als heutige Rechte aufseufzen und ihm von Herzen zustimmen, daß das deutsche Volk dies in immer entsetzlicherem Maße nicht will. Doch was passiert unterdessen mit uns?

»Er geht an eine überlieferte Philosophie mit echten, heutigen Fragen heran und holt sie so aus dem bloß Vergangenen heraus«, beschreibt Lorenz Jäger die existentialistische Methode. Die eben zitierte Formel vom Daseinswillen beginnt im Original mit der Behauptung, »der Führer« ermögliche dem Volk, diese Entscheidung anzunehmen, »die Urforderung alles Seins, daß es sein eigenes Wesen erhalte und rette«. Das ist Verstrickung in flagranti! Denn wir heutigen politischen Akteure empfinden uns oft existentiell genauso als »gerufen« und »entschlossen« dieser Urforderung unseres Volkes gegenüber – doch der hermeneutische Kurzschluß des Philosophen stößt uns, wenn wir von ihm Kenntnis erhalten, vor den Kopf. »Metapolitik des Metafaschismus« überschreibt Jäger ein Kapitel (der Begriff »Metapolitik« taucht bei Heidegger 1934 erstmals auf). An einer Stelle kann er Heideggers Verwirrung nicht anders denn ironisch fassen: »Das Dasein selber ist ein Nationalsozialist«. Auf diese Weise erübrigen sich vorgestanzte leserpädagogische Moralphrasen.



Lorenz Jäger: *Heidegger. Ein deutsches Leben* ist erhältlich bei antaios.de

Noch ein Beispiel für Jägers vorsichtige Gerechtigkeit? In seiner Hölderlin-Vorlesung 1934 bezieht der Philosoph sich auf Augustinus' Definition der Liebe: *volo ut sis* (»ich will, daß du bist«), die er seinen zwei Geliebten gegenüber, Elisabeth Blochmann und Hannah Arendt, gleichzeitig in Briefen verwendet hat. Jäger: »Heidegger will den Nationalsozialismus metaphysisch überhöhen und denkt dabei an die Jüdinnen, die er einmal geliebt hat, sagt es aber niemandem, nicht einmal seinem Tagebuch. Ist er nicht der exemplarische Deutsche?«

Lorenz Jägers fein säuberliche Interpretation des Gedichts, das Paul Celan, der tatsächlich 1967 Martin Heidegger auf seiner legendären Schwarzwaldhütte am Todtnauberg besucht hat, nach dem Besuch schrieb, muß man selbst gelesen haben. So geht Hermeneutik! Nichts hineininterpretieren, alles heraustreten lassen, was da ist – vom Brunnen mit dem »Sternwürfel drauf« (ein solcher bildete später Heideggers Grabstein) bis zur »Waldwasen«, die entweder laut Grimmschem Wörterbuch eine Feuchtwiese ist oder aber »das land, wo der abdecker das vieh ausweidet und verscharrt«. Der Interpret beläßt es bei der Bedeutungsmöglichkeit – die germanistische Celan-Forschung würde sich draufstürzen und triumphieren.

Heidegger. Ein deutsches Leben ist eine im ernsthaften Sinne fürsorgliche Biographie. Heidegger verwies gern auf Augustinus' Satz *non intratur in veritatem, nisi per caritatem:* Bestimmte Dinge müsse man lieben, um ihre Wahrheit zu erfahren. Lorenz Jäger muß seinen Heidegger lieben. ■

Allzumenschliches in der Era Fascista

Antonio Scurati: *M. Der Mann der Vorsehung. Roman,* Stuttgart: Klett-Cotta Verlag 2021. 640 S., 28 €

Mit dem vorliegenden Band *Der Mann der Vorsehung* legt Antonio Scurati (Jg. 1969) den zweiten Teil seiner *M*-Trilogie auch auf deutsch vor. »M« – das ist Benito Mussolini, und der Auftakt (vgl. *Sezession* 96) wurde vor allem in Italien zum massiven und preisgekrönten Publikumserfolg. *M. Der Sohn des Jahrhunderts* (Stuttgart 2020) erzählt vom Entstehen des Faschismus im März 1919 bis zur Zementierung seiner Macht 1925 entlang der Erlebnisse Mussolinis und weiterer Protagonisten aus seinem Umfeld. Gegner waren und sind ebenso vertreten wie sein Mitarbeiterstab, unnachgiebige Feinde wie fanatische Anhänger. Auch in *Der Mann der Vorsehung* bleibt Scurati seinem bewährten Stil treu: Vor allem Dokumente, Briefe, Parteierklärungen, Polizeivermerke und Geheimdiensteinschätzungen umrahmen die Erzählung, die kolportagehaft aufgebaut ist und sich mal wie ein politischer Thriller, mal wie ein Abenteuerroman liest. Diesmal befindet man sich in den Jahren 1925 bis Oktober 1932; der dritte Band dürfte dann die Phase bis zum Weltkriegseintritt Italiens abdecken.

Nun also der erzählerische Einstieg Mitte der Zwanziger: Der Faschismus ist seit drei Jahren hegemonial, hat aber interne Fehden, persönliche Zerwürfnisse und Richtungskämpfe zu überstehen, den Zorn der parteiintern Entmachteten, ferner muß er konstante Konflikte mit anderen Akteuren im Land austragen, darunter die mächtige katholische Kirche, die zersplitterte Linke mit ihren anarchoterroristischen Ausläufern oder auch wirtschaftliche Einflußfaktoren. All dies wird konstant chronologisch aufbereitet, ganz im Stil des ersten Bandes. Allerdings wirkt der Roman nun schlechterdings schmutziger. Es geht (noch) stärker als im Vorgängerbuch um psychologische Verfaßtheiten der Hauptdarsteller, um Allzumenschliches, um Abgründe, um nicht zu sagen: um Trash. Wer mit wem ins Bett steigt und welche Praktiken wer betreibt – das ist bisweilen ermüdend, aber Scurati gelingt es in der Regel doch, eine explizit politische Wendung einzuweben, also: warum dieses und jenes delikate Detail nun wichtig für das weitere Geschehen der faschistischen Szenerie in ihrer konkreten Epoche gewesen sein soll.

Historisch lehrreich ist schließlich (mindestens) zweierlei: Erstens wird man von Antonio Scurati auf die libyschen Unternehmungen des italienischen Kolonialheeres mitgenommen. Jene Passagen sind literarisch die stärksten des vielseitigen Dokumentarromans; sie könnten alleine für sich einen spannenden wie verstörenden Band ergeben. Zweitens gelingt es dem Autor, die innerfaschistischen Frontstellungen plastisch nachzuzeichnen. Die »harten« Abteilungen der faschistischen Partei um den unduldsamen und als führendes Ekelpaket der italienischen Nation gezeichneten Roberto Farinacci (1892–1945) sorgten beispielsweise für so manchen Wutausbruch des Duce – wie heikel und langwierig die schließlich erfolgreiche Kaltstellung jener Truppenteile verlief, kann man sich dank der Lektüre lebhaft vorstellen. Wer thematisch am Gegenstand dranbleiben möchte, kann sich ergänzend zu den Dokumenten in diesem Buch mit Farinaccis dreibändiger *Faschistischer Revolution* aus dem C.H. Beck Verlag (München 1939–1941) beschäftigen, auch wenn die dort behandelten Phasen des Faschismus frühere waren als in vorliegendem Fall. Und doch: Es gab eben nicht nur »M«, den Mann »des Jahrhunderts« bzw. »der Vorsehung«, wie Scurati seine Bände untertitelt, sondern auch all jene, die durch »M« wahlweise groß oder klein, salonfähig oder ausgestoßen wurden. Scuratis Werk unterhält damit nicht nur den Leser auf beachtlichem Niveau, sondern weckt im besten Sinne eine historische Neugierde, sich neu in diese Zusammenhänge einzulesen. Mehr kann ein an geschichtlichen Fakten orientierter Roman, der freilich eine Prise Fiktion enthält, kaum leisten.

BENEDIKT KAISER ■

Das Private ist Theater

Ethan Hawke: *Hell strahlt die Dunkelheit. Roman,* Köln: Kiepenheuer & Witsch 2021. 327 S., 23 €

»Schreckensphänomen der Gegenwart: Schauspieler schreiben Romane«, titelte die *NZZ* vor einiger Zeit. Oh ja, das tun sie, und ähnlich wie den romanschreibenden deutschen Soziologen (etwa Wolfgang Sofsky) und Philosophen (Sloterdijk) täte man ihnen pauschal lieber abraten. Großartige Akteure wie Ulrich Tukur

und Axel Milberg haben sich bereits vergriffen, und über Publikumslieblinge wie Andrea Sawatzki und Joachim Meyerhoff mag man trotz ihrer Verkaufserfolge in literarischer Hinsicht doch lieber schweigen. Bei Ethan Hawke haben wir es nun mit einem echten Hollywoodstar zu tun. Hawke, Jahrgang 1970, brillierte unter anderem in *Club der toten Dichter, Before Sunrise* und *Boyhood,* Oscarnominierungen inbegriffen. Hawke ist Vollblutschauspieler, und ein waschechter *Gala*- und *Bunte*-Promi hinzu. Er war mit der Uma Thurman verheiratet, das Paar hat zwei Kinder. Sein Alter ego William Harding zeichnet in diesem Buch die Trennungsgeschichte nach. Zählt das zum erwähnten Schreckensphänomen? Definitiv nein. Hawke verfügt über Qualitäten, von denen andere Schauspieler nur träumen können. 2016 hatte er das Büchlein *Regeln für einen Ritter* veröffentlicht, das jedem heranwachsenden Jungen herzlich anempfohlen sei. Nun also dieser – keineswegs jugendfreie – Roman. William, der prominente Filmschauspieler, geht fremd, obwohl er seine Frau sehr liebt, die Kinder ohnehin. Die Klatschpresse vervielfältigt das Vergehen. Derweil soll William, der Popstar von der Kinoleinwand, auf der echten Theaterbühne auftreten: nämlich als Hotspur im Shakespeare-Drama *Henry IV.,* auf dem Broadway, unter einem saghaften Regisseur. »Obwohl meine Welt um mich herum einstürzte, gab es doch eine Sache, auf die ich mich nach wie vor verlassen konnte. Ich halte es nicht für wichtig; ich glaube nicht, daß ich damit an Petrus vorbei durchs Himmelstor komme; die meiste Zeit spotte ich darüber – aber ich war immer ein guter Schauspieler. Es gab immer einen Ort auf der Welt, an dem mein Körper wußte, was er zu tun hatte.« William ist nicht nur wohltuend selbstironisch, sondern ein gläubiger Mensch. Es wird eindringlich gebetet in diesem Buch. Es wird auch gesoffen, gekokst und gevögelt, und in dieser Zusammenschau wirkt es gar nicht bigott. Harding ist ziemlich ehrlich mit sich selbst; man kann das Selbstironie nennen oder »die Wunden offenlegen«. Auf seinem meist berauschten Schmerzensweg (nämlich der unausweichlichen Scheidung von der Frau, die er einst vergötterte) begegnet Harding zahlreichen Personen, die ihm dezidierte oder untergründige Ratschläge und Botschaften mitgeben. Der Kollege, das Flittchen, der Altstar, der Regisseur – jeder hat eine eigene, je glaubwürdige Haltung gefunden, mit drekkigen und düsteren Zeiten umzugehen. Kunstvoll hineingeflochten in das private Schlamassel wird das Theatergeschehen. Es geht – und das ist vielsagend – letztlich um die Präsenz auf der Bühne. Wie komme ich an, oder warum nicht? Das ist das »Allzumenschliche« im Nietzscheschen Sinne an diesem Buch: Vorpremiere, Premiere, Dernière. Artiges Klatschen? Jubel? Ovationen gar? Was heißt Authentizität? Was Leidenschaft? Was heißt Willen, was Wollen? Bin ich leidenschaftlich genug oder reicht mein Leiden nicht hin? Was sagt die Presse? Und die Kollegen – der Konkurrenzkampf ist nicht zu unterschätzen. Dann aber: Sitzt die Mutter der Kinder im Publikum, wenigstens beim letzten Auftritt? Bitte! Was für ein Mensch bin ich überhaupt, und wie beantworte ich die Fragen meiner Kleinen?



Das hier ist ein echter, glutvoller Künstlerroman, hervorragend übersetzt von Kristian Lutze.

ELLEN KOSITZA ▪

Unbekannt, aber besser

Fjodor Dostojewski: *Der Doppelgänger. Die Urfassung.* Übersetzt von Alexander Nitzberg, Berlin: Galiani 2021. 336 S., 24 €

Pünktlich zum Dostojewski-Jubiläum hat der Lyriker und Übersetzer Alexander Nitzberg einen verborgenen Schatz gehoben: Die erste Fassung des Romans *Der Doppelgänger* aus dem Jahr 1846, die noch nie in deutscher Sprache erschienen ist. Sie ist kein Zwilling oder Doppelgänger des 1866 publizierten »Remakes«, sondern ein völlig eigenständiges Werk. In seinem Nachwort plädiert Nitzberg dafür, diesen ersten Wurf als den gelungeneren anzuerkennen. »In einem Guß geschrieben und gewissermaßen am Puls der Zeit«, schwelgt der Roman in »wilder Romantik« und einer surrealen Phantastik, die das psychotische Innenleben des »Helden« Goljadkin bis in die kleinsten Verästelungen widerspiegelt. Dieser begegnet eines Tages seinem titelgebenden Alter ego, das fortan wie selbstverständlich mit ihm Arbeitsplatz und Wohnung teilt und zunehmend zum dämonischen Antagonisten wird. Dostojewskis *tour de force* durch die Abgründe eines gespaltenen Bewußtseins, gespickt mit einem wahnwitzigen schwarzen Humor, ist von einer verblüffenden Modernität. Die Originalität des Sujets findet ihr Gegenstück in einem kühn manierierten Stil, der von bewußten Wortwiederholungen nur so strotzt; Nitzberg nennt das Werk eine »Symphonie der Redundanz«.

Experimente dieser Art mißfielen allerdings den tonangebenden Intellektuellen dieser Zeit, die von der Literatur »Naturalismus« und sozialkritische »Nützlichkeit« einforderten. Dostojewski ließ sich von diesen Stimmen allmählich zermürben, und als er zwei Jahrzehnte später den Stoff wieder aufgriff, um ihn zu »verbessern«, hatte er die Fühlung zu seinen ursprünglichen Impulsen weitgehend verloren.

MARTIN LICHTMESZ ▪

Kein Schlittern, kein Schlafwandeln

Rainer F. Schmidt: ***Kaiserdämmerung. Berlin, London, Paris, St. Petersburg und der Weg in den Untergang,*** **Stuttgart: Klett-Cotta Verlag 2021. 878 S., 38 €**

Wer immer sich dem Kaiserreich nähern möchte, dem steht der Erste Weltkrieg im Weg. Denn dem Verlierer dieses blutigen Krieges wurde die Schuld daran zugeschoben, was die Frage provoziert, ob es diesen Krieg ohne das Kaiserreich überhaupt gegeben hätte. Der Würzburger Historiker Rainer F. Schmidt (*1955) macht aus dieser Not eine Tugend und versucht, die Kausalität von Kaiserreich und Krieg aufzulösen. Er will damit nicht nur beiden gerecht werden, sondern auch die verhängnisvolle Fortschreibung dieses Zusammenhangs aufbrechen: Das Kaiserreich wurde »als Vorläufer des Dritten Reiches abgestempelt, woraus sich sachlogisch der Folgeschluß einer nachträglichen Bestätigung des Versailler Verdikts von der Kriegslüsternheit der Deutschen im 20. Jahrhundert ergab«. Die Degradierung des Kaiserreichs zur Vorgeschichte des Nationalsozialismus läßt das Geschehen alternativlos erscheinen, wohingegen Schmidt Wert auf die Momente legt, an denen die Weichen gestellt wurden.

Hier rückt der Kriegsausbruch in den Fokus, den Schmidt trotz der Berge an Literatur als ein ungelöstes Problem ansieht. Er unterscheidet zwei Grundthesen über den deutschen Anteil am Kriegsausbruch. Fritz Fischer und seine Anhänger sind bis heute davon überzeugt, daß das Kaiserreich den Krieg planvoll herbeigeführt hat, weil die herrschenden Eliten dadurch ihr Weltmachtstreben erfüllen wollten. Schmidt weist diese These zurück, weil sie sowohl dem Verhalten als auch der Planung der deutschen Führung nicht entspricht und die Pläne der anderen Mächte völlig ausblendet. Für ähnlich unplausibel hält er die These, der »Blankoscheck« des Beistands für Österreich sei eine Flucht in den Krieg gewesen, weil sich das Kaiserreich vor der Modernisierung gefürchtet habe und die Machtverhältnisse im Innern auf diese Weise zu stabilisieren gedachte. Es handelt sich bei dieser These um eine psychologisch naheliegende Interpretation, weil unserer Zeit das Kaiserreich so fremd geworden ist, daß ihm jede Untat zugetraut wird.

Schmidt sieht das ganz anders und räumt daher der Schilderung der sozialen und der innenpolitischen Verhältnisse des Kaiserreichs in seinem Buch großen Raum ein. Dabei wird klar, daß die negative Beurteilung des Kaiserreichs der Gegenwart nichts mit der Wirklichkeit zu tun hat. Mißt man das Kaiserreich an dem Maßstab der »Leistungsfähigkeit eines Gemeinwesens« und der »Aufgabe eines Staates, seinen Bürgern Sicherheit und Ordnung zu geben, Wohlstand und Freizügigkeit« zu verschaffen, »fällt die Bilanz ganz anders aus«. Schmidt bemerkt nebenbei, daß das dualistisch konstruierte politische System mit seinem Antagonismus zwischen Regierung und Parlament ein 1933 niemals zugelassen hätte.

Wie lautet Schmidts These über die deutsche Verantwortung am Kriegsausbruch? Er sieht sie vor allem darin, daß Berlin um die Jahrhundertwende den Gesprächsfaden nach London abreißen ließ, weil man der Meinung gewesen sei, nicht auf England angewiesen zu sein. In den folgenden Jahren revolutionierte England »durch seine auftrumpfende aggressive Politik die Mächtebeziehungen«. Es war England, so Schmidt, dem »die imperiale Sicherheit mehr wert« gewesen sei »als die kontinentale Stabilität«. Das unglückliche Agieren Deutschlands hatte seinen Gegnern die Einkreisung, die Schmidt nicht für ein Hirngespinst deutscher Politiker hält, leichtgemacht. Die deutschen Bemühungen in den Jahren vor dem Weltkrieg, die eigene Friedfertigkeit unter Beweis und in den Dienst europäischen Ausgleichs zu stellen, wurden von den Briten nicht gewürdigt. Kurz vor dem Attentat von Sarajevo gab es keinen Ausweg mehr: England »war nun auch dabei, das Einvernehmen mit Rußland durch eine Marinekonvention auf den Status einer vollen militärischen Allianz zu bringen und damit, ganz wie [der französische Präsident] Poincaré dies wünschte, den Einkreisungsring um das Reich zu schließen.« Durch einen Spion in der russischen Botschaft in London waren die Deutschen davon unterrichtet.

Der Entschluß zum Krieg war »eine bewußte Entscheidung«, weshalb Schmidt alle Metaphern des »Hineinschlitterns« oder »Schlafwandelns« für verfehlt hält. Niemand hatte 1914 noch einen unbedingten Friedenswillen. Der Kaiser war im Grunde der einzige, der versuchte zu deeskalieren, indem er die serbische Antwort auf das österreichische Ultimatum als ausreichend ansah. Daß daraus keine »Sternstunde« wurde, lag an dem Agieren der Reichsleitung, die viel zu spät darauf kam, daß man sich in eine ausweglose Situation gebracht hatte. Aber selbst wenn das Reich den Blankoscheck für Österreich widerrufen hätte, wären dadurch die Kriegsursachen nicht aus der Welt gewesen.

Die Kriegsauslöser sieht Schmidt daher in Berlin, die Entfesselung bzw. Verursachung des Krieges erfolgte jedoch in Paris, wo sich die eigenen Revanchegelüste für 1871 mit dem russischen Anspruch auf die Meerengen und Englands Willen, Deutschland als Konkurrenten auszuschalten, verbunden hatten. Einmal entfesselt, wurde der Krieg geführt, um die alliierten Kriegsziele zu erreichen, die wirtschaftliche und die politische Ausschaltung Deutschlands. Die Verantwortung für alles, was dem folgte, liegt bei den Alliierten – anders kann man das nach der Lektüre Schmidts nicht mehr sehen.

ERIK LEHNERT ■

»Sehr schlechter Laune ohne weiteren Grund«

Gottfried Benn, Gertrud Zenzes: *Briefwechsel 1921–1956*. Stuttgart: Klett-Cotta Verlag 2021. 482 S., 34 €

Unter den vielfältig bereits publizierten Briefwechseln von und mit Gottfried Benn ist dieser hier ein besonderes Schmankerl. Wir haben es mit einem dieser »Nicht weglegen können«-Bücher zu tun. Dazu muß man nicht einmal ausgewiesener Benn-Aficionado sein – es ist das zeitgeschichtliche Kolorit, das unbedingt besticht. Als ein Jahr nach Benns Tod eine erste Sammlung von 57 *Ausgewählten Briefen* erschien, war darunter bereits ein knappes Drittel an die öffentlich kaum bekannte Dr. Zenzes gerichtet. Erst 2006 hat ein entfernter Erbe der gebürtigen Hirschbergerin das gesamte Konvolut samt ergänzenden Unterlagen an das Deutsche Literaturarchiv in Marbach übergeben.

Kaum ein Dreivierteljahr währte das erotische Verhältnis zwischen dem Militärarzt und Dichter Gottfried Benn (1886–1956) und Gertrud Zenzes, geborene Cassel (1894–1970). Die eigensinnige Dame, wiewohl aus nichtakademischen Verhältnissen entstammend, war eine der ersten, die in Deutschland promovierten. Sie fungiert in zahlreichen Briefen als Benns »Schnuckchen«, seine »Petit«, sein »lieber Kleiner« [sic], sein »Trudchen« oder »kleiner Schussel«. Trotz aller Turteleien sieht Benn aber nicht davon ab, den Briefstil seiner Geliebten immer wieder zu schurigeln. Cassel gebraucht Wendungen, die Benn aufs äußerste mißfallen, zum Beispiel »Die Weite der Welt« – das sei »unanschaulich u. nicht fühlbar u. eine abstrakte Vorstellung. Bist du böse? Du bist so intelligent, Du mußt das alles trotz Kuchenbacken und Zeitunglesen u Schuhputzen nebenbei auch noch können.«

Zenzes, damals noch Cassel, schickt dem Geliebten eine wissenschaftliche Arbeit aus ihrer Feder. Er kommentiert gegenüber der Tochter aus jüdischer Familie: »Wie gescheit Du bist, trotz Deiner niedrigen Stirn.« Mit einer schnöde-galanten Mitteilung Benns zu Silvester 1921 endet die Affäre, umstandslos wird zum »Sie« gewechselt. »Mich sehen werden Sie auch vorläufig weiter nicht. Sie werden das verstehen.«

Frau Cassel nimmt es hin (heute möchte man sagen »cool«; sie bleibt auch zeitlebens bewußt kinderlos) und sieht keinen Anlaß, die Brieffreundschaft seinzulassen. Ihre Briefe jedoch finden wir mit Ausnahme zweier voriger Sendungen jedoch erst nach Kriegsende wieder. Hier erhöht sich die Schlagzahl, und Frau Zenzes (sie ist nun in dramatischer und wechselvoller Ehe verheiratet mit dem deutschen Fliegeraß Alexanders Zenzes) kümmert sich in einer äußerst rührenden Weise aus ihrem Exil in zunächst San Francisco, dann New York um den alten Freund, der sich selbst ja schon mit 40 Jahren an seinem Lebensende sieht: »So bin ich nun hier [Belle-Alliance-Straße, heute Mehringdamm in Kreuzberg; EK] gelandet, in meinem Altersheim, Greisenasyl, vorbei der Prunk der wohlhabenden Jahre, still in den Hafen der Greis.«

Auch einer von Benns berüchtigten Briefen, in dem er 1933 Hitler als »grossen Staatsmann« verteidigt, ein »Judenproblem« benennt und sich über »Rassenmischmasch« beklagt, war an Zenzes gerichtet. Zenzes selbst war, wenn auch klar gegen den Nationalsozialismus (der ihr mit seiner Vernichtungspolitik die behinderte Schwester nahm), so doch deutschnational eingestellt und schrieb noch Jahrzehnte nach ihrem Gang in die USA (wo sie längere Zeit eine deutsche Buchhandlung führte) von ihrem furchtbaren Heimweh nach Deutschland: »Alles beleidigt mich: der Laerm, die Grobheit der Leute, die Neger in den Autobussen […] die Frechheit der Kinder, die Unordentlichkeit bei allem […] das Geldprinzip als Lebensmotiv.«

Über die Jahre liest Zenzes, wie Benn drei seiner Hauptfrauen beerdigt, zwei davon durch Selbstmord geendet. Nach dem Krieg schickt sie ihm aus den USA unermüdlich dutzende Versorgungspakete, die teils über zwei Monate unterwegs sind. Endlich Schnürsenkel für Dr. Benn! Und Zigarren! Und »Toil. cleaning paper«! Benn freut sich kolossal. Bald wird auch Benns dritte Ehefrau Ilse in den Briefverkehr und die Warenlieferungen eingebunden, es gibt Röcke mit Umarbeitungsvorschlägen, beschädigte Schuhe (»malen Sie doch den Umriss von Ihrem Fuss mal auf ein Stueck Papier«), »Praeservativs« und einen »Playsuit« für Ilse.

Nicht nur wegen der erbärmlichen Versorgungslage im ruinierten Berlin spricht aus den Bennschen Briefen der ersten Nachkriegsjahre tiefe Depression – der Dichter ist wegen seines kurzzeitigen Eintretens für die Nationalsozialisten mit Veröffentlichungsverbot belegt. Im November 1946 schreibt er: »Warum ist mir unerfindlich. […] Nun, […] ich tue nichts, um mich beliebt zu machen. Es sind gute Bücher, die ich schrieb u. eines Tages werden sie bekannt sein, – wenn ich tot bin.«

Hier, in diesem Briefwechsel, offenbaren sich einfach sämtliche Abgründe und Höhen, die das 20. Jahrhundert geistig zu bieten hatte. Dies alles, ergänzt um Zenzes Briefwechsel mit dem Benn-Freund und Verleger Max Niedermayer (Zenzes bittet, die Anrede »Trudchen« sowie »irgend welche nachteiligen Saetze gegen George Grosz« zu tilgen), ist eine wahre Fundgrube. Selbst in den »Apparat« (editorische Hinweise und Kommentare) mag man sich über Stunden vergraben. Die Herausgeber sind Benn-Spezialisten ersten Ranges, daher bleibt kaum eine Andeutung, kaum ein Name oder eine Chiffre unerschlossen. Hinterher, also nach der Lektüre, weiß man nicht genau zu unterscheiden, ob man am Schlüsselloch tätig oder geisteswissenschaftlich unterwegs war. In jedem Fall war es ein großes Vergnügen.

ELLEN KOSITZA ■

Die Welt tritt zu (nah)

Rüdiger Safranski: *Einzeln sein. Eine philosophische Herausforderung,* München: Carl Hanser Verlag 2021. 285 S., 26 €

Über die fehlende Gelegenheit, wenn nicht den Zwang, zur Vereinzelung konnten wir uns in den letzten anderthalb Jahren nicht beklagen. Insofern liest sich der Titel des neuesten Buchs von Rüdiger Safranski (*1945) wie eine Anleitung, das Beste aus Kontaktverboten und Abstandsgeboten zu machen. Allerdings erwähnt Safranski die aktuellen Gegebenheiten mit keinem Wort, was nicht nur sympathisch zeitlos wirkt, sondern nebenbei auch demonstriert, daß die erzwungene Vereinzelung nichts mit dem zu tun hat, worum es Safranski geht. Es sind die großen Geister seit der Renaissance, die Safranski auf seinem Weg durch die Geistesgeschichte befragt, den er im Existentialismus der 1950er Jahren enden läßt. Es ist bemerkenswert, daß es Jüngers *Waldgang* ist, mit dem Safranski sein Buch beendet und in der dort zu findenden Frage, ob jemand »sein So-Sein höher als sein Da-Sein schätzt«, den Schlüssel dazu findet, worum es »eigentlich geht beim Versuch, ein Einzelner zu sein«.

Das führt zurück zu einem zentralen Motiv, das sich durch die abendländische Geistesgeschichte zieht, seit der spätmittelalterliche Nominalismus zu behaupten wagte, daß die Wahrheit in den Einzelheiten steckt. In der Nachfolge Jüngers hat dessen Schüler Armin Mohler daraus die Entscheidungsfrage der Weltanschauungen gemacht und gegen den Universalismus die »nominalistische Wende« ausgerufen. Leider vergeblich, weshalb man Safranski gern dabei folgt, wenn er die Höhepunkte dieser Geisteshaltung noch einmal aufblättert. Neben Luthers »Hier stehe ich« treten so die beiden Antipoden der Aufklärung, Rousseau und Diderot, die sich auch in ihrem Verhältnis zu den »Anderen« grundsätzlich unterscheiden. Während Rousseau ständig auf der Flucht war und daher nicht ohne Grund die »Anderen« fürchtete, brauchte der Menschenmengen meidende Diderot sie, um das gesellschaftliche Rollenspiel zu entschlüsseln, was ihn zu einem gerngesehenen Gast in jedem Salon machte. Stendhal steht dagegen eher für den problematischen Zug der Vereinzelung, den man auch als Egozentrik bezeichnen könnte, wenn Safranski ihn mit folgenden, auf Napoleon gemünzten Worten zitiert: »Das Gute an dieser [egozentrischen] Denkweise ist, daß ein Rückzug aus Rußland nicht mehr Bedeutung hat als ein Zug aus einem Glas Limonade.«



Hervorragend sind Safranski die Schilderungen der großen einzelnen des 19. Jahrhunderts, Kierkegaard, Stirner und Thoreau, gelungen, weil sie die ganze Bandbreite an selbst erkämpfter Vereinzelung darstellen, bevor die Massengesellschaft, die bei Safranski natürlich auch vorkommt, zur Geltung gelangt und den Menschen, zumal in der digitalisierten Steigerung, ganz anders in Beschlag nimmt als jemals zu vor: »Die eigene Lebenswelt, aus der man einst Maßstäbe und Orientierung bezog, ist aufgesprengt […].« Jetzt sind nicht nur die wenigen »Anderen« das Problem, sondern die ganze Welt tritt einem zu nahe. Auch wenn es Safranski nicht ausspricht, ist dieses kulturpessimistische Resümee sicher ein Hinweis darauf, daß uns nur eine neue Renaissance aus diesem »Schleier […] aus Glauben, Kinderbefangenheit und Wahn« (J. Burckhardt) herausführen kann. Der einzelne ist gefragt.

ERIK LEHNERT ■

Die verlorene Verbindung

Eberhard Straub: *Europa. Ein ungesicherter Begriff,* Dresden: edition buchhaus loschwitz 2021. 104 S., 17 €



Das alte Europa, das Zerbrechen dieser Welt mit dem Jahr 1914 und die Frage nach dem heutigen Europa, das beständig mit der EU »verwechselt wird« – das sind die großen Themen, die Eberhard Straub in seinem Essayband beschäftigen. Die acht zwischen 1994 und 2020 an verschiedenen Orten publizierten Texte, denen hier ein einführendes Vorwort beigefügt ist, haben nichts an Aktualität verloren. Ein »ungesicherter Begriff« bleibt Europa auch nach der Lektüre, den Verlust des einst Dagewesenen und die heutige Inhaltsleere empfindet man um so schmerzlicher. Wiederholt verweist Straub auf Hugo von Hofmannsthal, der 1921 »erschüttert« fragte, »ob Europa, das Wort als geistiger Begriff genommen, zu existieren aufgehört habe?« Eine Antwort fällt heute noch leichter als damals. Der Band schließt mit der wohl optimistisch gemeinten Forderung, eine »Europäisierung im Europa der eigenwilligen Völker tut not, damit ein substantieller Begriff Europas endlich wieder gewonnen werden kann.« Aber allein die zuvor von Straub erstellte »Mängelliste« läßt es nahezu ausgeschlossen erscheinen, daß heute noch »in Europa eine Verheißung, gar eine sittliche Idee« gefunden werden könnte, zumal er selbst betont, »Brüssel-Europa« widerspreche »sämtlichen europäischen Überlieferungen praktischer Weltklugheit«.

Im alten Europa haben die Gemeinsamkeiten nicht gesucht werden müssen, sie seien selbstverständlich gewesen. Fragen des Geschmacks verbanden, prägend seien Latinität und Christentum gewesen, »die beide *gentes* und *nationes* kennen, aber sie überwölben, zusammenfassen«. Hinzugekommen sei ein »Adel, der über den Kontinent

hinweg untereinander sich vermischte«, ein »supranationaler Stil« habe sich »selbstverständlich« durchgesetzt. Die Herren der großen Reiche streben nach Einigkeit, nicht nach Einheit – ein erheblicher Unterschied. Ein »Pluriversum partikularer Autonomien« habe bestanden. Europa habe auch später, im »Zeitalter der Nationen«, nicht »ununterbrochen beschworen werden müssen.«

Wie Hofmannsthals Frage, so ist auch die These von José Ortega y Gasset mehr als einmal eingeflochten, wonach Europa der einzige Kontinent sei, der »einen Inhalt« habe (so die nur sinngemäß mögliche Übersetzung Straubs, im Original: »Europa es el unico continente, que tiene un contenido«). Der Ausspruch stammt aus einer Zeit, als das alte Europa schon nicht mehr bestand. Zu beklagen war da bereits der Verlust der »Errungenschaften des Westfälischen Friedens von 1648«, die »jede späteren Streitereien über Kriegsschuld und mögliche Vergehen während der Kriege untersagten, um den Frieden nicht zu belasten«. Die »westlichen Menschenfreunde« bestimmten, wer »als Unmensch verachtet werden mußte«. Ausgeschlossen aus der »gesitteten Menschheit« wurden die »reaktionären, katholischen Dunkelmänner in Österreich« sowie die »militaristischen Preußen«.

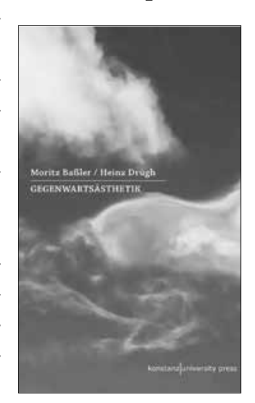
Die »Verwestlichung« dessen, was heute als Europa gilt, setzte sich fort, mit Unterbrechungen. Rußland wurde abgedrängt, dessen Zugehörigkeit zu Europa schwindet immer mehr aus dem Bewußtsein. Von »Menschen in Europa« werde gesprochen, nicht mehr von »Europäern«. Straub macht darauf aufmerksam, daß sich nach dem Ersten Weltkrieg kein Schriftsteller, Philosoph oder Künstler finden läßt, den die Europäer als »unumstrittenen Repräsentanten ihrer kulturellen Einheit« akzeptiert hätten. In der EU, die allein »Wirtschaftsraum« ist, berühren derartige Sorgen die »Europayer« kaum. Der wiederholte Gebrauch dieses Kalauers sei Straub ob des insgesamt anregenden Buches verziehen.

ERIK LOMMATZSCH ■

Extremgegenwart

Moritz Baßler, Heinz Drügh: *Gegenwartsästhetik,* Konstanz: Konstanz University Press 2021. 307 S., 28 €

Einen Gutteil seiner Leser dürfte dieses Buch einem Aufsatz zu verdanken haben, den Moritz Baßler im Juni 2021 im Spartenmagazin *Pop: Kultur und Kritik* veröffentlich hatte. Dieses Stück, »Der Neue Midcult«, sorgte im Qualitätsfeuilleton für Wirbel. Thema: Was macht es mit der Gegenwartsliteratur, was sagt es aus über den Stand der zeitgenössischen Ästhetik, wenn (Schreib)Kunst heute durch »niedrigqualifizierte Meinungsblasen« öffentlich bewertet wird? Was bedeutet und wohin führt es, wenn Literaturprofessorinnen sich nun weigern, bestimmte »kanonische« Bücher zu lesen, weil deren Autor ein »problematisches Verhältnis zu Frauen« hatte? Sprich, wie genau nennen wir den Hund, auf den Literatur und ihre Kritik heute gekommen sind? Es ging darum, wie bestimmte Gattungen »gedisst« [!] würden, weil sie zur eigenen »politisch-weltanschaulichen Stilgemeinschaft« nicht paßten. Baßlers (er war über Jahre Assistent von Helmut Lethen) essayistischer Einwurf war witzig und klug, seine Formulierungen sprühten vor neugieriger Intelligenz. Nun das ganze Paket also, *Gegenwartsästhetik,* kein Untertitel, gemeinsam verfaßt mit Heinz Drügh. Man liest es mal kopfschüttelnd, mal begeistert, oft erstaunt, selten gelangweilt, häufig verärgert. Falls mal wieder ein plombiertes Päckchen mit einem Dutzend Zeitzeugnissen ins Weltall befördert werden sollte, um die Nachwelt über den Zustand der Geisteswissenschaften anno 2021 zu informieren, sollte dieses Buch dabeisein.



Im ersten Teil wird dreierlei verhandelt: das gegenwartsästhetische Urteil, das gegenwartsästhetische Objekt sowie die »Gegenwart«, in einem Kapitel gar bis hin zur »Extremgegenwart«. Der zweite Teil nimmt sich jener Marken an, die die Folie einer rezenten Ästhetik ausmachen: Demokratisierung, Anthropozän, Digitalisierung. Es ist unklar, welcher der Autoren hier für welche Passagen verantwortlich zeichnet, zumal sie unisono sprechen. Das ist interessant, weil es ein durchaus spezieller Duktus und ein Jargon sind, derer sich hier befleißigt wird. Bereits die ellenlange Einleitung, in der die (offenkundig weltbewegende) Hundefutterdosenszene (Fraß mit »Rat Flavor«) aus Tarantinos *Once Upon a Time in … Hollywood* rauf- und runterdekliniert wird und mit ästhetischen Befunden bei Aristoteles, Kant, Marquard und Sontag abgeglichen wird, gibt einen Vorgeschmack.

Baßler und Drügh sind Professoren für Neuere Deutsche Literatur; sie gehören den Geburtsjahrgängen 1962 und 1965 an. Nur ein Grobian würde zu dem banalen Schluß kommen, daß hier zwei bejahrte Herren hart gegen ihr Alter ankämpfen, indem sie hier Jugendsprache performen, »als wenn es gar nichts wär'«. Die Sachbestände werden hier als »leider geil«, als »deep«, »cute« und »edgy« qualifiziert. Bei diesen trendigen Adjektiven (auch: »freakish« und »clammy«) handele es sich nicht um Schwundstufen des Ästhetischen, sondern um Nuancen einer Wahrnehmungsavantgarde – so geht die allseits selbstbewußte, wenn nicht -verliebte Behauptung. Dies alles ist ein schmaler Grat. Handelt es sich bei den Autoren um intellektuelle Modeopfer oder um solche, die das ästhetische Spektakel durchschauen und »den Tiger reiten«? Eher: ersteres. Dabei machen sie durchaus gute Punkte. Allein der Rückgriff auf Gottfried Sempers und, ja, Adolf Loos' Vorstellungen von Kunst und Handwerk ist die Lektüre wert! Immer wieder wird es

hingegen auch peinlich: Dann, wenn die Leserin endlich nach etlichen Hinweisen verstanden hat, daß der Autor knallharter Black-Flag-Fan ist, aber Martin Mosebach (als Fabrikateur einer ästhetisch verirrten »Lügenstruktur«) verabscheut. In diesem Buch genügt es, behauptet zu werden.

Die Dominanz der Geschmacksfrage, also die Ästhetisierung ethischer wie auch ganz und gar alltäglicher Fragen (Steak essen oder Rucola; Prius fahren oder SUV), so ein Fazit der Autoren, beherrsche die Ästhetik der Stunde. Um ein Beispiel zu geben und es in den habituell verschrobenen Worten dieser Gelehrten zu fassen: »So richtig virulent wird es erst in dem Moment, in dem die virtuelle Sphäre des Paradigmatischen in einer augmentierten Realität metonymisch-weltförmig wird.« Bis dahin wedelt der Schwanz weiter mit dem Hund, möchte man ergänzen. Schlagt Schaum, ihr Denker, solange es noch geht!

ELLEN KOSITZA ■

Mediokres gegen die Mediokrität

Alain Deneault: ***Die Herrschaft der extremen Mitte,*** **Frankfurt a. M.: Westend Verlag 2021. 188 S., 18 €**

Mit Zusammenstellungen von Aufsätzen zu einem Band ist das so eine Sache: Das kann ein kohärentes Ganzes ergeben, weil die Themen harmonieren oder weil sie sich, im besten Fall, durch die Anordnung einen eigenen Spannungsbogen geben. Allerdings kann so eine Anthologie bereits im Ansatz scheitern, indem die Texte so kombiniert werden, daß man zwischen jedem Einzelbeitrag einen Sinnbruch wahrnimmt. Dieses Verdikt trifft den Sammelband *Die Herrschaft der extremen Mitte* des frankokanadischen Philosophen Alain Deneault (*1970). Es beginnt bei der Titelwahl. Das Original, bereits 2015 in Montreal publiziert, hieß schlicht *La médiocratie* (Wortspiel mit der Herrschaft der Mittelmäßigkeit, frz. *médiocrité*), in der deutschen Fassung plaziert man direkt im Haupttitel den hierzulande bekannteren politischen Fachbegriff der »extremen Mitte«. Deneault begründet das im Vorwort an seine deutschsprachigen Leser sogar präzise: Die liberale »Mitte« greife in alle Bereiche aus, setze die Normen im Alleingang, und alle »anderen Positionen« würden »an den Rand gedrängt, werden schließlich als sekundär, idealistisch oder extremistisch angesehen«. Das Resultat sei eine »aus mehreren Parteien bestehende extreme Mitte, die das immer gleiche Produkt anbietet, das die Wähler nur aufgrund unterschiedlicher Verpackungen zu akzeptieren vermögen«. Das ist korrekt, könnte man auch als »Alternativlosigkeit« beschreiben, und doch bleibt der Leser nach diesem konstruktiven Aufgalopp unbefriedigt zurück. Deneault unterliegt altlinken Denkblockaden und reiht die »extreme Rechte« schlichtweg als rohe und ursprünglich gewalttätige Strömung in die Ausläufer der extremen Mitte ein. Grotesk erscheint dies nicht zuletzt dann, wenn man sich vergegenwärtigt, wie speziell in Deutschland die gesamte politische Rechte der einzige Konsensstörer wider die falsche Harmonie des linksliberalen, neu-mittigen Einheitsbreis bleibt. Aber das ist eben das nächste Problem des vorliegenden Bandes: Deneault hat eine stark frankophone Perspektive, sein oftmals adornitisch aufgeladener, kulturkonservativ-linker Argwohn gegenüber der Herrschaft der Mitte samt ihrer ostentativen Mittelmäßigkeit (bzw. Mediokrität) entstammt eben eher dem Diskurs aus Quebec.

Läßt man sich darauf ein, stehen gleichwohl einige lesenswerte Passagen bereit: Ob die Kritik des ökonomisierten Universitätsbildes inklusive der »Gehaltlosigkeit wissenschaftlicher Produktion« oder die Beanstandung fehlender »Konzentration des Denkers«, wenn dieser stärker auf Drittmittelanträge als auf Quellenforschung fokussiert sein muß – das alles ist lesenswert. Und auch die erfolgreiche hayekianische »Entthronung der Politik« zugunsten des Primats der Wirtschaftsnetzwerke und entsprechender Einflußkräfte seziert Deneault. Sie habe zu einer Postdemokratisierung geführt, deren gegenwärtigen Zustand man als »Plutokratie« oder »Finanztotalitarismus« fassen könne. Den Autor empört es regelrecht, daß eine so mittelmäßige Kraft wie die extreme Mitte als Statthalter der führenden Kapitalfraktionen politisch stabil erscheint. Sein Gegenmittel? »Uns kollektiv befreien. Gemeinsam Schluß machen«, eine »korrumpierende Kraft« formieren, um neue Ansätze offensiv zu vertreten. Nur wo sind diese in vorliegendem Band jenseits entsprechender Gemeinplätze? Man findet sie nicht. Und so bleibt diese (zu) inkohärente Präsentation verschiedener Aufsätze am Ende selbst nur tristes Mittelmaß.

BENEDIKT KAISER ■

Frau des Jahrtausends

Gerd Krumeich: ***Jeanne d'Arc: Seherin, Kriegerin, Heilige. Eine Biographie,*** **München: Verlag C.H. Beck 2021. 399 S., 28 €**

Die Nation und die ihr gegenüber fällige Loyalität einerseits und der international ausgerichtete katholische Glaube andererseits standen und stehen grundsätzlich in einem Spannungsverhältnis. Daß dieses in Frankreich stets geringer ausgeprägt war als in Deutschland ist auch einer bis heute volkstümlichen Heiligen zu verdanken: Jeanne d'Arc. Man kann ihr Wirken als »protonationales« Engagement deuten, das die englischen Besatzer mit allen Mitteln aus dem eigenen Vaterland vertreiben wollte.

Gerd Krumeich wurde während seines produktiven Gelehrtendaseins vor allem mit vielen Publikationen zum Ersten Weltkrieg und dessen Hintergründen bekannt. Der emeritierte Hochschullehrer verfaßte vor Jahrzehnten eine Habilitationsschrift über die Jungfrau von Orléans. Zuletzt hat er sich wieder mit diesem Gegenstand beschäftigt.

Das Objekt dieser Forschungen ist kein einfaches. Die Schwierigkeiten liegen in erster Linie in der unabdingbaren Verschränkung der geistlich-theologischen mit der weltlich-historischen Materie. Ein junges Mädchen bäuerlicher Herkunft steht an der Spitze eines Heeres, besiegt Engländer und Burgunder. In besonderer Weise bedeutsam ist die Befreiung von Orléans. Ihr Verhältnis zum Dauphin, den sie zur Königssalbung begleitete, war nicht unproblematisch. Im Rahmen der Schlacht von Compiègne erleidet die tapfere und furchtlose Heerführerin eine Niederlage und wird gefangengenommen. Bis heute wird von Verrat gemunkelt.

Es folgt ein kaum nachvollziehbarer Leidensweg. Jeanne wird als Hexe und Teufelsanbeterin angeklagt. Im Inquisitionsprozeß von Rouen beschuldigt man sie weiter der Ketzerei. Zu den Anklagepunkten zählt ihre Gepflogenheit, Männerkleidung zu tragen. Ihre Nähe zum französischen König war selbstredend dem Kriegsgegner ein Dorn im Auge. Weder für die seinerzeitigen Ankläger noch für spätere Geschichtswissenschaftler ist es einfach, ihre zu Protokoll gegebene hauptsächliche Inspirationsquelle zu fassen: die göttliche Eingebung, die auch im Prozeß gegen sie immer wieder zur Sprache kommt. Johanna sprach immer von den Stimmen der heiligen Katharina und der heiligen Margaret, von denen sie geleitet werde. Angesichts solcher »Tatsachen« ist fraglich, ob eine rein quellenkritisch ausgerichtete Erhellung der Handlungen Johannas weiterführend ist, wie sie auch Krumeich versucht. Nichtsdestoweniger sind die Akten des Verdammungsprozesses noch im 20. Jahrhundert so interessant, daß sie ein Literat wie Bert Brecht, der weder besonders an französischer Geschichte noch an katholischen Heiligen interessiert war, ausführlich in seinem Stück *Die heilige Johanna der Schlachthöfe* zitiert.

Nicht zuletzt die englische Seite dürfte über das Urteil, Tod auf dem Scheiterhaufen, erfreut gewesen sein. Zur Tragik zählte ihr ständiges Changieren zwischen geistlichen und weltlichen Machthabern. Die 19jährige starb mit dem Namen Jesu auf den Lippen. Während ihre Anhänger ihr tragisches Ende nicht verhindern konnten, so erwiesen sie sich als stark genug, ab Mitte des 15. Jahrhunderts, zwei Jahrzehnte nach ihrem Tod, ein Revisionsverfahren durchzusetzen. Es endete mit der Rehabilitierung und Heiligsprechung der »Pucelle«, wie Voltaire sie ehrfurchtsvoll nannte. Zu den Hintergründen dieser Wende dürfte auch der Sieg Karls VII. über die Engländer beitragen haben. Nunmehr dämmerte es einigen der Großen des Landes, wer zu diesem Erfolg maßgeblich beigetragen hatte.

Natürlich kann man eine Gestalt wie Jeanne d'Arc nicht ohne ihr ruhmreiches Nachleben beschreiben. Krumeich geht ausführlich auf viele Zeugnisse der Malerei wie der Dichtung ein, ebenso auf das Medium Film. Selbst in den Kontroversen des späten 19. Jahrhunderts, die vor allem zwischen den laizistischen Erben der Französischen Revolution und deren royalistisch-katholischen Gegnern ausgetragen wurden, spielte sie keine untergeordnete Rolle.

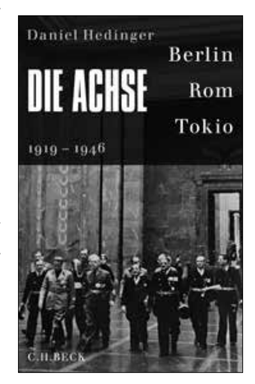
Obwohl die Studie als populärwissenschaftlich gedacht ist, zitiert der Autor eine größere Zahl an Quellen. Trotz seines Bemühens um Distanz läßt er immer wieder Sympathie für die Jungfrau durchblicken. Ungeachtet akribischer Quellenstudien von vielen Kennern der Materie, ist nicht daran zu zweifeln, daß manches von der »Frau des Jahrtausends« für immer im dunkeln bleiben wird. Einige Details wird der Fachmann an der vorliegenden Abhandlung bemängeln. Dazu zählt die fehlende Diskussion über die einflußreiche, wenngleich im einzelnen fehlerhafte Biographie von Vita Sackville-West, ebenso die Unterschlagung mancher Theorien wie der vom Hirntumor. Gleichwohl ist die Arbeit allen Interessierten ans Herz zu legen.

FELIX DIRSCH ■

Dürftige Geschichtswissenschaft

Daniel Hedinger: *Die Achse. Berlin, Rom, Tokio: 1919–1946,* München: Verlag C.H. Beck 2021. 543 S., 29,95 €

In der Mainstream-eigenen Geschichtsschreibung scheint es en vogue zu sein, mit gewissen Floskeln bzw. zeitgeistigen Termini noch jede Publikation moderner zu frisieren. Der Band *Die Achse* ist hierbei keine Ausnahme. Daniel Hedinger versteht die auf seiner Habilitation (Ludwig-Maximilians-Universität München 2017) beruhende Arbeit als »Beitrag zu einer Globalgeschichte des Faschismus« im Rahmen der »transnationalen Faschismusforschung«, sieht im »glokalen Faschismus« eine »inhärente Globalität« und »transnationale Prozesse kumulativer Radikalisierung« wirken und so weiter und so fort. Das muß man mögen oder zumindest tolerieren, sonst wird einem die Lektüre recht schnell vergällt. Der wissenschaftliche Mitarbeiter am Historischen Seminar der LMU München macht es einem geschichtsinteressierten Leser mit relativem Vorwissen aber auch so nicht unbedingt einfach, sich auf seine geschichtliche Schau der



»Achse« zwischen Deutschland, Italien und Japan einzulassen, wenn man ihn an seiner verwendeten Literatur mißt. Alle drei Länder werden ja für die Zeit ihrer teils widersprüchlichen Kooperation (im Kern: 1936 bis 1945, doch dorthin kommt der Autor erst ab Seite 182) apodiktisch als »faschistisch« eingruppiert – aber weder Ernst Nolte noch sein Gegenspieler Zeev Sternhell tauchen beispielsweise in der Bibliographie auf, ganz zu schweigen von Nischenprofis wie Hans Werner Neulen, obschon Hedinger immer wieder von der Europäisierung und dann Universalisierung des Faschismus spricht. Um ideenpolitische und ideologische Basisdefinitionen steht es denkbar schlecht, und ähnlich verhält es sich immer dann, wenn es nicht um chronologische Detailbeschreibungen geht – dieses Handwerk beherrscht Hedinger –, sondern um Wertungen bzw. Deutungen.

Ein erstes Beispiel: Die Internationalisierung der Achse, indem NS-Deutschland seine Vasallen wie Rumänien oder den Unabhängigen Staat Kroatien dem Dreimächtepakt zwischen Berlin, Rom und Tokio beitreten ließ, entspreche dem »Ideal faschistischer Hierarchisierung«. Aber bitte, wenn dies der Gradmesser sein soll: Was war dann die von Moskau ausgehende und von den Satelliten widerspruchslos zu erduldende dogmatische Führung der Kommunistischen Internationalen (Komintern): Ultrafaschismus?

Ein zweites Beispiel: »Der« Faschismus wird im ganzen als »Antiglobalisierungsbewegung« gefaßt, »die das Heil im Nationalen suchte«. Dabei wird anhand Hedingers präziser Darlegung der deutsch-italienisch-japanischen Außenpolitiken doch deutlich, wie das (als gestrig verlachte) Nationale eben von allen drei Akteuren der Achse zugunsten eines (morgigen) raumgreifenden Imperialen verworfen wurde.

Ein drittes (und letztes) Beispiel unter vielen: Hedinger, der als Japanexperte gelten kann, schildert kenntnisreich die frühen Sympathien der italienischen Faschisten für das nationalchinesische und damit antijapanische Anliegen der Nationalen Volkspartei, der Kuomintang. Führende Faschisten ergriffen ideologisch für den chinesischen Einigungsprozeß Partei, was überdies durch ökonomische Interessen Roms im Fernen Osten verstärkt wurde. Gleichzeitig schildert Hedinger, wie faschistische (Putsch-)Versuche in Japan an der nationalistisch-autoritären Monarchie scheitern mußten. Hier wäre es spannend gewesen, entsprechende Paradoxien aufzuschlüsseln: Wie konnte es dennoch zur italienisch-japanischen Verschränkung kommen? Wieso ließ man in Rom die damals längst nicht von den Mao-Kommunisten geschlagenen Nationalchinesen ohne weiteres fallen? War die spätere »Achse« vielleicht nicht primär von einer einheitlich faschistischen Ideologie getragen, sondern von sich zum Teil schroff widersprechenden Interessen geostrategischer und geoökonomischer Natur bei epochemachenden gemeinsamen Feindbestimmungen? Ausgerechnet hier, wo Neues zu erschließen wäre, bleibt Hedingers Analyse bruchstückhaft.

Bedauerlicherweise paßt dieses Verdikt ins Bild, das sich schon länger in der Weltkriegssparte der Mainstreamverlage wie C.H. Beck oder Suhrkamp abzeichnet (vgl. die Rezensionen zu Hans Wollers Mussolini-Studie in der 73. und zu Christian Goeschels Mussolini-Hitler-Porträt in der 95. *Sezession*): Es geht noch nicht mal darum, daß man es hier mit »linken« oder »antifaschistischen« Propagandaschinken zu tun hätte. Die Autoren kann man »mittig« verorten. Das Problem ist viel fundamentaler: Die Manuskripte erscheinen einfach dürftig.

BENEDIKT KAISER ■

Weitergraben!

Christoph Rohde: *Das Kreuz und der Krieg. Prämissen einer realistischen katholischen Friedensethik,* Rückersdorf: Lepanto Verlag 2021. 368 S., 18,50 €

Es gibt eine Art des konservativen Denkens, die trotz Realismus realitätsblind ist. Solches Denken wendet sich völlig zu Recht gegen Openborders-Hypermoralismus in der Migrationspolitik, gegen Klima- und Genderwahn, gegen eine »bunte Truppe« als Armee und gegen einen – typisch deutschen – wohlfeilen Pazifismus in geo- und außenpolitischen Belangen.

Wie ist es möglich, daß jemand die argumentativen Grundlagen für diese systemkritischen Positionen rezipiert hat, gleichzeitig aber die katholische Amtskirche seit dem Zweiten Vatikanum für »karitativ, demokratiefördernd und in der Unterstützung von Friedensprozessen tätig« betrachtet, ebenso die NATO für friedenssichernd hält, Henry Kissinger und Papst Franziskus »globale moralische Autorität« zuspricht, weil letzterer gemeinsam mit dem UN-Generalsekretär im »Kampf gegen Armut, dem Einsatz für Frieden und Freiheit und dem Engagement für einen offenen Dialog zwischen den Religionen und Kulturen« unterwegs sei? Es geht noch weiter: Christoph Rohde glaubt, die deutsche Staatsräson sei »Nie wieder Auschwitz« und der 8. Mai der »Tag der Befreiung«. Er hält »Antidiskriminierungsregelungen« für richtig, meint, »Corona« sei ein Ereignis, das »die Notwendigkeit von Krisenprävention in jeder Hinsicht aufzeigt«, und bewundert den Ostern 2020 einsam am Petersplatz betenden Papst. Er formuliert, Rußland leide unter dem »Putin-Regime« wie weiland Jugoslawien unter Milošević; er glaubt, die Rassenunruhen in den USA seien wegen »Tötung schwarzer Bürger« entstanden, hält die Globalisierung für »eine große Chance« und 9/11 für den Terroranschlag eines »einzelnen Bösewichts«.



Offensichtlich denkt und schreibt hier ein Liberalkonservativer, der wesentliche linksglobalistische Narrative geschluckt hat. Bestimmte Einzelheiten hinterfragt der Politikwissenschaftler, beispielsweise die Steuerung der deutschen Friedensbewegung durch die DDR, die Hintergründe der Befreiungstheologie (wobei er sich zur Ehrenrettung des amtierenden Papstes nicht sicher sein will, ob Franziskus dieser anhängt) oder die Gefahren des *social engineering*, insbesondere des *nudging*. Rohde befindet sich, bildlich ausgedrückt, kurz hinter dem Eingang des Kaninchenbaus – liefe er weiter, gäbe es noch allerhand zu sehen, das sein Vertrauen in viele große Friedensstifter und die über sie verbreiteten Narrative irritieren dürfte. Dabei ist sein theologischer Ansatz, an Augustinus' Zwei-Reiche-Lehre (vermittelt über Luther und den protestantischen amerikanischen Theologen Reinhold Niebuhr, über den Rohde bereits publiziert hat) Maß zu nehmen, außerordentlich fruchtbar. Mit Augustinus läßt sich erkennen, wie der einzelne Christ, aber auch wie Staaten und Armeen in der »verfallenen Welt« richtig handeln können: »Die biblische Anthropologie, auf die Augustinus seine politische Theologie gründete, vermeidet die Illusionen eines zu einseitigen Idealismus einerseits und die zynischen Kalkulationen eines Macht zum Selbstzweck erklärenden Zynismus andererseits, weil sie die Muster der korrumpierten menschlichen Freiheit offenlegt, ohne sie damit moralisch zu akzeptieren.« Seine Ausführungen zu »friedensethisch« wirkenden kirchlichen Institutionen im Wandel der Zeit bleiben eher lexikalisch. Hervorhebenswert ist das Schlußkapitel, in dem Rohde den militärischen Einsatz von Drohnen vom Standpunkt seiner (nichtutilitaristischen, das ist hier entscheidend: Todesopferzahlen gegenrechnen ist unchristlich!) Ethik aus beurteilt. Fazit: Die menschliche Freiheit ist noch viel, viel korrumpierter, als der Autor zu glauben bereit ist. Ich würde mir dasselbe Buch geschrieben wünschen von jemandem mit mehr Wissen um Hintergrundstrukturen und -mächte – dann wäre es wirklich »realistisch«.

CAROLINE SOMMERFELD ■

Reise mit Unterbrechungen

Bruno Preisendörfer: *Als Deutschland erstmals einig wurde. Reise in die Bismarckzeit,* Berlin: Galiani 2021. 447 S., 25 €

Bruno Preisendörfer
Als Deutschland erstmals einig wurde
Reise in die Bismarckzeit

Nach den Reisen in die Luther-, die Bach- und die Goethezeit nimmt Bruno Preisendörfer (*1957) in seinem neuesten Buch Kurs auf die Epoche der Reichsgründung. Damit beschließt der Autor sein Projekt einer Kulturgeschichte der Deutschen zwischen dem 16. und 19. Jahrhundert mit einem Band, der in vielem unserer Gegenwart bereits so nahe kommt, daß sich in den gewohnt kurzweiligen Plauderton die ein oder andere Härte einschleicht. Dabei folgt das Buch dem Muster seiner Vorgänger, wenn Preisendörfer mit Blick auf den Alltag der Menschen wie nebenbei die politischen und weltanschaulichen Grundfragen der damaligen Zeit behandelt. Und wie immer weiß er den Leser mit manch unbekanntem Detail, manch treffendem Zitat und erhellendem Vergleich zu überraschen. Der Wert dieser Bücher für die kulturgeschichtliche Bildung der Gegenwartsdeutschen kann gar nicht hoch genug geschätzt werden. Wer diese Bücher gelesen hat, weiß nicht nur mehr über die Vergangenheit seines Volkes, sondern auch über seine Vorfahren. Es fällt ihm dann eventuell leichter, in ihnen nicht vordemokratische Ungeheuer zu erblicken, sondern seinesgleichen.

Es ist klar, daß diese Herangehensweise schwieriger beizubehalten ist, je näher man der Gegenwart kommt. Insofern ist es zu begrüßen, daß Preisendörfer kein weiteres Buch unter dem Titel »Als Deutschland vom Rassenwahn befallen war. Eine Reise in die Hitlerzeit« angekündigt hat. Denn schon bei seiner Reise in die Bismarckzeit stehen Dinge im Mittelpunkt, die uns heute als problematisch erscheinen: die soziale Ungleichheit, der machtlose Parlamentarismus, die Frauen- und die Judenfrage. Zweifellos waren diese Dinge damals virulent. Aber sie bleiben schwer einzuordnen, wenn man nicht weiß, wie es damals in anderen Ländern aussah. Neben die von Preisendörfer oft explizit angeführte Perspektive unserer Gegenwart (wenn er etwa erwähnt, daß ein Arbeiter damals für ein Brot eine Stunde arbeiten mußte, was heute selbst bei Mindestlohn nur wenige Minuten in Anspruch nimmt) tritt nur selten diejenige des damaligen Auslands in Erscheinung (vorwiegend der Franzose Victor Tissot, aber beispielsweise nie Mark Twain).

Wenn man mit jemandem auf Reisen geht, muß man ihm vertrauen. Das ist um so wichtiger, je selbstverständlicher die Reiseroute von ihm bestimmt ist. Manchmal geben dann Kleinigkeiten Anlaß zu Mißtrauen; etwa wenn Preisendörfer Burschenschaftler statt Burschenschafter schreibt, oder wenn er behauptet, der Historiker Treitschke hätte seinen Aufsatz »Unsere Aussichten« (1879) mit dem oft zitierten Satz »Die Juden sind unser Unglück« beendet. Dieser Satz steht zwar im hinteren Teil des Textes, der letzte Satz lautet aber ganz anders: »Gebe Gott, daß wir aus der Gärung und dem Unmut dieser ruhelosen Jahre eine strengere Auffassung vom Staate und seinen Pflichten, ein gekräftigtes Nationalgefühl davontragen.« Diese Kleinigkeiten wachsen sich dann zu einem Problem aus, wenn Preisendörfer die »großen Männer« behandelt. Bei Bismarck, dessen Verehrung ihm unangemessen vorkommt, wünscht er sich mehr »Kammerdienerverstand« der Zeitgenossen, um bei Karl Marx auf jede Legende hereinzufallen, die Marxisten in den letzten 150 Jahren in die Welt gesetzt haben.

ERIK LEHNERT ■

Sezession

Programm und Redaktion

Sezession ist eine politisch konservative Zeitschrift. Sie wird von Rechtsintellektuellen gemacht, die Redaktion hat ihren Sitz auf dem Rittergut Schnellroda in Sachsen-Anhalt.

Sezession bündelt Gedanken, Argumente und Lösungsansätze sechsmal im Jahr auf jeweils 72 Seiten – dreimal thematisch gebunden, dreimal in einem offenen Heft.

Sezession wird vom Institut für Staatspolitik (IfS) herausgegeben und erscheint 2022 im zwanzigsten Jahrgang.

Presse über uns

- eine »kluge Zeitschrift« (*Die Welt*)
- die »Pflichtlektüre der neurechten Intelligenz« (*Tagesspiegel*)
- »unverzichtbar für jeden Konservativen, der mitdenken will« (*Junge Freiheit*)

Ihr Abonnement

Ein Jahresabonnement (sechs Hefte) kostet inklusive Porto:

- 50 € im Normalbezug,
- 35 € ermäßigt für junge Leser in Ausbildung,
- 75 € im Förderabonnement,
- 60 € für Auslands-Abonnenten.

Ihre Prämie 2022

Neuabonnenten können aus drei Buchangeboten ihre Prämie wählen.

Sezession
Rittergut Schnellroda
06268 Steigra

Überblick 2022, 20. Jahrgang



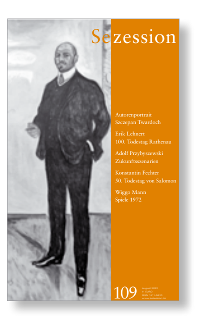
Heft 106 / Februar / 11 €
Thema: »Kippfiguren«
72 Seiten, Beiträge u. a.:

Leon Wilhelm Plöcks
Sahra Wagenknecht

Benedikt Kaiser
Selbstvermarkter

Ivor Claire
Barbara Stiegler

Nils Wegner
Radikalenerlaß



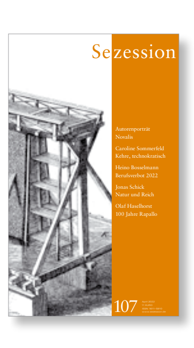
Heft 109 / August / 11 €
offenes Heft
72 Seiten, Beiträge u. a.:

Autorenporträt
Szczepan Twardoch

Erik Lehnert
100. Todestag Rathenau

Adolf Przybyszewski
Zukunftsszenarien

Konstantin Fechter
50. Todestag Ernst von Salomon



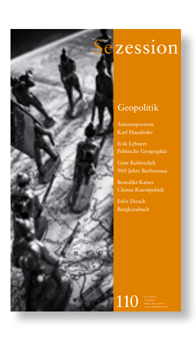
Heft 107 / April / 11 €
offenes Heft
72 Seiten, Beiträge u. a.:

Autorenporträt
Novalis

Caroline Sommerfeld
Kehre, technokratisch

Heino Bosselmann
Berufsverbot 2022

Jonas Schick
Natur und Reich



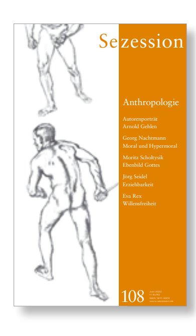
Heft 110 / Oktober / 11 €
Thema: »Geopolitik«
72 Seiten, Beiträge u. a.:

Autorenporträt
Karl Haushofer

Erik Lehnert
Politische Geographie

Götz Kubitschek
900 Jahre Barbarossa

Felix Dirsch
Bergkarabach



Heft 108 / Juni / 11 €
Thema: »Anthropologie«
72 Seiten, Beiträge u. a.:

Autorenporträt
Arnold Gehlen

Moritz Scholtysik
Ebenbild Gottes

Jörg Seidel
Erziehbarkeit

Eva Rex
Willensfreiheit



Heft 111 / Dezember / 11 €
offenes Heft
72 Seiten, Beiträge u. a.:

Autorenporträt
Albert Wass

Martin Lichtmesz
150 Jahre Klages

Sophie Liebnitz
Orientalismus

Benedikt Kaiser
Gescheiterte Querfront

Sehnen Sie sich nach Deutschland zurück, aber kommen Sie nicht. Es ist nicht schön hier u. wird es auch nie wieder werden.

Gottfried Benn
an Gertrud Zenzes,
24. Januar 1947

www.sezession.de